

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando,
Wierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei im Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellengesuche und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Wahllieg der Sozialdemokratie

Bräffel, 25. Mai. (Sig. Ver.)

Den gestrigen Kammerwahlen gibt der sozialistische
Sieg und die durch ihn bewirkte Verminderung der Klerikal-
en Majorität von zwölf auf acht Stimmen seinen
bestimmenden Eindruck, seine entscheidende politische Bedeutung.
Noch stehen die offiziellen Ziffern aus, die das Stimmen- und Parteien-
verhältnis um einiges verrücken können. Feststehend aber
bleibt in jedem Fall die Tatsache des siegreich fort-
schreitenden Sozialismus einerseits, des zurück-
weichenden Klerikalismus andererseits. „Die
Kongoprobleme wird die Wählermassen nicht beeinflussen“, erklärten
die Klerikale, als sie sich ansahen, die Abstimmung über den Ver-
trag vor den Wahlen zu erzwingen. Der gestrige Sonntag hat ge-
zeigt, daß das arbeitende Volk überall dort, wo der Gedanke
des Sozialismus die Gehirne befruchtet hat, sich mit vollem
Bewußtsein gegen jede Kolonialpolitik lehrt, allen
Verheißungen klerikaler und liberaler Kolonialpolitiker den ge-
bürenden Glauben schenkt. ... Das Votum vom 24. Mai zeigt
selbst in seinem durch das Schwindelwahlrecht des Pluralstimmens
noch genugsam verfälschten und geschwächten politischen Ausdruck
doch die belgischen Arbeiter rebellierend gegen das ganze,
seit einem Vierteljahrhundert schicksalsschwer auf dem Lande lastende
klerikale Joch, und die Eroberung der fünf Mandate in
Gent, Tournai, Huy, Charleroi und Lüttich, teils
den Klerikalen, teils den Liberalen abgenommen, bedeutet einen
Plan der Volksbewegung, der so weiterschreitend den Klerikalen bei
den Wahlen der nächsten Periode das schon 1906 prophezeigte Ende
bringen muß.

Das Gewicht des sozialistischen Erfolges wird noch dadurch
verstärkt, daß die Klerikale, mit allen ihren bewährten Mitteln der
Presse ausgerüstet, im diesmahligen Wahlkampfe heftiger als je
den Krieg für die „heiligen Güter der Religion“ und des Vater-
landes (sich Kolonialpolitik) entzündeten und ihre Minister als
Agitatoren auftreten ließen, um bedrohte Posten zu retten. Aber
der Volkswille hat sich stärker erwiesen als alle Praktiken der
Pfarrer, als alle Kunstgriffe des Wahlrechtes der „vier Infamien“.

Daß auch der „Liberalismus“ nicht gerade als Sieger des
Tages austritt — er ist von 46 auf 43 Sitze zurückgeschmolzen —,
hat er vor allem der schmählichen Haltung der Gruppe Doktrinär-
Liberaler in der Kolonialfrage zu danken, die aller
demokratischen Stimmung entgegen den Vertrag der Regierung
unterstützten. Auch sie haben, wie ihre klerikalen Bundesgenossen,
erfahren, daß die Kongoprobleme wohl vor die Wähler
gehört, und daß die Wählermassen über sie ihr Urteil
sagen wollen. Daneben aber kommt in Betracht, daß
gewisse Volkselemente, die bisher dem Liberalismus zugehört, sich
mit den Kulturkämpfern allein doch nicht mehr zufrieden geben
und eine Volkspolitik auf wirklich sozialer Basis von dem
allzu sehr mit kapitalistischen Doktrinen belasteten Liberalismus nicht
erwarten. Der Zustrom neuer Elemente zum alten sozialistischen
Wählerstamm ist freilich in erster Linie der in den letzten
Jahren kräftig emporkommenden Gewerkschaftsbewegung,
so der der Metall- und Bergarbeiter, zuzuschreiben. Ueber den
Stimmengewinn der Sozialisten wird nach Veröffentlichung
des offiziellen Materials noch zu sprechen sein. Erfährt das bis-
herige Resultat keine Korrektur, die aber wohl nur Stimmen-
verhältnisse, aber kaum Mandate verschieben wird, so vermehrt
sich die Zahl der bisherigen sozialistischen Sitze
von 80 auf 85.

Die Regierung verfügt noch über eine „Majorität“ von acht
Stimmen. Die Tatsache aber, daß ihre Majorität stufen-
weise seit dem Jahre 1902 von 28 auf die 8 Stimmen zusammen-
geschmolzen ist, wird selbst die optimistischsten Klerikale belehren,
daß ihr Hinabgleiten kein zufälliges oder vorübergehendes ist.

Der Sieg der Sozialdemokratie ist aber nicht nur ein Beweis
für die prinzipielle und absolute Ablehnung der Kolonialpolitik durch
das Klassenbewußte Proletariat, er ist auch der Todesstoß für die Pest
des Pluralwahlrechtes. Das belgische Proletariat hat eine Zeit lang die
Schmach der vier Infamien ertragen müssen. Die Reaktionen in aller Welt
haben sich angefehlt, die belgische Methode des Volksbetruges in
ihre Länder zu übertragen. Das belgische Proletariat, dieses Ver-
trauen rechtfertigt sein prächtiger Sieg, wird in kurzer Frist dem
Pluralwahlrecht in dem Lande seiner Erfindung den Garaus ge-
macht haben. Das ist es, das ist es der Internationale schuldig.

Wie der preußische Landtag die
Bergarbeiter entrechtete.*)

Einen „Aufmeßkranz“ hat sich das Dreiklassenparlament
auch gewonnen mit der Knappschaftsreform vom
19. Juni 1906. Hierbei hat sich die „Volksvertretung“ als
eine jedes Mitgefühl mit den Ärmsten und Schwächsten
bare Geldjacks- und Scharfmachervertretung bewiesen. Auch
die Regierung hat preisgegeben zugunsten der Kapitalisten,
was in den Regierungsentwürfen und ihren Begründungen
als unabwiesbar notwendige Reform verlangt wurde.
Ueberhaupt bildet die Knappschaftsreform ein Beispiel der
dunkelsten Kapitel in der Geschichte der „Arbeiterfürsorge“
des Dreiklassenparlamentes.

Die Knappschaftskassen, oder auch Bruderladen, ur-
sprünglich „Nüchsenkassen“ genannt, sind der kameradschaft-
lichen Initiative der Bergknappen entsprungen, zum Teil
schon vor mehreren hundert Jahren. Ihr Zweck war die
Pensionszahlung an invalide Knappen, an
deren Hinterbliebene und teilweise Zuschußzahlung
an kranke Mitglieder. Die alten Berggesetze
verpflichteten den Bergwerksunternehmer,
auch als Äquivalent für die Gestattung der Mineralien-
ausbeute, für den arbeitsunfähigen Knappen
bzw. dessen Hinterbliebenen in gewissen Grenzen zu
sorgen. Einem kranken Bergmann mußte von einer Zubehö-
re zehnte, von einer Ausbeute zehnte acht Wochen lang der
volle Lohn weitergezahlt werden! Die Knappschafts-
kassen basierten ihre Einnahmen zuerst nur auf freiwillige Beiträge
der Arbeiter, später wurde den Bergwerksunternehmern behörd-
lich aufgegeben, einen Teil der Ausbeute (Knappschaftssteuer)
in die Knappschaftskasse zu steuern. Verwaltet wurde die
Knappschaftskasse zuerst völlig selbstständig von den Arbeitern,
später unter Aufsicht und Mitwirkung der Bergbehörde. Zu-
dem bejahen auch da noch die Arbeitervertreter
(Kelteste) die Entscheidung in knappschaftlichen An-
gelegenheiten.

Das war der mehr oder minder modifizierte Zustand
in Preußen bis 1854. In diesem Jahre beschloß der Land-
tag ein Gesetz, das radikal mit den Verwaltungsrechten der
Arbeiter in der Knappschaftskasse aufräumte, und die „Ver-
waltung der Knappschaftskasse in die Hände der Unternehmer
legte“ (Festenberg-Pattisch: Geschichte des schlesischen Berg-
baus). Mit einem Federstrich wurden die Arbeiter ihrer
Verwaltungsrechte beraubt, was um so skandalöser war,
weil die Kassengelder zum weitaus größten Teil von den Ar-
beitern eingezahlt waren, und weil das Gesetz vom 10. April
1854 den Werksbesitzern auch fernerhin gestattete, bis zu 50
Prozent weniger als die Arbeiter zu zahlen.

Wie diese „Arbeiterverletzungen“ hießen, das steht in
der Leidensgeschichte der preussischen Knappschaftsmitglieder
mit unausrottbarer Lettern geschrieben. Beitragserhöhung
für die Arbeiter, Beitragsherabsetzung für die Bergwerks-
besitzer; Verkürzung der Krankengelder, Invalidenpensionen,
Witwen- und Waisengelder; Entziehung einer Reihe aus der
alten Zeit stammenden Benefizien, Unterwerfung unter ein
Zwangsarztssystem, das die Leidenden zur Verzweiflung brachte,
fortgesetzte Statutenänderungen, um das ohnehin nur höchst
problematische Mitverwaltungsrecht der Arbeiter völlig
illusorisch zu machen! Das geschah vorzüglich durch Ein-
führung der öffentlichen Wahl unter scharfer Kon-
trolle der Werksbeauftragten, wobei die Wahl-
modalitäten so raffiniert ausgeklügelt wurden, daß schließ-
lich vielfach überhaupt kein Arbeiter mehr zur Vertreterwahl
ging. Für diesen Fall hatte das Gesetz fürsorglich die „Er-
nennung der Kelteste durch den Vorstand“, das
heißt durch die Werksbesitzer bestimmt!

Natürlich nahmen im Zeichen der „Bergaufreihung“ und
Ausbeutungsfreiheit die Arbeitererkrankungen wie die Un-
fälle rapide zu. Der Bergarbeiterkörper wurde rascher
ruiniert, von der Regierung mußte zugegeben werden, daß
sich allein innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte das arbeits-
fähige Alter der preussischen Bergleute um zehn Jahre
verringert hat! Hunderte müssen jährlich für invalide erklärt
werden, obgleich sie kaum 30 Jahre alt sind! In manchen
Knappschaftskassen übersteigt die Zahl der Erkrankungen 70
bis 80 Proz. der Mitglieder! Die Massenverhältnisse wurden
infolgedessen immer trostloser, trotz der wiederholten Lei-
stungskürzungen. So ist mit der Arbeitergesundheit Naub-
bau getrieben worden und der preussische Landtag verweigerte
die notwendigen Reformen!

Schließlich konnten auch alle Manipulationen zwecks
Entziehung der Arbeiterrechte an die Kassen, konnten die
immer wieder vorgetragenen Vordreden auf die „Vorsichts-
einrichtungen der Knappschaftskassen“ das graue Elend nicht
mehr verhüllen. In den Regierungsdokumenten zur Knapp-
schaftsreform wurde eingestanden, eine Klassenfälschung sei
nicht mehr zu umgehen, die meisten Kassen seien, ver-
sicherungstechnisch betrachtet, schon bankrott!
Sollte der Zusammenbruch nicht eklatant werden, so mußte
eingeschritten werden.

Nicht so sehr die Berücksichtigung der Arbeiterforderungen
(sie sind nur zum geringsten Teil berücksichtigt), vielmehr die
zwingende Not, das, was eine mehr als 50jährige kapita-
listische Selbstherrlichkeit bis zum nahen Bankrott herunter-
verwaltet“ hatte, wieder aufzurichten zu versuchen, war das
Motiv zur Knappschaftsnovelle vom 19. Juni 1907. Als sie
in Angriff genommen, da wurde auch dem Laien offenbar,
was verfaßt und gefündigt worden war. Es mußten die
betreffenden knappschaftlichen Bestimmungen zunächst einmal
mit den einschlägigen Vorschriften der reichsgesetzlichen Arbeiter-
versicherung in Einklang gebracht werden. Dann mußte den
Werksbesitzern die gleiche Beitragslast wie den Arbeitern auf-
erlegt werden, um die Finanzen zu sanieren. Aber der Landtag
half auch hier wieder den Werksbesitzern, indem er Paragraphen
fabrizierte, die den Verfassern der Kassenstatuten die Herabsetzung
der „hohen“ Krankengelder und Pensionen ermöglichte. Das
ist weiblich ausgenutzt worden. Neben bedeutender Erhöhung
auch ihrer Beiträge wurde den Arbeitern eine Verringerung
der Krankengelder, Invalidenpensionen, Witwen- und Waisen-
gelder durch die Statuten zuteil! Ferner ermöglichte es die

raffinierte Gesetzesfassung, den invaliden Kassenmitgliedern
z. B. im Ruhrgebiet das seit 100 Jahren bestehende
Kindergeld zu entziehen! Den Ruhr-
gebietsarbeitern, die sich das nicht ohne weiteres gefallen
ließen, wurde ab 1. Januar 1908 ein Zwangsstatut
behördlich aufzotroyert, welches die neue „Knappschafts-
reform“ des preussischen Landtages den Arbeitern unmittelbar
zum Bewußtsein bringt.

Sichtlich der Kassenverwaltung ist der
durch das Entrechtungs-gesetz vom 10. April
1854 geschaffene Zustand im wesentlichen anrecht-
erhalten worden! Dadurch ist die Fortbildung der Knappschafts-
kassen zu wirklichen Wohlfahrtsinstituten unterbunden.

Der Landtag ging auch hier seinen arbeiterfeindlichen
Traditionen nach. Er verschlimmerte auch die knappschaftliche
Regierungsvorlage erheblich. Diese wollte, um den Werks-
terrorismus einzuschränken, das geheime Verfahren bei
den Keltestenwahlen gesetzlich festlegen. Der Landtag strich
diese Vorschrift aus der Vorlage! Er ging noch weiter. Den
invaliden Kassenmitgliedern, die von altersher das
aktive Wahlrecht ausübten, raubte der Landtag
dieses wichtige Recht, wodurch den Arbeitern gerade die
jenigen Kameraden zu Keltesten zu wählen unter-
jagt ist, die nicht mehr unter der Werksfuchtel stehen!
Diesem Gesetz stimmten konservative, National-
liberale und Zentrum ausnahmslos zu! Die Regierung,
der recht gut bekannt ist, welche Schläge diese Verbesserung
ihrer Vorlage den Bergarbeitern versetzen, war mit der Ver-
höhnung auch dieser ihrer Vorlage einverstanden!

So beharrte sich das preussische Dreiklassenparlament seit
seinem Bestehen als der rücksichtslose Anwalt des Grubenkapitals.
Wie oft auch im Landtage Bergarbeiterfragen zur Entscheidung
gelangten, stets waren die Bergarbeiter die Geprellten und
Geschädigten. Empörten sich die Grubenklaven gegen
den unerträglichen Druck, dann konnten sie sicher sein, von
den „Volksvertretern“, die durch ihre Gesetzesfabrikation den
Arbeitern das Sklavenjoch geschmiedet hatten, obendrein
niederträchtig beschimpft und mit Hohn überschüttet zu werden!
Darum gilt für die Bergarbeiter wie für alle Arbeiter, alle
Ausgebauerten, alle Nichtbesitzenden die Parole: Nieder mit
dieser Geldsackvertretung!

„Nationale“ Arbeiter und Geldsack-
parlament.

Fürst Bülow hat der Deputation des „nationalen“ Arbeiter-
kongresses, die ihm ihre Aufmerksamkeit hat machen dürfen, eine
Menge Versprechungen gemacht, an deren Erfüllung die maß-
gebenden Kreise überhaupt nicht denken. Bei dieser Gelegen-
heit drückte der Ministerpräsident Preußens seine Freude darüber
aus, daß in Deutschland starke Organisationen „nationaler“
Arbeiter bestehen. Man hätte nun meinen sollen, daß der preu-
ssische Landtag Eingaben und Wünsche dieser „nationalen“
Arbeiter ganz besonders beachten würde. Sozialdemokratische Ar-
beiter wenden sich gar nicht erst an das Dreiklassenparlament,
sie wissen, daß sie dort weder Einsicht noch Verständnis
finden können. Die „nationalen“ Arbeiter aber haben es gewagt,
und sie sind damit gründlich hereingefallen! Gerade jetzt,
unmittelbar vor der Landtagswahl, verdient die
Sache aus den Ästen ausgegraben zu werden, um zu zeigen, daß
die Arbeiter von den Erlaren des Dreiklassenelends auch dann
nichts zu erwarten haben, wenn sie „national“ bis in die
Knochen sind.

Die Freie Evangelische Volksvereinigung
Barmen, der Ortsverein der Metallarbeiter in Neu-
salz a. O., die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner
in Hagen, das christliche Gewerkschaftsstell in
Eupen, der dortige katholische Arbeiterverein, die
katholischen Arbeitervereine des Bezirkes Bochum, der
Zentralrat der deutschen Gewerksvereine in Berlin,
das katholische Arbeiterssekretariat in Erfurt und
andere mehr hatten sich mit Petitionen an den Landtag gewendet.
Sie verlangten:

- 1. Aufhebung der Bestimmung, daß der Arbeitgeber das
Einkommen der Arbeiter angeben müsse. Statt dessen Ein-
führung der Selbsteinschätzung;
2. den § 36 des Kommunalabgabengesetzes dahin zu ändern,
daß es den Kommunen gestattet sei, die Einkommen unter
3000 M. mit einem geringeren Prozentsatz als die höheren Ein-
kommen zu den Kommunalsteuern heranzuziehen;
3. die untere Steuergrenze von 900 M. auf 1200 M. resp.
1500 M. heraufzusetzen, weil bei dem sinkenden Geldwert heute
ein Einkommen von 1200 M. nicht mehr sei, als früher ein
solches von 900 M.;
4. zu gestatten, daß das Einkommen aus Sonntagsarbeit,
Neberrunden sowie sonstiger Nebenberufen in Abzug gebracht
werden darf, und ferner, daß der Verdienst der Frau außer
Ansatz bleiben oder separat versteuert werden solle;
5. den Abzug für Kinder von 50 M. auf 150 M. zu erhöhen.
Diese Petitionen sind am 12. März 1908 in der Petitions-
kommission des Landtags in einem Ratsch verhandelt worden.
Der Vertreter der Regierung hatte für alles nur ein
entschiedenes: Nein. An der Ausübungspflicht der Arbeitgeber über
das Einkommen der Arbeiter müsse unter allen Umständen fest-
gehalten werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Arbeiter
in dem Arbeitgeber den Denunzianten sieht, der sein Ein-
kommen dem Staat zum Zwecke der Besteuerung verrät. Auch des

*). Vgl. Nr. 120 des „Vorwärts“.

Abzug des Verdienstes und Nebelstunden usw. sei absolut unzu-
lässig, der Arbeiter muß jeden Pfennig, den er verdient,
versteuern. Die erbetene Selbstbestimmung ist ohne
weiteres verweigert worden, und zwar mit dem Hinweis
darauf, daß die Zahl der Steuererschätzungen derzeit 700 000 be-
träge, wenn den Arbeitern die Selbsterschätzung gestattet werden
sollte, dann würde die Zahl der Steuererklärungen sofort auf
5 Millionen anwachsen. Diese Zahl zu bearbeiten, sei gar
nicht möglich, und überdies habe auch der Arbeiter ja das Recht,
eine Steuererklärung einzureichen, auch dann, wenn er sich
nicht selbst einschätzen müsse. Man beachte den blutigen Hohn, der
in dieser Argumentation liegt! Welchen Sinn soll denn eine von
einem Arbeiter abgegebene Steuererklärung haben, wenn der
Unternehmer das Einkommen des Arbeiters der Steuerbehörde
bereits angegeben hat! Schickt nur tüchtig Steuererklärungen, in
den Schreibstübchen ist kein Mangel an Papierstücken!

Und nun gar erst die Heraussetzung der unteren
Steuergrenze! Das bedeutet einen Ausfall von 17 Millionen
Mark für den preussischen Staat, daran sei also nicht zu denken.
Ja, wenn es sich um Agrarier handeln würde — das wäre
etwas anderes, so aber dreht es sich bloß um Arbeiter, noch
dazu um „nationale“, denen meint man alles bieten zu dürfen.
Auch eine Begünstigung der Arbeiter bei den Kommunalabgaben
sind glatte Zurückweisung! Das ist umso bezeichnender, als
gerade die Kommunalsteuer ihrer Höhe wegen noch viel
drückender ist als die Staatssteuer!

Schließlich wurde beschlossen, die Petitionen der Staats-
regierung als Material zu überweisen, d. h. als Aktenstücke, die
man zu den übrigen legt, bis die ganze Herrlichkeit eines schönen
Tages eingeklopft wird!

Das ist die Antwort auf das Vertrauen, das „natio-
nale“ Arbeiter in diese Parikatur einer Volks-
vertretung gesetzt haben. Den Dreiklassen-
männern ist es völlig gleichgültig, ob es sich um „nationale“
oder um sozialdemokratische Arbeiter handelt, für Arbeiterfragen
hat man dort nun einmal kein Interesse! Das wird erst dann
anders werden, wenn es gelingt, Sozialdemokraten in das Haus
des Dreiklassenunrechts zu entsenden!

Wie sich der Freisinn in der Wahlrechts- frage mauferte!

Wir nahmen neuerdings mehrfach Gelegenheit, darauf
hinzuweisen, daß der Freisinn sich in der Theorie als
Verfechter des Reichstagswahlrechts aufspielt, aber
von dessen Übertragung auf die Gemeinden, in denen
er das Wort in Händen hat, nichts wissen will. Die
Furcht vor der Sozialdemokratie und die Rücksicht auf den
Grundbesitz sind die Ursachen dieser Prinzipienwidrigkeit,
die auf die Standfestigkeit des Freisinns in der preussischen
Wahlrechtsfrage die gewaltigsten Schlüsse zulassen.

Aber es gab eine Zeit, wo der Freisinn, soweit das
preussische Gemeindegewahlrecht in Betracht kam,
anders konnte.

Am 18. März 1876 fand im preussischen Abgeord-
nethause der Entwurf einer neuen Städteord-
nung zur Verhandlung. Der Reformversuch scheiterte, wie
nebenher bemerkt sei, am Widerstande des Herrenhauses.
Er brachte gegenüber der heute noch geltenden Städteordnung
von 1853 manche Verbesserungen, ging aber doch der da-
maligen Fortschrittspartei noch immer nicht weit genug.

Ihr Führer Eugen Richter sagte damals im Drei-
klassenparlament u. a.:

„Meine Herren, wenn man befürchtet, daß bei dem gleichen
Stimmrecht die Besitzlosen einen zu großen Einfluß ge-
winnen, so muß ich mich doch immer fragen: Das Interesse der
Besitzlosen ist dem allgemeinen Interesse unter Umständen
viel näher, als das Interesse der Besitzenden in den Kommunen.
Und daß es nicht möglich ist, daß die Besitzlosen etwa zu stark
durch progressive Besteuerung herangezogen, dafür
sorgt schon die gegenwärtige Kommunalbesteuerung. Für mich
liegt die Gefahr eher auf der anderen Seite. Wenn ich die
Städteordnung betrachte, wie sie sich mit dem Dreiklassenwahl-
system entwickelt, so finde ich viel stärker die Gefahr drohend,
kommunale Ausgaben zu machen, die wesentlich im Interesse der
besitzenden Klasse sind, namentlich der Grund- und Hausbesitzer.“

Weiter sagte Eugen Richter noch in dieser Rede,
daß Gemeinnutz und Intelligenz durchaus nicht an den Besitz
gebunden seien, wie das Dreiklassenwahlrecht es annehme.
Dies System sei besonders nachteilig in den großen
Städten, wo es in Verbindung mit der Bezirksinteilung
in raffinierte Weise verhindere, daß ein allgemeines
Interesse sich geltend machen könne.

So der Führer der Fortschrittspartei 1876. Als nun aber dank der
Wirksamkeit der Sozialdemokratie aller Hindernisse
zum Trotz sich bei den Stadtverordnetenwahlen ein „all-
gemeines Interesse“ geltend machte, da hatte die Reform-
freudigkeit des Freisinns mit einem Schlage ein Ende!
Er erhobte, um noch einige Beispiele zu nennen, 1895 in Kiel aus-
drücklich vor der Arbeiterschaft den dortigen Wahlzensus, ver-
schlechterte 1901 das Wahlrecht in Halle, 1904 das Wahlrecht
in Königsberg i. Pr. usw.

Wo wir einmal dabei sind, das Verhalten des Freisinns
in dieser Frage zu beleuchten, möge noch ein recht pikantes
Beispiel für seine Entwicklung nach Rückwärts folgen. Bei
der Verhandlung am 18. März 1876 hatte ein Redner der
Rechten, Abgeordneter Hakey, dem freisinnigen
Führer den Rechtsatz entgegengehalten: „Wer will mit
raten, soll auch mit raten.“

Im Jahre 1900, bei der Beratung eines sozialdemo-
kratischen Antrages, sagte nun der Stadtverordnete und
Landtagsabgeordnete Cassel in der Berliner Stadt-
verordnetenversammlung:

„Die städtische Verwaltung hat von jeher den Grundbesitz
mit an die Spitze gestellt, daß derjenige, welcher mit ratet, auch
mit raten soll.“

Am 19. April 1904 gab derselbe Herr Cassel unter dem
lebhaften Beifall seiner Freunde in der Stadtverordneten-
versammlung die Erklärung ab:

„Ich unter denselben kein einziger sich befindet, der
dies gleiche und gleiche Wahlrecht ohne jede Voraussetzung an
jeden Beliebigen erteilen will, ohne Rücksicht auf den Beitrag zu
den Lasten der Stadt und auf die Schaffigkeit in der Stadt.“

Wer will Gewähr dafür leisten, daß der Frei-
sinn in bezug auf das Landtagswahlrecht sich nicht ebenso
radikal ändert als in bezug auf das Gemeindegewahlrecht?
Die Vorgänge der letzten Monate zeigen ja, daß er auf dem
besten Wege zum Sinnungswechsel ist!

Aus dem Wahlkampf.

Fälschungen der Tante Voss.

Die „Vossische Zeitung“ polemisiert in einem Leitartikel
gegen das „Vollblut“, das von der sozialdemokratischen Partei am
letzten Sonntag in Berlin verbreitet worden ist.

Das schmachvolle Wahlbündnis in Ober- und
Nieder-Barnim versucht die „Vossische Zeitung“ damit zu
rechtfertigen, daß ja ein Bündnis mit der Sozialdemokratie
deshalb nicht möglich gewesen wäre, weil bei einem Wahlbündnis
mit der Sozialdemokratie die sozialdemokratischen Kandidaten
doch die meisten freisinnigen und nationalliberalen
Stimmen nicht erhalten haben würden. Auch
eine Entschuldigung! Doch „freisinnige“ Wähler für
konservative Wahlrechtsfeinde ohne Wimperzucken ein-
treten, findet die „Vossische Zeitung“ ganz in der Ordnung.
Ebenso, daß sie einen unüberwindlichen Abscheu vor den Ver-
tretern des arbeitenden Volkes haben. Hat denn die
„Vossische Zeitung“ gar kein Empfinden dafür, daß diese freisinnige
Charakteristik der freisinnigen Wählerschaft den Freisinn in der
denkbar schlimmsten Weise diskreditiert?

Erinnert sie sich denn gar nicht, daß die „Freisinnige
Zeitung“ einen gleichen Wahlrechtsfeind des Zentrums
mit den Konservativen mit den Worten brandmarkte:

„Da aber sowohl das Zentrum wie neuerdings die Kon-
servativen die Wahlrechtsfrage für den wichtigsten
Punkt des Wahlkampfes ansehen, so ist ein Wahlkompromiß
zwischen diesen beiden Parteien ein ganz unnatürliches Gebilde...
Die einzig mögliche Schlussfolgerung hieraus ist doch aber nur, daß
man sich dann nicht dazu hergeben darf, die Reaktion in Preußen
zu härten.“

Was also die „Freisinnige Zeitung“ sogar dem Herka-
grarischen Zentrum als politische Schmach antreibete,
hält die „Vossische Zeitung“ für den — Freisinn für durchaus zu-
lässig!

Welch jammervolle Sorte Freisinn!

Die „Vossische Zeitung“ verteidigt dann das Zusammengehen
des Freisinns mit den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden
damit, daß ja auch in der sozialdemokratischen „Königsberger
Volkszeitung“ die Ansicht vertreten worden ist, daß von der sozial-
demokratischen Arbeiterschaft „eine teilweise Abtragung oder Ab-
schwächung des Klassenwahlrechts für den Augenblick als Abstrich-
zahlung in den Kauf zu nehmen“ sei. Und die Nationalliberalen
wollten doch ebenfalls eine gewisse Wahlrechtsreform.

Wir könnten der „Vossischen Zeitung“ entgegen, daß
der Artikel der „Königsberger Volkszeitung“ von einer privaten
Legationskorrespondenz stammt, für deren Aus-
sagen die Sozialdemokratie nicht verant-
wortlich ist. Wir wollen aber doch zur Charakteristik der
Vossischen Aushere einige Sätze aus dem von ihr zitierten Artikel
wiedergeben, die sich gerade gegen die national-
liberalen Reformvorschlüge richten. Es heißt da:

„Das Pluralwahlrecht, das das Privilegium des Be-
sitzes auf der einen Seite scheinbar ein wenig einschränkt, um auf
der anderen Seite neue Privilegien der besitzenden
Klasse nach Alters, Bildung, Selbstständigkeit, Pluralität
zu erreichen, ist kein Erfolg der Demokratie, sondern
eine Gefahr für sie. Lieber das alte Dreiklassenwahlrecht,
als ein nationalliberales Vierklassenwahlrecht à la Sachsen...“

Gene aber, die für das neue Wahlrecht der
Pluralität eintraten, sind die eigentliche Gefahr des
kommenden Landtages und als Todfeinde einer
gerechten Wahlreform sind sie auf das Keuferste
zu belämpfen.“

Die „Vossische Zeitung“ entschuldigt also ihr Kompromiß
mit den Nationalliberalen mit Keuferungen der „Königsb.
Volkszeitung“, die sich gerade gegen die Nationalliberalen wendet!

Konservativer Wahlterrorismus gegen Arbeiter.

Nicht nur unter der öffentlichen, sondern auch unter der ge-
heimen Stimmabgabe vermögen die konservativen Terroristen zu
trotzen. Wie ungeniert dies geschieht, zeigt ein Dokument, das zu
Anfang November 1903 dem „Vorwärts“ vorgelegt wurde. Es
lautet:

Der Arbeiter... hat bei mir vom 12. Mai 1903 bis zum
17. Juni in Arbeit gestanden. Ich bin mit seinen Leistungen sehr
zufrieden gewesen, mußte ihn aber entlassen, da er Sozial-
demokratisch (mit großem S.) gewählt hat.

Behrensberg den 17. Juni 03. b. Treßlow.

Dies Zeugnis, das bekanntlich der Gewerbeordnung widerspricht,
war abgestempelt vom Gemeindevorstand zu
Behrensberg, Kreis Westow-Storkow.

Ob die Ueberführung des Sänders mit Hilfe der geschäfteten
Wahlwerts oder sonstige geschah, ist gleichgültig, wo es hier nur
darauf ankommt, zu beweisen, daß die am Samstag von der
„Deutschen Tageszeitung“ theoretisch erwogene Möglichkeit der Aus-
spernung sozialdemokratischer Arbeiter auf dem Lande so
bald geübt wird, als ob es sich um — ein
konservatives Vorrecht handelte!

Schwarze Wahlrechtschaffer.

Die zentramlichen Brothändler und Dunkelmänner sind
in der Praxis genau so brutale Wahlrechtschaffer, wie ihre konser-
vativen Blodfeinde, mit denen sie sich zur Landtagswahl in gemein-
samer Volkssteindschaft zu der famosen antiböckerischen Schwarz-
blauen Paarung vermischt haben. Auch in Danzig ist dieser
schöne Bund der Jesuiten und Junker zur Sprengung des Willen-
schen Potientottenblods und zur Sicherung der „christlichen“ Schul-
verwaltung geschlossen worden. Um diese würdige Gemeinschaft,
ein dankenswerter Beweis politischer Ehrlichkeit, nicht an konser-
vativen Bedenken wegen der zentramlichen Wahlrechtswünsche
scheitern zu lassen, enthält das Herkale Westpreussische
Vollblut den tiefgründigen Haß der Herkale Junker-
genossen gegen das gleiche Wahlrecht in geradezu klassischer Weise.

Der von dem Danziger Blodzeissim schamlos mit Fähen ge-
tretene Antrag unserer Genossen um Einführung des geheimen und
gleichen Gemeindegewahlrechts war vor der Einbringung auch sämt-
lichen Lokalblättern zum Abdruck überlassen. Selbst das konservative
Blatt veröffentlichte ihn. Einzig und allein das „Vollblut“ —
Zentrumorgan unterschlug ihn seinen Lesern. Als darauf die
„Königsberger Volkszeitung“ die zentramlerische Wahlrechtsfreund-
schaft entsprechend kritisierte, antwortete der Zentrumsredakteur
Wüller mit einer preisgekrönten „Verächtigung“, in der er ver-
sicherte, daß der Abdruck nur unterblieb, weil der Antrag der
Redaktion nicht zugegangen sei. Unser Parteiblatt wies darauf
nach, daß der Antrag auch dem Zentrumsblatt zugefickt wurde und
bemerkte, wenn er dort wunderbarerweise wirklich nicht eingetroffen
sein sollte, hätte das Blatt ihn doch nur der Presse entnehmen
dürfen. Darauf antwortete der enklarte Zentrumschrift zunächst
überhaupt nichts.

Inzwischen war aber das konservativ-Herkale
Wahlverratsbündnis offiziell abgeschlossen. Und man
hielt es die Zeitungsjournalen zur Beruhigung ihrer Partner endlich
doch für möglich, offen Faße zu bekennen. Das Zentrumsblatt
leistete sich folgende energische Kriegserklärung gegen das Wahlrecht:
„Man hat gerade so, als seien wir verpflichtet, den sozial-
demokratischen Wahlrechtlern durch die Veröffentlichung des An-
trages noch mehr Wasser auf ihre Mühlen zu liefern. Oder

glaubten die Herren Genossen vielleicht, unsere Leser seien
so sehr von einer berartigen Leichtfertigen, heute wie auch in nächster Zukunft geradezu an
Wahnsinn grenzenden Forderung der Sozialdemokratie be-
geistert? ... Aber Gott sei Dank herrscht in unserem Volke
ein noch so reger kritischer Geist, daß es den Lohrreusen dieser
„Jahlobner“ nicht folgen lassen wird.“

Diese ehrenwerten Christen wollten also den Wahlrechtsantrag
absichtlich nicht veröffentlichen. Sie schwindelten also wider
besseres Wissen, als sie in ihrer „Verächtigung“ das Gegenteil
behaupteten.

Das zentramliche Vollblut fuhr dann fort:
„Es erweckt so ganz den Anschein, als ob die um Erbsien und
Genossen ihren Kerger über die „freisinnige Niedertrampeln“
der sozialdemokratischen Wahlrechtsforderung an uns auslassen
wollten, oder aber, als ob wir durch die Nichtveröffentlichung des
Antrages die Schuld daran trügen, daß diese „Niedertrampeln“
erfolgt sei. Sollte das letztere wirklich zutreffen, so freuen wir
uns, durch die Nichtveröffentlichung unserer Schere ein gutes Werk
vollbracht zu haben...“

Diese hämische Freude über die jämmerliche Tat der freisinnigen
Vollblutredakteur gewinn aber noch ihre besondere Bedeutung, wenn
man ihren Urheber etwas näher ansieht. Unlängst bewilligte
nämlich der Danziger Marineoffiziersverein für einen Empfangs-
abend des Flottenvereins aus städtischen Steuergeldern 2000 M.
Diese mißbräuchliche Vergeudung der Steuergeldern zur Erhaltung
der politischen Plottentherge brachte auch das Zentrumsblatt arg in
den Darnick. Und noch im Rathaus erklärte sein Redakteur unserm
ParteiSekretär vor mehreren Zeugen, daß es nun hohe Zeit sei,
dem unpolitischen Interessententumismus des freisinnigen Kapitalisten-
Klingels in der Gemeinde gemeinsa durch eine politische wirt-
liche Volksvertretung zu erziehen!

So dachte der Herr damals über die „wahnsinnigen Jale-
bner“!

Jetzt aber muß es doch die Bündnisfähigkeit des Zentrums mit
den konservativen Wahlrechtsfeinden beweisen!

Die Aufrechten gegen die Klapperbeinigen.

Die Versammlung der Vereinigten Liberalen Parteien in Köln 37.
über die wir in Nr. 119 berichteten und in der der nationalliberale
Rechtsanwalt Georg Fischer in so rücksichtsloser Weise dem Volk-
liberalismus seine Schande vorhielt, war nur ein Vorpiel zu einem
noch heftigeren Angriff wirklich liberaler Leute gegen den herrschenden
Asterliberalismus.

Am Sonntag hielten die Kölner Nationalliberalen gemeinsam
mit ihren „unentwegten“ Kampfgenoßen, den Freisinnigen
Volksparleuten, wieder im Saale der Lesegesellschaft, ihre
zweite Landtagswählerversammlung ab. Als Hauptredner hatte man
Herrn Wiemer kommen lassen, der selbstverständlich alles gut und
trefflich fand, was der Blod geleistet hat. Dabei erklärte der Herr,
er verlange bei der zu fördernden Neuenteilung der
Wahlkreise nicht, daß „rein schematisch nach der Zahl gegangen
wird“; er glaube, daß „die Eigenart und historische Entwicklung in
den einzelnen Kreisen ausreichende Berücksichtigung finden können“;
aber er verlange, daß „wenigstens einigermaßen (!) nach Recht und
Gerechtigkeit verfahren“ werde. Ein echter Freisinniger, dieser
Wiemer, der ein Gegner des gleichen Wahlrechts ist und
„wenigstens einigermaßen“ Recht und Gerechtigkeit
fordert!

In der Diskussion traten dem Redner ein Mitglied der Frei-
sinnigen Vereinigung, Dr. Klein, sowie der bisherige Vorsitzende
der Kölner Ortsgruppe der Freisinnigen Vereinigung, der Sozial-
liberale Dr. Pohlshörder, entgegen. Der letztere hat dieser
Tage den Vorstoß niedergelegt und ist aus dem Verein ausgetreten,
nachdem auf einer in Essen abgehaltenen Delegiertenversammlung
der Kölner Antrag auf Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung
abgelehnt worden war.

Herr Dr. Klein übte schärfste Kritik an der Wiemerrede.
Durch die Blodpolitik seien Erfolge nicht erzielt worden; wohl aber
habe der Freisinn seine Grundzüge mit Füßen getreten. Der Frei-
sinn führe den Kampf gegen die Konservativen nur
im Munde; in der Praxis helfe man den Konservativen überall
in den Landtag; er erinnere an Niederbarnim. Der Redner
empfohl, wo es möglich sei, mit den Sozialdemokraten
Bündnisse abzuschließen.

Herr Wiemer behandelte die Kritik recht hochfahrend. Ein
Bündnis mit der Sozialdemokratie sei zu verwerfen, da die Sozial-
demokratie wegen des Klassenkampfes und der wirtschaftlichen
Gegensätze (!) das größere Uebel sei.

Herr Dr. Pohlshörder bezeichnete die Wiemerschen An-
griffe auf die Sozialdemokratie als unrichtig. Vergebens habe man
gehofft, daß in der Volkbewegung der Wahlrechtskampf von den
Liberalen energischer geführt werden würde. Zum Schluß forderte
Dr. Pohlshörder auf, am 3. Juni für die einzige demokratische Partei
in Köln, die Sozialdemokratie, zu stimmen.

Ferner trat noch ein Herr Dunderscher Arbeiter,
Herr Grothe, auf, der den Liberalen das Vertrauen der Arbeiter
ausludigte und in Aussicht stellte, daß die Liberalen von den Ar-
beitern bei der nächsten Reichstagswahl einen „gehörigen Dentschel“
bekämen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Mai 1908

Zur Erhöhung der Zivilliste

bemerkte die „Volks-Zig“:
„Nicht lange nach dem Regierungsantritt des jetzigen
Kaisers ist erst die Zivilliste um 3 1/2 Millionen — geschrieben
brei und eine halbe Millionen Mark — erhöht
worden. Damit ist für lange Zeit den weitestgehenden
Ansprüchen auf alle Erfordernisse einer glanz-, prach- und
prunkvollen Hofhaltung Rechnung getragen worden. Wenn
wirklich für die Erhöhung der Hofbeamtengehälter mehr als
eine Million aufgewendet werden müßte, so würde es der
unmöglichen Opferverwaltung sicher gelingen, durch eine
Einschränkung der Ausgaben für eigentliche
Prunkveranstaltungen an solchen Stellen und bei
solchen Gelegenheiten Ersparnisse zu machen, um und bei
denen ohne die geringste Schädigung des Au-
sehens der Krone mit weniger Aufwand auszukommen
ist...“

Von anderer Seite wird behauptet, dem Kaiser solle von
Reich wegen eine Jahresdotations von etwa zehn
Millionen Mark gezahlt werden. Es würden Versuche ge-
macht, maßgebende Parlamentarier für diese
Idee zu gewinnen. Wir zweifeln nicht, daß, wenn
man an gewisse Parteien mit dieser Forderung herantrete,
man dabei auf ein willfähriges Entgegenkommen
stoßen würde. Namentlich würden die freisinnigen Blod-
blowianer nicht nein sagen. Sie haben die Forderungen für
die Hofkronenburg erst abgelehnt, und zwar
unter sehr scharfen und despektierlichen Nebenwendungen. Später
haben sie, als der Blod ihnen die bekannten „anderen Grund-
sätze“ beibrachte, mit Hurra für die Forderungen gestimmt.
Das gibt eine gute Gewähr für andere Forderungen.“

Der neue Harden-Prozess.

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt sich von „fachkundiger“ Seite schreiben, daß das Revisionsurteil im Strafprozeß gegen Harden nicht viel anders ausfallen dürfte, als das erste Urteil; dem das Reichsgericht habe in materieller Hinsicht die Feststellungen der Strafkammer nicht beanstandet, sondern die Sache lediglich deshalb zurückverwiesen, weil formell eine Rechtsnorm verletzt worden sei: der Zeuge Göry hätte nämlich den in § 61 Str.-P.-O. vorgeschriebenen Raschheit, daß er die reine Wahrheit gesagt habe, geleistet und war dann später nochmals unbeeidigt vernommen worden; würde er vor der Vernehmung beeidigt worden sein, so wäre diese Prozeßstrafe erfolglos und wohl auch nicht erhoben worden.

Da nun der Zeuge Göry, meint der fachkundige Einsender der „Deutschen Tageszeitung“, sich bereits allgemein dahin ausgesprochen hat, daß ihm von Verfehlungen des Fürsten Eulenburg nichts bekannt sei, so dürfte er auch in einer etwa wiederholten Vernehmung die Frage, ob seines Wissens Fürst Eulenburg sich in Gemeinschaft mit dem Grafen Rolke solcher Verfehlungen schuldig gemacht hat, verneinen. Wir können auf Grund zuverlässiger Informationen hinzufügen, daß die Untersuchung gegen den Fürsten Eulenburg bisher für den Grafen Rolke keinerlei belastende Momente ergeben hat. Danach kann die Strafkammer, die zur abermaligen Entscheidung in der Rolkeschen Verleumdungssache berufen ist, nur wieder zu einer Verurteilung Hardens kommen und angesichts der Schwere des festgesetzten Deliktes kann es sich wiederum nur um eine Freiheitsstrafe handeln. Allerdings kann die letztere etwas niedriger bemessen werden, da die einfachen Verleumdungen (aus § 188 Str.-G.-B.), welche der erste Richter neben der schweren Ehrenkränkung (aus § 189) besonders anrechnen zu müssen glaubte, in dem neuen Urteil unberücksichtigt bleiben müssen und da ferner auch das erschwerende Moment, daß der Angeklagte auch andere Persönlichkeiten leichtfertig an der Ehre kränkte, durch die Untersuchung des Falles Eulenburg zum Teil hinfällig geworden zu sein scheint. Endlich ist auch zu bemerken, daß die Verleumdungen, der ganze Harden-Prozess wurde nochmals ausgesetzt werden, da in dem neuen Verfahren die Beweisaufnahme wiederholt und neu Beweise erhoben werden können, doch wohl übertrieben sind; denn es besteht, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, die feste Absicht, die neue Verhandlung noch mehr als die vor der Strafkammer geführte auf das Thema probandum zu beschränken; und dies ist die zur Anklage stehende Verleumdung des Grafen Rolke.

An dieser Verleumdung, daß die Strafkammer die Verhandlung lediglich auf die zur Anklage stehende Verleumdung beschränken, das heißt alle Beweisanträge und Zeugenvernehmungen ohne weiteres ablehnen wird, die sich nicht direkt auf den Fall Rolke beziehen, läßt sich nicht zweifeln. Man hat eben die Nase voll von Philis Stank und ist ängstlich bemüht, zu vermeiden, daß noch weitere Personen aus der Mitte des Hof- und Diplomatenadels in die Skandalaffäre hineingezogen werden. Aber dennoch steht keineswegs fest, daß die Verhandlung so glatt verläuft, wie man in den Kreisen der noblen Standesgenossen der Liebenberger Tafelrunde hofft. Harden und sein Verteidiger sind inzwischen nicht müßig gewesen, Belastungsmaterial heranzufischen, und es erscheint fraglich, ob das Gericht sie daran wird hindern können, dieses Material zu verwerten.

Die sozialdemokratischen Wahlsiege im Herzogtum Gotha.

Die von der Sozialdemokratie behaupteten sechs Wahlkreise sind: Gotha-Nord, Waltershausen, Oberhof, Grafenroda, Georgenthal, Ruhl. Im Wahlkreise Goldbach steht die Sozialdemokratie mit dem Wurd der Landwirte in ausschließlicher Stichwahl. Mehrere Wahlkreise haben die Gegner nur mit ganz knapper Stimmenzahl behauptet und das auch nur infolge eines Zufalls. Das furchtbare Unwetter, das am Freitag nachmittags tobte, hat mehrere Arbeiter, die von auswärtig zu ihren Wahlorten unterwegs waren, an dem Erreichen ihres Zieles gehindert — ein Umstand, der natürlich vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, die Sozialdemokratie geschädigt hat. Das „Gothaer Volksblatt“ schreibt darüber: „Der furchtbare Sturm mit seinen Regengüssen ist die Ursache, daß den Gegnern zwei Wahlkreise erhalten blieben. Wie schon erwähnt, sind verschiedene Arbeiter, die von Erfurt unterwegs waren und nach Wolsdorf zur Wahl wollten, unterwegs festgehalten geblieben. Sie konnten mit dem besten Willen nicht weiter. In Wolsdorf haben die Gegner aber nur mit einer Stimme gesiegt. Gewonnen wir den Ort, was ohne das Unwetter sicher war, dann hätten wir den 19. Wahlkreis.“

Wichtig liegt es mit dem 8. Wahlkreis. In Eberstadt standen 21 gegen 21 Wahlmänner; das Los entschied für die Gegner. Aber zwei Leute, die in Gotha arbeiten und in Eberstadt wahlberechtigt sind, konnten des Unwetters wegen nicht hin, sonst war auch der 8. Kreis unser. Wie uns versichert wird, sind auch mehrere Arbeiter, die in Oberhof wohnen, verhindert gewesen, rechtzeitig zur Wahl zu erscheinen. Es ist also möglich, daß uns auch der Kreis auf diese Weise verloren gegangen ist.

Das erfreulichste an der Wahl ist jedoch der starke Stimmengewinn, den die Sozialdemokratie erzielt hat, um so mehr, als die gegnerische Agitation diesmal alles, was vorher bei Landtagswahlen im Lande erlebt wurde, weit hinter sich ließ. Das „Volksblatt“ berechnet den Zuwachs an Stimmen auf 1000 und führt im einzelnen an: In der Stadt Gotha sind wir von 1931 auf 2124 Stimmen gestiegen, haben also um 193 gewonnen, während die vereinigten Gegner trotz ihrer riefigen Anstrengung nur um 125 (von 2412 auf 2537) gestiegen sind. Erfreulich ist der Aufschwung in Oberhof. Dort haben wir um 67 Stimmen gewonnen, während die Gegner um 89 abgenommen haben. Sehr stark ist die Stimmengewinn im 10. Kreise, trotzdem dort schon im Jahre 1904 ein starker Zuwachs stattgefunden hat, so daß ein weiteres größeres Wachstum unwahrscheinlich schien. So ist in Crawinkel, das die Gegner schon für sich als gewonnen betrachteten, die Stimmenzahl von 189 auf 178 gestiegen. In Gossel von 50 auf 80, in Geisenroda von 251 auf 290. Dieharz ist von 68 auf 112 emporgeschwollen. Lambach von 232 auf 317, Grafenhain von 158 auf 217. Gut gewonnen haben auch Zschershausen, Ranendorf, Schwarzwald, Siebleben, Ruhl und Winterstein. Einen guten Vorstoß hat auch Friedrichroda gemacht. Unsere Stimmenzahl ging von 217 auf 276 hinauf.

Ein eingestellter Peters-Prozess.

Ruß, 26. Mai. Die vierte Strafkammer des hiesigen Landgerichts hob unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Strangenberg als Berufungsinstanz das am 22. Januar d. J. in der Privatklage des Dr. Peters gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rölnischen Zeitung“ Dr. Brüggemann und Gouverneur a. D. von Bennigsen ergangene Urteil auf und erklärte auf Einstellung des Verfahrens auf Grund der §§ 194 und 61 Strafgesetzbuches (wegen zu spät erhobener Klage) bezüglich der Anklage gegen Dr. Brüggemann, während das Verfahren gegen Herrn von Bennigsen für unzulässig erklärt wurde, da auf Grund des § 22 Preßgesetzes Verjährung der Strafverfolgung eingetreten sei. Sämtliche Kosten werden dem Privatkläger Dr. Peters auferlegt. Rechtsanwalt Hoff hatte bei Beginn der Verhandlung namens der Angeklagten einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden abgelehnt. Postlagerl Gouverneur a. D. von Bennigsen hatte erklärt: Ich berufe mich nicht auf die Verjährung. Ich würde es im Gegenteil bedauern, wenn dieser Prozeß zu Ende gehen würde, ohne eine Klarheit der Vor-

gänge am Kilimandscharo gebracht zu haben. Ich bin nämlich der Meinung, daß durch die Verbunkelung dieser Vorgänge in kolonialpolitischer wie in allgemein politischer Beziehung unendliches Unheil angerichtet wurde.

Sächsischer Wahlrechtsjammer.

Die Wahlrechtsfrage in Sachsen erscheint infolge der reaktionären Luertreibereien und der Unentschlossenheit der Regierung verworrenere und verfahrenere denn je. Die außerordentliche Wahlrechtsdeputation hat zwar das nationalliberal-konservative Kompromiß, wonach unter allerhand Wahlrechtsbeschränkungen für die Arbeiter (zweijähriger Wohnsitz) ein Pluralwahlrecht mit 4 Zusätzlichen Stimmen eingeführt werden soll, angenommen, ja man hat das Kompromiß in den Regierungsentwurf hineingearbeitet, aber die Regierung hat sich noch nicht geäußert, ob sie das Kompromiß akzeptieren will oder nicht. Graf Hohenhausen hat vielmehr eine Stellungnahme der Regierung für später in Aussicht gestellt, wenn die beiden Kammern des Landtags das Kompromiß angenommen haben. Nun will man aber die Verhandlungsbühne vor der Verlesung des Landtags gar nicht mehr dem Plenum der beiden Kammern zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen, sondern es geht bei der Deputationsberatung bewenden lassen und deren Ergebnis der Regierung direkt übermitteln. Bei diesem Verfahren kann es vor der Landtagsberatung, die noch vor Pfingsten erfolgen soll, zu irgend einer Entscheidung in der Wahlrechtsfrage gar nicht mehr kommen. Es verlautet jetzt auch bestimmt, daß die Regierung an ihrem Entwurf festhalten und eher eine Auflösung des Landtags wagen, als das Kompromiß schließen will. Doch auch darüber wird man während dieser Tagung des Landtags voraussichtlich nichts mehr hören. Es muß vielmehr jetzt mit einer Verschiebung des ganzen Wahlrechtsgesetzes auf den Herbst gerechnet werden. Was dann herauskommt, ist noch völlig ungewiß. Die jetzige verfahrenere Situation spricht übrigens für die Wahrscheinlichkeit, daß die ganze Wahlrechtsreform ins Wasser fällt.

Die der Militärkassette ausgesetzt wird, das wurde in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 30. Division in Straßburg festgesetzt. In dieser Sitzung wurde der Unteroffizier und Menagebuchführer Bienen vom 138. Infanterieregiment wegen Annahme von Bestechungsgeldern und Fälschung der Geschäftsbücher zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte von einer ganzen Reihe Lieferanten Gelder bis zur Höhe von 800 M. angenommen. Die Lieferanten wußten, warum sie das taten. Sie erhielten vom Angeklagten für ihre Waren, die er meist freihändig kaufte, erheblich höhere Preise, als sie bei Submissionen angeboten hätten. So war 1 Pfund Kakao für 1,50 M. angeboten, für 3 M. wurde es gekauft, Tee lag im Angebot mit 1,30 bis 1,70 M. vor, für 2,80 M. wurde er gekauft. Bei 3 Sendungen Kakao wurde der Preis um 150 M., bei Teesendungen um 300 M., bei Risikoholz um 81 M., bei Schokolademehl um 84 M. usw. geschädigt. Anstatt 100 Kilogramm laut Frachtbrief gelieferten Reis waren 200 Kilogramm gebracht und bezahlt worden. Die Offiziere, die eigentlich die Vergabe der Lieferungen zu bewirken hatten, entschuldigten sich damit, sie seien dienstlich berast „überbürdet“, daß sie diesen Geschäften nicht obliegen könnten, und sich ganz auf den Menagebuchführer verlassen müßten.

Oesterreich.

Das volksfeindliche Herrenhaus.

Wien, 26. Mai. Die Budgetkommission des Herrenhauses hat das Gesetz betreffend die Herabsetzung der Zucker- und Verbrauchsabgaben mit 13 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die Budgetdebatte.

Wien, 26. Mai. Abgeordnetenhause. In der Verhandlung des Dringlichkeitsantrages betreffend die sofortige zweite Lesung des Budgets für 1908 erklärte Abg. Wastlitz, die Ruthenen würden gegen die Dringlichkeit sowie gegen das Budget aus Nichttrauen gegen die Regierung stimmen. — Abg. Bernerstorfer erklärte, die Sozialdemokraten seien für die Dringlichkeit des Antrages, nicht um der Regierung gefällig zu sein, sondern um dem Parlament das wichtigste Recht der Kontrolle der Staatsverwaltung zu sichern. Die Dringlichkeit wurde mit überwiegender Majorität angenommen, worauf die Generaldebatte begann.

Schweiz.

Die Ermordung eines Revolutionärs.

Genf, 26. Mai. Gestern abend wurde hier in einem Hause an der Freidurgerstraße der Russe Boris Raidoff, der sich als Korrespondent für russische Zeitungen ausgab und seit einigen Monaten hier wohnte, von einer unbekanntem Person ermordet. Der Täter ist geflüchtet. Raidoff schien wohlhabend zu sein und erhielt häufig bedeutende Geldsendungen von seiner Mutter. Er schien seinen Reden nach der revolutionären Partei anzugehören. Man vermutet, der Täter habe im Auftrage eines Geheimkomitees gehandelt.

Italien.

Der Agrarstreik.

Rom, 26. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Situation in der Provinz Parma wird täglich enger. Die Arbeiterschaft hat die Arbeitsdienstleistung auch bei jenen Bestirnen angeordnet, die die Tarife angenommen haben, doch wird ihnen die Viehversorgung weiter geleistet. Alle Arbeitskammern der Poebene haben sich bereit erklärt, den allgemeinen Agrarstreik zu proklamieren. Ein Bahnzug mit 250 Streikbrechern wurde in Casa Maggiore aufgehalten und die Streikbrecher zur Rückkehr bestimmt. Ein anderer Zug, in dem man Streikbrecher vermutete, wurde in Brescia dadurch aufgehalten, daß sich die Arbeiter vor den fahrenden Zug auf das Bahngleis warfen. Das Wegschicken der Kinder aus dem Streikgebiet zu auswärtigen Arbeiterfamilien dauert an.

England.

Der Protest der Arbeiterpartei gegen den Zarenbesuch.

London, 26. Mai. Im Unterhaus protestierte O'Grady im Namen der Arbeiterpartei gegen den Besuch beim Zaren. Er verlangte, daß angesichts der Auflösung der ersten Duma und der Verhaftung ihrer Mitglieder der Besuch unterbleibe. Minister Asquith sagte, daß der Besuch nur ein Gegenbesuch für den vom Zaren gemachten sei und verwandtschaftlichen Charakter habe. O'Grady erwiderte, indem er zunächst darauf hinwies, daß England seit jeher in den Augen Europas als der Hort repräsentativer Institutionen gegolten habe, und indem er sodann dem Minister die Frage vorlegte, ob es ihm bekannt sei, daß hundert Mitglieder der ersten Duma und fünfzig der zweiten wie gemeine Verbrecher behandelt, in Sibirien oder in Gefängnissen schmachten oder ihr Gerichtsverfahren erwarten, das wahrscheinlich niemals stattfinden werde, sei es ferner dem Minister bekannt, daß in Rußland noch immer amtliche und nicht-amtliche Morde ungesühnt bleiben, daß die Urheber solcher Taten vom Zaren deforiert worden seien, und daß Personen, die man im Verdachte hat, der Regierung unfreundlich gegenüberzustehen, auf geheimnisvolle Weise verschwinden — mitten in ihrem Freundes-

kreise oder mitten in ihrer Arbeit? (Beifall.) O'Grady schloß seine Anfrage mit der Aufforderung, daß die Volksvertreter dem Könige nahelegen mögen, den Besuch von Rebal seines offiziellen und repräsentativen Charakters zu entkleiden.

Asquith berief sich in seiner Schlußerwiderung auf die gewöhnliche Formel der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes. Wenn O'Grady sich darauf berufen habe, daß England seine Verbindung mit Serbien aus Gründen gelöst habe, die im Vergleich mit den jetzigen Vorgängen in Rußland geringfügig erscheinen müßten, so sei darauf zu erwidern, daß er eine Analogie zwischen diesen beiden Fällen nicht zu finden vermöge.

Ward (Arbeiterpartei) fragte an, ob Asquith die Gefahren bedacht habe, die dem Staatsoberhaupt aus den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland erwachsen könnten. Eine Antwort wurde hierauf nicht gegeben. O'Grady kündigte einen Verlesungsantrag an, um die Aufmerksamkeit auf die Haltung der Regierung zu lenken, die den König in der Absicht bestärkte, dem Kaiser von Rußland einen offiziellen Besuch abzustatten. Der Sprecher ließ jedoch diesen Antrag nicht zu, mit der Begründung, daß diese Frage noch vor den Pfingstferien in der Generaldiskussion gestellt werden könnte. Nach kurzer Debatte, in der O'Grady erklärte, gegen einen Privatbesuch des Königs beim russischen Kaiser sei nichts einzuwenden, wurde der Gegenstand verlassen.

Das englisch-französische Einvernehmen.

Der Präsident der französischen Republik, Fallières, war gestern der Gast König Eduards. Die Erklärungen, die diesmal getauscht wurden, haben eine gewisse politische Bedeutung, da sie zeigen, daß das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten immer enger wird. Nachdem der König seine Entzücken, Fallières begrüßen zu können, ausgesprochen hatte, fuhr er fort: „Von ganzem Herzen wünsche ich, daß die Entente cordiale (das herzlich-einvernehmen) auch eine Entente permanente (ein dauerndes Einvernehmen) sein möge zum Glück und Wohlergehen der beiden Nationen und zur Aufrechterhaltung des Friedens, der das Glück der ganzen Welt ausmacht.“ Fallières antwortete, daß er überzeugt sei, daß die Zukunft dieses herzlich-einvernehmens immer inniger gestalten werde, zum gemeinsamen Wohle Großbritanniens und Frankreichs und zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt. Nimmt man dazu, daß Rußland in diesem Bunde der Dritte ist, so sieht heute denn schätzbare Dreieinigkeit, der weit mehr eine diplomatische Fiktion als eine wirkliche Interessengemeinschaft darstellt, der viel mächtigere englisch-französisch-russische Bund gegenüber.

Daß aber die Worte von der Bewahrung des Friedens keine leeren Worte bleiben, dafür bürgt nicht die vorübergehende Konstellation, die die imperialistischen Bedürfnisse der kapitalistischen Nationen erzeugen, sondern einzig und allein die Stärke der proletarischen Friedensarmee.

Finanz- und Rüstungsfragen.

London, 26. Mai. Unterhaus. Bei der Generaldiskussion über die Finanzpolitik der Regierung erwiderte der Handelsminister Lloyd George auf die Einwürfe der Unionisten betreffend die unzulängliche Vorsorge der Regierung gegenüber den finanziellen Verpflichtungen der nächsten Jahre, die Hilfsquellen des Freihandelsfinanzsystems seien keineswegs erschöpft und ging dann über auf die Frage der Verringerung der Ausgaben für Heereszwecke. In dieser Beziehung sei viel geschehen, aber er gebe zu, daß der Wettbewerb in den Rüstungen eine sehr ernste Sache sei, an der England ebenso große Verantwortung trage, wie irgend ein anderes Land. Insbesondere in Bezug auf den Schiffbau sei er nicht sicher, ob England das Tempo nicht beschleunigt und dadurch andere Länder beunruhigt habe. Diese übertriebene Nervosität sei ebenso sehr schuld an dem Anwachsen der Rüstungen wie irgend ein anderer Umstand. England sei der Meinung gewesen, Deutschland bereite einen Angriff auf sein Gebiet vor, Deutschland habe einen Angriff Englands befürchtet und die Presse beider Länder hätte ihr Bestes getan, diese Verfechtungen zu steigern.

Bezüglich künftiger Vesteuerungsmöglichkeiten sagte der Minister, der Reichtum des Landes sei gewaltig und in schnellem Wachsen begriffen und man könne wohl eine Besteuerung der Besitzenden einführen, um das Los der Armen zu mildern.

Marokko.

Die französische Politik.

Die französische Regierung hat nunmehr auch offiziell die Unterzeichner der Algeciradatte davon verständigt, daß sie ihre Operationen in Marokko einzuschränken beabsichtige. General d'Amade ist angewiesen worden, von jedem weiteren Vordringen abzusehen und allmählich den Rückzug auf Casablanca vorzubereiten.

Damit verliert die Marokkofrage sehr viel von der Schärfe, die sie in der letzten Zeit nicht zuletzt durch die unverantwortlichen Behauptungen der Kolonialinteressenten haben und drüben angenommen hat. Wenn die französische Regierung diesem Treiben nicht nachgegeben hat, so hat sie daran vor allem die Friedensliebe des französischen Volkes gehindert, dessen Dolmetscher unsere französische Bruderpartei war, die immer wieder das Marokkoabenteuer auf das heftigste bekämpft hat. So schreibt heute Jaurès in der „Humanité“:

Frankreich müßte in den marokkanischen Schwierigkeiten, die sich plötzlich verschlimmern könnten, das Recht in der härtesten und bestimmtesten Weise auf seiner Seite haben; es müßte deshalb unverzüglich auf die unnütze Politik verzichten, die es zu heftigem Konflikt mit ganz Marokko führte, das sich völlig um Anlay Hafid scharte. Frankreich müßte zur wahrhaftigen und genauen Befolgung der Algeciradatte zurückkehren. Das Ministerium Clemenceau habe Frankreich eine Kränkung gebracht, die vielleicht noch ernster sei, als jene, die es zur Zeit Delcassés durchmachte; das Land lasse gleichgültig und unwissend das Ministerium gewähren und das Parlament lasse nicht einmal die beunruhigenden Depeschen mehr, die die schlimmsten Verwicklungen ankündigen.

Wenn übrigens das offiziöse Depeschembureau sich hecill, diese Angriffe unseres französischen Genossen mitzuteilen, so wird es, hoffen wir, nicht säumiger sein, wenn es gilt, scharfe Worte deutscher Sozialdemokraten etwa über die Politik Wilhows ebenso prompt zu verbreiten. Für das gegenseitige Verständnis der Nationen bedeutet dies einen gewissen Vorteil.

Anlay Hafid.

Daß es dem Gegenstand nicht gar so gut geht, wie in letzter Zeit gemeldet wurde, zeigt die Nachricht, daß Buchta den Bagdadi, der angeblich von allen Truppen verlassen war, nunmehr droht, er werde Bekines beschicken.

Aus Yorn über diese Drohung hat Hafid den Bruder Bagdadi verhaften lassen und will nunmehr zur Bildung eines großen Heeres aus Angehörigen aller Stämme schreiten, um mit Bagdadi ein Ende zu machen. Er selber will das Kommando dieses Heeres übernehmen.

Dies erklärt wohl auch, warum Anlay Hafid den Einzug in Bagdadi noch immer nicht herbeiführt. —

Der Aufmarsch der Genossen Groß-Berlins zum Wahlkampf

Ist gestern abend vollzogen worden. Schon vorher hatten in zahlreichen Versammlungen die organisierten Genossen ihre Wahlmänner aufgestellt. Ganz in der Stille. Zu diesen Urwähler-Versammlungen war nur persönlich eingeladen worden. Und dort sahen wir gerade unter ihnen eine Anzahl, die jede „große öffentliche Volksversammlung“ unserer Gegner in den Schatten zu stellen vermochten.

Dieser gelungenen Heerschau über die wohlgeordneten Truppen folgte gestern das Aufgebot der Massen. „Das Volk steht auf — der Sturm bricht los“, konnte man in Angesicht der in die Versammlungen strömenden Mengen mit dem Dichter ausrufen. Der Sturm auf das Dreiklassen-Parlament, der Sturm gegen das Dreiklassen-Wahlrecht. Der Sturm, der von der Reaktion immer wieder abgeschlagen — doch immer wieder unternommen wird, bis auch in Preußen die Hochburg der Reaktion fällt!

Man hatte, soweit man deren habhaft werden konnte, die größten Versammlungssäle in den in Frage kommenden Landtagswahlkreisen für die Partei mit Beschlag belegt. War ein Kreis von gar zu großer räumlicher Ausdehnung oder reichte ein Lokal trotz seiner Größe für den erwarteten Zustrom nicht aus, so waren wohl auch mehrere Lokale für einen Kreis in Anspruch genommen worden. In allen Sälen aber herrschte dieselbe Fülle und — was besser ist! — dieselbe Begeisterung. Zahlreich erschienen waren auch die Frauen. Das neue Vereins- und Versammlungsrecht hat ihnen jetzt ja die Möglichkeit gegeben, sich bis zu einem gewissen Grade politisch zu betätigen. Daß sie dieses neue Recht als Sprungbrett benutzen wollen zur Erreichung auch des Wahlrechtes, wer will es ihnen verdenken? Gerade diesmal sind aber die proletarischen Frauen an der Wahl besonders interessiert. Sie haben oft genug zusehen müssen, wie ihre Männer unter der Doffentlichkeit des Wahlsystems litten, ja, wie vielleicht ihre Familien leiden mußten, weil die Männer doch nadensteif genug waren, ihren Broterwerb nicht gerade genehmen Wahlmännern die Stimme zu geben. Und gerade auf den Ruf nach Beseitigung dieser Doffentlichkeit hatte die Regierung den Wahlrecht-Fordernden gegenüber nur ein höhnisches Achselzucken. Jetzt wollen die proletarischen Frauen Berlins dem Terror durch Terrorismus die Fühne ausbrechen. Sie sind fest entschlossen, gegen alle Geschäftsleute den wirtschaftlichen Kampf bis zur Vernichtung der Existenz zu führen, die in den Arbeitervierteln bei der kommenden Wahl den politischen Interessen der Arbeiterschaft zuwiderhandeln. Auf den Knien sollen die Bloßbrüder ihren Abgott Bülow um die hohnvoll abgelehnte Beseitigung der Doffentlichkeit bei der Landtagswahl bitten.

Die Referate wurden überall mit großer Aufmerksamkeit angehört. In einigen Versammlungen sah man von der Diskussion ganz ab, um den Eindruck der Vorträge nicht zu stören. Wo Diskussion stattfand, bewegte sie sich im Sinne des Referats. Nur da oder dort brachte einmal das Auftreten eines Sozialliberalen eine andere Pointe in das gewohnte Bild.

Die Polizei hielt sich bei ihrer staatsretterischen Tätigkeit bescheiden im Hintergrunde.

Ueber den Verlauf der Versammlungen erhalten wir folgende Einzelberichte:

1. Landtagswahlkreis.

In der Viktoria-Brauerei referierte vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft, deren Zahl wohl 800 überstieg, Genosse **Mollenhuth**. Im Verlauf seines Referats führte Genosse **Mollenhuth** einige gelungene Beispiele aus der Praxis der Wahltechnik an, welche eigentlich beweisen müßten, daß dieses ganze Wahlsystem schon längst dem Fluche der Lächerlichkeit anheimgefallen und damit verschwunden sein müßte. — In der Diskussion äußerten sich die Redner im Sinne des Referats.

In den „Sprechhallen“ kennzeichnete Genosse **Schröder** unter lebhaftem Beifall das preussische Junkerregiment und den Scheinliberalismus der „Freisinnigen“. Unter den Versammelten befanden sich auch Frauen.

2. Landtagswahlkreis.

Die Versammlung bei **Habel** war überfüllt. Die Tische mußten entfernt werden. Der 1½stündige Vortrag des Genossen **Bruno** wurde von vielen Beifallsrufen unterbrochen. Stimmung sehr begeistert. In der Diskussion erklärte der sozialliberale Herr **Färber** seinen persönlichen Standpunkt und bat alle anwesenden Freisinnigen und Sozialliberalen, im ersten Wahlgang für die Sozialdemokraten zu stimmen. Genosse **Schröder** als Vorsitzender ersuchte, vor allen Dingen die Indifferenten sowie die sogenannten „Faulen“ recht dringend ins Gebot zu nehmen. Die Polizei hielt vor der Tür eine eigene Versammlung ab, im Saale war keine.

Eine zweite Versammlung des 2. Landtagswahlkreises fand im vollbesetzten Saale der „Lebensquelle“ statt. Das vorzügliche Referat des Genossen **Heinrich Schulz**, der in seinem Vortrage die Schäden des Landtagswahlrechtes darlegte, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Worte.

Im kleinen Saal waren 15 Schulleute unter Führung eines Leutnants zur jederzeitigen Rettung des Dreiklassenwahlrechtes bereit.

3. Landtagswahlkreis.

Die Versammlung im „**Deutschen Hof**“ hatte eine polizeiliche Bewachung nicht aufzuweisen. Der Besuch war ein guter, besonders waren viele Frauen anwesend. Der Referent Genosse **Worgmann** verglich die Entstehung des preussischen Landtagswahlrechtes mit der des Wahlrechtes zur russischen Duma. Die gegnerischen Parteien kritisierend, schloß der Referent unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung an die Frauen, nur von solchen Geschäftsleuten zu kaufen, die ihre Stimme den Kandidaten der Arbeiterpartei geben und ermahnte die Wähler, energisch im Wahlkampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Personen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechtes einzutreten. Mit dem üblichen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung, nachdem sich Gegner nicht zum Worte meldeten.

4. Landtagswahlkreis.

Die Versammlung bei **Alteisen** in der Hasenheide war von etwa 1000 Personen besucht. Darunter waren gegen 200 Frauen. Es referierte Genosse **Müller** vom Parteivorstand. Er zeichnete das Arbeitfeld des preussischen Landtags, schilderte das Verhalten d. r. Apparier und des Zentrums im Landtage und beleuchtete dann, von Beifall oft unterbrochen, das jämmerliche Verhalten des Freisinn.

5. Landtagswahlkreis.

Die Versammlung in „**Sanssouci**“ war sehr gut besucht. Etwa 2000 Personen mochten anwesend sein. Genosse **Zubeil** referierte in 1½stündigem Vortrage. Die Polizei verhielt sich referiert.

6. Landtagswahlkreis.
Kellers mächtige Festäle waren überfüllt. Genosse **Ströbel** hielt eine zündende Ansprache, die oft von Beifall unterbrochen wurde. Einige Zwischenrufe liehen die Anwesenheit von Gegnern vermuten, doch meldete sich am Schluß trotz wiederholter Aufforderung kein Gegner zum Worte.

7. Landtagswahlkreis.
Die Versammlung im „**Elysiun**“ war von zirka 2000 Personen besucht, unter denen man viele Frauen bemerkte. Schon lange vor der Eröffnung mußte der große Saal wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt werden. Das Referat des Genossen **Böcke** wurde oft von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Die Versammlung in der **Germania-Brauerei** war von zirka 1000 Personen besucht. Saal und Nebenräume waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Referat des Genossen **Schumann** wurde mit sichtlichster Spannung entgegengenommen und hielt das Interesse der Versammlung bis zum Schluß ungeschwächt wach. Tosender Beifall lohnte den Redner.

8. Landtagswahlkreis.
Im **Schweizer-Garten** referierte Genosse **Stadler** vor überfüllter Versammlung. Mit Begeisterung lauschten die Anwesenden, darunter eine große Anzahl Frauen, den trefflichen Ausführungen. An der Hand verschiedener Beispiele aus dem täglichen Leben kritisierte der Referent das Unsinvolle des bestehenden Wahlrechtes. Er schloß mit einem warmen Appell an die Versammelten, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die uns noch Fernstehenden in unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen geführt werden.

In der Versammlung im „**Berliner Prater**“ sprach Genosse **Grundwald**. Die Ausführungen des Redners gipfelten darin, daß sich das Proletariat als Demonstration an der preussischen Landtagswahl betätigen müsse. Gerade diese Beteiligung werde zeigen, wie rechtlos die große Masse des Volkes sei. Brausender Beifall lohnte den Redner.

9. Landtagswahlkreis.
Die Versammlung bei **Stroterjan** in der **Schönhauser Allee** war vollständig überfüllt, Tische und Stühle mußten entfernt werden. Auf den Galerien war der letzte Platz besetzt. Anwesend waren zirka 1500 Personen. Referent war der Genosse **Adolf Hoffmann**. Eingeleitet wurde die Versammlung durch ein stimmvolles Lied des Gesangsvereins „**Silaritas**“. Dann erhielt der Referent das Wort zu seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrage. In der Diskussion forderte der Genosse **Kamisch** die anwesenden Frauen auf, bei der Wahl tüchtig mitzuhelfen. Zum Schluß trug der obenbenannte Gesangsverein noch ein Lied vor. Gegner waren nicht anwesend, ebenso wenig Polizei.

Im **Volksgarten-Theater** in der **Badstraße** behandelte vor überfüllter Versammlung Genosse **Hirsch-Charlottenburg** die Wahlrechtsfrage und geißelte die Stellung der bürgerlichen Parteien. Gegner waren auch hier nicht erschienen. Auch die Behörde hatte es unterlassen, „polizeilichen Schutz“ zu entsenden.

10. Landtagswahlkreis.
In der „**Vorussia**“ demonstrierten 1000 Männer und Frauen. Die überfüllte Versammlung wurde polizeilich abgesperrt. Genosse **Städler** geißelte den freisinnigen Volksverrat und Brandmarkt unter dem Beifall der Versammelten die Ungeheuerlichkeiten des bestehenden Wahlsystems. Einmütig stimmte die Versammlung zu, als er den energischen Kampf für das Wahlrecht durch lebhafteste Wahlbeteiligung forderte.

11. Landtagswahlkreis.
In überfüllter Versammlung im „**Kösliner Hof**“ geißelte Genosse **Lebedour** in kurzen Worten die Schmach des Dreiklassenwahlrechtes. Er führte aus, daß der 11. Berliner Landtagswahlkreis einer von denjenigen Kreisen ist, die unter Ausbeutung aller Kraft zu erobern sind. Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

In den „**Pharus-Sälen**“ in der **Müllerstraße** begannen sich schon um 7 Uhr die Wähler des 11. Landtagswahlkreises zu versammeln. Genosse **Ebert** sprach vor ungefähr 2000 Personen, unter denen besonders die Frauen zahlreich vertreten waren. In längeren Ausführungen führte er den Versammelten vor Augen, wie der preussische Staat in jeder Weise für die Rechtslosmachung der Arbeiter eintritt. Dann beschäftigte sich der Redner mit der Agitation der Freisinnigen im 11. Landtagswahlkreise.

Der Kandidat der Freisinnigen, der Schriftsteller **Schöler**, sei ja in politischer Hinsicht dem Referenten unbekannt, er wisse nur soviel von ihm, daß, als im Februar bei **Buggenhagen** eine Versammlung der Freisinnigen Volkspartei stattfand, um Stellung zur Landtagswahl zu nehmen, dieser Herr **Schöler** einen Anwesenden, der den Zwischenruf „konservativ-liberale Paarung“ machte, in echter Hausrechtsmanier aus dem Saale warf. Dieses Beispiel zeige zur Genüge, wie es mit der Freiheitsliebe dieses liberalen Kandidaten bestellt sei. Mit anfeuernden Worten, in denen er auch die Frauen zur regen Mitarbeit aufforderte, schloß Redner seine Ausführungen.

12. Landtagswahlkreis.
Die Versammlung im „**Moabiter Gesellschaftshaus**“ war von über 3000 Personen besucht. Der Referent, Genosse **Stadthagen**, behandelte in 1½stündigen Ausführungen das Dreiklassenwahlrecht. Oft von Beifall unterbrochen, brandmarkt er die Widersinnigkeiten der Dreiklasseneinteilung, geißelte die feige Haltung der Freisinnigen wie die reaktionäre der Konservativen und verurteilte mit scharfen Worten die Schmach des Polizeispießwesens. In der Diskussion nahm Genossin **Wulff** das Wort zu einem Appell an die Frauen und forderte sie auf, sich politisch zu organisieren und auf die „Gleichheit“ zu abonnieren.

Adlershof.
Vor zirka 500 Personen referierte Arbeitersekretär **Müller** über: „Die Bedeutung der Landtagswahlen“. Reicher Beifall lohnte den Referenten. An der Diskussion beteiligte sich von den Gegnern ein Lehrer **Strübing** (konservativ). Genosse **Müller** rechnete im Schlußwort mit dem Gegner ab. Mit dem Liede „Dem Ketz entgegen“ (ausgeführt von Mitgliedern des Arbeitergesangsvereins „**Frohstun-Adlershof**“), wurde die Versammlung eröffnet. Mit dem Liede „**Frühlingstürme**“ und mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und auf die Sozialdemokratie wurde sie geschlossen.
Eine Versammlung, welche die Freisinnigen zu gleicher Zeit abhielten, war von sage und schreibe 52 Personen besucht.

Charlottenburg.
Im **Volkshaus** zu **Charlottenburg** sprach vor bis auf den letzten Platz besetztem Saale Genosse **Wied** unter lebhaftem Beifall der dichtgedrängten Versammlung, in der auch viele Frauen anwesend waren. In der Diskussion sagte Genosse **Nichalski** dem preussischen Wahlsystem einige gepfefferte treffende Worte, die lauten Beifall entlockten. Gegeißelt stimmten die Versammelten in das Hoch auf das gleiche, allgemeine Wahlrecht ein, in das das anfeuernde Schlußwort des Vorsitzenden Genossen **Witz** ausklang. Unter den Klängen der Arbeitermarseillaise leerte sich der große Saal.

Die Versammlung, welche bei **Schulz**, **Kaiser-Friedrichstraße**, stattfand, war von ungefähr 500 Personen besucht. Genosse **Ziesch** legte in einem 1½stündigen Referat die Anschauungen sämtlicher Parteien im Landtage klar und kam zum Schluß dahin, daß wir am 3. Juni nur den sozialdemokratischen Wahlmännern unsere Stimme geben können. Als Kandidat für den hiesigen Kreis wurde Genosse **Ziesch** proklamiert.

Friedenau.
Im großen Saale des „**Aheinschloß**“ waren zirka 600 Personen anwesend. Genosse **Ed. Bernstein** sprach über: „Der Block, das Volk und die Wahlen.“ An der Diskussion beteiligte sich der Genosse **Tielcke**, welcher den preussischen Staat als Arbeitgeber

charakterisierte. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden in begeisterten Worten auf, daß am Tage der Wahl durch die Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten das Wort: „Deutschland in der Welt voran!“ nicht mehr eine elende Farce sei. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Grünau.
Die Versammlung im „**Jägerhaus**“ war von 150 Personen besucht. Das Referat **Max Schüttes** wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und oft von Beifall unterbrochen.

Söhen-Schönhäusen.
Die im **Paradiesgarten** abgehaltene Versammlung war den örtlichen Verhältnissen entsprechend sehr gut besucht. Genosse **Jakobsen** erläuterte in großen Zügen das Dreiklassen-Wahlrecht. Insbesondere wandte sich der Referent an die anwesenden Frauen und zeigte ihnen, daß sie in ganz erheblichem Maße bei der kommenden Wahl ihre Hilfe in den Dienst der Allgemeinheit stellen können. Ferner machte er darauf aufmerksam, daß die Frauen nur bei denjenigen Geschäftsleuten ihre Einkäufe besorgen sollen, welche auch gewillt sind, für die sozialdemokratischen Wahlmänner ihre Stimme abzugeben. Diskussion fand nicht statt.

Lichtenberg.
Im **Schwarzen Adler** fand eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung statt. Genosse **Mirus**, der das Referat übernommen hatte, verstand es in fesselnder Weise, die Stellungnahme der Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus zu den verschiedenen Fragen, die das gesamte Volk betreffen, zu kritisieren. Die Begeisterung der Versammelten, mit der sie den Ausführungen des Redners folgten, läßt die besten Hoffnungen für den Ausfall der Wahl zu.

Mariendorf.
Im großen Saale „**Zum alten Kstanier**“ referierte Genosse **Störmer** in nur leidlich besuchter Versammlung. Der Vorsitzende gab noch einmal die notwendigen Bestimmungen über die Ausübung der Wahl zum besten und machte bekannt, daß wir wahrscheinlich hier am Orte Terminwahl haben werden und daß wir die paar Tage bis zur Wahl noch gründlich ausnützen müssen.

Pantow.
Vor gut besuchtem Saale sprach Genosse **Heyschold** im **Gesellschaftshaus**. Seine trefflichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Sodann fand die Auffstellung der Wahlmänner statt. Ferner wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß in **Pantow** die Terminwahl stattfindet, doch werden die Vorteile, welche diese der Terminwahl gegenüber hat, durch die unverständliche Wahlzeit wieder aufgehoben. Es wählt nämlich die dritte Klasse von 11—2 Uhr, die zweite Klasse von 3—5 Uhr, und die erste Klasse von 6—7 Uhr.
Genosse **Kurt Feinig** referierte im überfüllten Saale des **Pantower Gewerkschaftshaus** unter größter Aufmerksamkeit des Auditoriums. Referent schilderte die maßgebende Stellung Preußens im Reiche, die Junkerberrschaft, die Wirtschaft in den Staatsbetrieben und leitete hieraus die Wichtigkeit der jetzigen Wahl her, welche zur Erschütterung des Junkerparlamentes beitragen soll.

Rixdorf.
Bei **Goppe** waren Saal und Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent **Schubert** geißelte besonders die Schamlosigkeit und den Volksverrat des Freisinn. Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Im **Thielischen Lokale** referierte **Liepmann** vor überfülltem Saale und entwarf ein Bild von der Reaktion im Gegenjah zum Bürgerium vom Jahre 1848. Unter großem Beifall endete Genosse **Liepmann**, daß am 3. Juni jeder seine Stimme für die sozialdemokratischen Wahlmänner abgeben möge. Der Vorsitzende appellierte noch an die Frauen als Konsumenten, daß kein Geschäftsman unterhütet wird, der den Gegnern die Stimme gibt.
Die dritte Volksversammlung in **Rixdorf**, welche im „**Gesellschaftshaus**“ von **Felisch**, **Knechtstraße 49**, stattfand, war überfüllt, so daß viele mit einem Stechpalz vorlieb nehmen mußten. Der Referent **Giebel** geißelte die Schmach des preussischen Dreiklassenwahlrechtes, besonders verurteilte er die ungerechte Besteuerung des arbeitenden Volkes sowie die miserablen Schulverhältnisse in Preußen als Folge der ungerechten Vertretung im Abgeordnetenhaus. Da Gegner sich nicht zum Worte meldeten, wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

Schöneberg.
In **Schöneberg** fanden zwei Versammlungen statt. In den **Rathausgärten** referierte vor gut besuchter Versammlung Genosse **Bermuth**. Sein Referat, in welchem er die gesamte preussische Politik einer scharfen Kritik unterzog und am Schluß die Versammlung zu kraftvoller Agitation für die Wahl aufforderte, fand lebhaften Beifall. Genosse **Küter** ergänzte in einer schwingvollen Schlußrede noch die Ausführungen des Referenten. Die Genossin **Wäumler** richtete an die versammelten Frauen das Ersuchen, auch ihrerseits den Wahlkampf durch rege Mitarbeit zu unterstützen.

Im „**Kluthaus**“ referierte vor überfüllter auch von den Frauen zahlreich besuchter Versammlung unter lebhaftem Beifall Genosse **Sonnenburg**. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Worte. In der Diskussion forderte Genossin **Widert** die Frauen auf, sich zu organisieren; weiter sprach noch Genosse **Wuhr**.

Wilmerdorf.
Im „**Luisenpark**“ referierte vor zirka 800 Besuchern Genosse **Dräcker**. Uniformierte polizeiliche Bewachung sah man nicht, jedoch waren Kriminalbeamte im Saal.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schlagende Wetter.
Zetaterinoslaw, 26. Mai. (W. L. B.) Im Worowtjatschade der Südrussischen Gesellschaft sind durch schlagende Wetter ein Bergingenieur, ein Steiger und vier Arbeiter getötet worden.

Die Mörder von Jazze verhaftet!
Jazze, 26. Mai. (W. S.) Die beiden Täter, die am Sonntag den Raubmord an dem **Wäbelhändler Glücksmann** ausführten, sind heute mittag entdeckt und verhaftet worden. Es sind zwei Tapezierer von hier, von denen einer bisher bei dem Ermordeten beschäftigt war.

Aus dem „großen Wagen“.
Limoges, 26. Mai. (W. S.) Diebe drangen in der letzten Nacht in die hiesige Kathedrale ein und entwendeten Wertgegenstände in Höhe von 100 000 Frank.

Die Best in der Türkei.
Konstantinopel, 26. Mai. (W. L. B.) In **Bagdad** wurden in der Zeit vom 7. bis 23. Mai 20 Pestfälle festgesetzt, 6 davon verliefen tödlich.

Ueberschwemmungen.
Innsbruck, 26. Mai. (W. S.) In vielen Tälern Tirols sind infolge Regenwassers Ueberschwemmungen eingetreten. In **Kastel Bell** wurde die Eisenbahnbrücke der **Vinschgau**bahn weggerissen.
Trient, 26. Mai. (W. L. B.) Auch in **Tirol** hat der anhaltende Regen in den Seitentälern zu Ueberschwemmungen und Verkehrsstörungen geführt. Die Temperatur ist von 22 auf 14 Grad Reaumur gesunken.

Schneeess.
St. Gallen, 26. Mai. (W. S.) Wegen großen Schneefalles mußten Schritten in Funktion treten. Im **St. Gallener Oberland** sind ein Drittel der Weinberge vernichtet.

Schlaglichter zur Volksbildung.

So lautet der Titel der Hauptschrift Eduard Sads, des vor einigen Tagen verstorbenen demokratischen Lehrers und Schulpolitikers. Die bürgerliche Presse hat von dem Ableben dieses Mannes nicht viel Aufhebens gemacht. Das ist sehr begreiflich. Denn Sad war eine charaktervolle, kampfständige Persönlichkeit, ein Mann des offenen, ungeschminkten Wortes, ein Gegner aller faulen und feigen Rechnungsträger. Er hat deshalb schon in den besten Zeiten seines Wirkens, in den siebziger und achtziger Jahren, die Liberalen mit einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit angegriffen, die ihm ebensoviel Ehre macht, wie sie es andererseits allerdings erklärlich erscheinen läßt, daß die Liberalen von heute, die doch nur erheblich verschlechterte Ausgaben der Liberalen vor zwanzig und dreißig Jahren darstellen, stillschweigend über den Tod eines verdienten Wortkämpfers demokratischer Ideale zur Tagesordnung des Blods übergehen.

Das kann uns aber nicht hindern, aus den Schriften Sads einige der zahlreichen Lichtquellen zu öffnen, die leider auch heute noch wie die grellsten Schlaglichter auf das Dunkel unserer Volksbildung wirken.

Als nach den Siegen des Jahres 1870 auch die Lehrerschaft in einem nationalen Taumel schwebte und nach dem Kriege wunder was für Fortschritte für die Schule erhoffte, veröffentlichte Sad in dem damals von ihm redigierten „Begleiter“ ein Gespräch zweier Lehrer, in dem er die blinde Hoffungslosigkeit der Lehrer mit beider Schärfe verhöhnte. Was er damals voraussagte, ist wörtlich eingetroffen: „Man wird leicht zu dem Schlusse gelangen, daß die Regulative unübertrefflich, daß eine größere wissenschaftliche Bildung der Lehrer nicht notwendig, daß die geistliche Beaufsichtigung und Leitung der Schulen durchaus nicht zu verachten, daß endlich ein länglich besoldeter Lehrer den Zwecken der Regierung mit großem Erfolge dienen kann, wahrscheinlich nur ein solcher zu dienen vermag. Nimm noch hinzu, daß Preußen durch diesen Krieg ein bis dahin unerhörtes Übergewicht über sämtliche deutschen Staaten erlangt, daß diese höchstwahrscheinlich in ein allseitiges Vasallenverhältnis zu jenem treten werden (der Artikel Sads ist im November 1870 geschrieben, also vor der „Reichsgründung“). Red., daß alle preussischen Einrichtungen nun auch überall zum Muster genommen werden: was dürfen wir, was darf die deutsche Schule dann noch hoffen?“

Nun könnte ein naseweiser blödsinniger Klopffechter mit überlegenem Lächeln einwenden: Da siehst du doch, wie Sad sich geirrt hat; sind doch die Regulative kurz nach dem Kriege aufgehoben worden. Das stimmt allerdings. Aber es war gerade Sad, der mit unbestechlicher Rücksichtslosigkeit den sogenannten Liberalen „Allgemeinen Bestimmungen“ des sogenannten liberalen Kultusministers Dr. Falk die heuchlerische Maske vom Gesicht riß. Das größte und wichtigste Kapitel seiner Schlaglichter zur Volksbildung ist der Artikel der „Allgemeinen Bestimmungen“, die bekanntlich heute noch gelten, gewidmet. Sad beweist unwiderleglich, wie die angeblich liberale Schulära nur Sand in die Augen der leicht zu befriendenden Lehrer und Liberalen war, daß sie aber im eigentlichen Kern genau so reaktionär und volksbildungsfeindlich war wie die vorhergehenden und wie die nachfolgenden Perioden in der preussischen Schulgeschichte, die sich auch offensichtlich so reaktionär gaben, wie sie innerlich waren. Falk hat die Regulative nur formell beseitigt; er gab die anstößige Form auf und rettete desto sicherer den auch ihm wertvollen Inhalt. „In den alten Regulativen verhehlte man nicht, daß ihr vornehmster Zweck sei, die Bildung des Volkes über ein möglichst niedriges Niveau nicht hinausgehen zu lassen; die neuen Regulative dienen genau demselben Zwecke, aber man suchte sich überall den Anschein zu geben, als sollte nun alles getan werden, um dem Volke eine recht weitgehende und gründliche Bildung zu ermöglichen. In den alten Regulativen erschredete die Freiheit einer selbstbewußten Reaktion; in den neuen bedröhte die Scheinheiligkeit eines windigen Liberalismus; dort war nackte Wahrheit, hier flug verhüllte Zweideutigkeit!“

Daß Sad mit dieser Kritik der „Allgemeinen Bestimmungen“ das Richtige getroffen hat, erfahren wir noch heute beinahe jeden

Tag. Die „flug verhüllte Zweideutigkeit“ der „Allgemeinen Bestimmungen“ gestattete bis zur Stunde die unbeschränkte Herrschaft der kirchlichen Orthodoxie und der staatslich-byzantinischen Bevormundung in der Schule. Das Elend der Lehrerbildung, die Ursache des Lehrermangels, die Schande der geistlichen Schulaufsicht, die Dürftigkeit der Schulerfolge, die erbärmliche Prügelei in den Schulen, die lägliche Lehrerbildung, die alberne Trennung der Geschlechter, der skandalöse Mangel eines freizeidlichen Unterrichtsgeföhes, die unfröhliche Scheidung der Schulkinder nach dem Geldsack des Vaters, statt nach den Neigungen und Fähigkeiten der Kinder — das alles und der ganze grobe infantierende Rest des preussischen Schulelends besteht auch unter dem Zeichen der „Allgemeinen Bestimmungen“. Jeder neue Tag bringt neue Beweise dafür. Es ehrt Eduard Sad, daß er schon vor Jahrzehnten alle diese Dinge mit Worten gepehelt hat, wie wir sie heute kaum anders und treffender wählen können.

Kein Wunder, daß Sad von jeder mit den großmütigen Liberalen auf dem erbittertesten Kriegsfuße stand. „Ich habe mich geirrt“, so schreibt er 1878, als er nach einer im Dienste des Volkes erlittenen Gefangnisstrafe in die „Freiheit“ zurückkehrte, „solange ich glaube, diejenigen Männer und Parteien, welche von dem großen Werte der beglückenden und befreienden Macht der Bildung bei jeder Gelegenheit ein großes Wesen zu machen wissen, wünschten sie jedem und seien deshalb bestrebt, sie allen zugänglich zu machen. Ich habe mich geirrt, solange ich annahm, Männer und Parteien, die gegen die sogenannte Reaktion und (angeblich) für die Freiheit kämpften, hätten ein aufrichtiges Herz für das Volk, für die Armen und wollten die Freiheit für alle und nicht bloß für eine sehr kleine, schon über die Ragen bevorrechtete Klasse. Ich habe mich geirrt, solange ich nicht wußte, daß die Schulen nicht den Zweck haben, das Volk zu bilden, sondern nur den Zweck, es der herrschenden Partei untertan und dienstbar, es zu einem bequemen Material für leichtlebige Regierungshandwerker zu machen. Das sind meine Irrtümer; aber für sie habe ich nicht zu büßen und ihretwegen bin ich nicht in den Käfig gesperrt worden. Erst als ich sie als Irrtümer erkannte und mich von ihnen frei zu machen suchte, als ich verlangte, daß auch für die Kinder, wenn sie gut und glücklich werden sollten, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eine Wahrheit sein müsse, und daß nicht hier nur Sklaven und dort nur Herren zu ergötzen sind: da bin ich erst zum Sünder und Verbrecher geworden.“

Wit tapferem Freimut forderte Sad die Volksschullehrer auf, sich der Partei der radikalsten Demokratie anzuschließen. Nur bei ihr seien die Interessen der Volksschule gut aufgehoben. Eine volle Schale des bittersten Hohnes aber schüttete er über jene aus, die nicht radikal zu sein wagen. In einem offenen Briefe schreibt er über „jene Burtschen“, die die Hitzgäbe oder die krummen Wege vorziehen: „Wie Du weißt, gehöre ich zu den Eingeweihten des Kreises, welchen die „Kämpfer für Wahrheit, Licht und Recht“ bilden. Wie oft bin ich dabei gewesen, wenn ein „hochangesehener“, „berühmter“, „edler“, „charakterfester“, „gewissenhafter“, „feiner aufrichtiger Ueberzeugung folgender“, „nur das Wohl des Volkes oder gar der Menschheit im Auge habender“ — und wie alle die Sprüchlein heißen, mit denen sie sich gegenseitig, ja sogar höchst eigen belobigen — „Ruh hielt“, „die goldene Mittelstraße“ einschlug, „flug war wie die Schlange und ohne Falch wie die Taube“, „den Tatsachen Rechnung trug“ — kurz, nicht radikal war. Nur „unter uns“ wurde oft ganz aufrichtig der Grund angegeben. Der reiche Arzt sagte: „Ich gehe nicht so weit, denn ich verliere meine Stelle als Hausarzt bei dem General.“ Der Kaufmann: „Das kann ich nicht unterschreiben, denn ich habe jetzt eben eine Lieferung für die Regierung vor, mit der ich einige hundert Taler verdienen werde.“ Der gewaltig redende Bankier: „Ich kann mich jetzt nicht bloßstellen, denn ich und meine Freunde unterhandeln eben wegen der Konzession zu einer Privatbank.“ Ein junger Lehrer: „Ich habe noch mein zweites Examen vor.“ Ein älterer: „Ich hoffe auf die bessere Stelle.“ Ein dritter: „Meinem Sohne sind Aussichten gemacht, daß er ein bedeutendes Stipendium bekommen werde.“ Ein vierter: „Die Konzession zu meiner Privatschule kann mir genommen werden oder sie können mir alle

möglichen Schikanen machen.“ Ein fünfter: „Mein Verleger besorgt, daß die Regierung ihre Verfügung zurücknimmt, durch welche sie die Einführung meiner Schriften in die Schulen angeordnet.“ Ein sechster jagte mir noch vor wenigen Wochen, er hätte „mit seinem Mädchen zu tun“, andere stehen gut mit diesem und jenem — kurz darum. Für jeden dieser ausgesprochenen Gründe kann ich Dir einen weit bekannten Namen eines „Kämpfers für Wahrheit, Licht und Recht“ nennen.“

Man ersieht aus dieser vortrefflichen Charakteristik der liberalen Schwachherzigkeit, daß der Liberalismus dennoch trotz alledem noch nicht auf das niedere Niveau von heute herabgesunken war. Denn sonst hätte Sad als weitere Ausreden für die liberalen Flausmacher sicher auch angeführt: „Da kann ich nicht mitmachen, sonst komme ich um den erhofften Orden.“ Und ein anderer: „Ich werde mir doch nicht meine gute Zensur in der „Arcuzzeitung“ verderben!“ Zugetraut hat Sad diese würdevolle Hingabe der Liberalen an die Konservativen ihnen schon damals, denn er suchte den Lehrern klarzumachen, daß sie, „um zum erwünschten Ziele zu gelangen, sich nicht länger an die Feudalpartei — und zu dieser gehören mehr oder weniger alle unsere Regierungen, und der Liberalismus hier und da ist nur eine Verbrämung desselben — zu wenden haben.“ Statt dessen müßten sich die Lehrer nach Sad, der selber ein Lehrer und ein guter Freund Diefenbwegs war, „auf Grund ihrer Lebensaufgabe, in Uebereinstimmung mit den anerkannten Fundamentalprinzipien der modernen Pädagogik derjenigen Partei anschließen, welche die Feudalpartei bekämpft, den kräftigen Fortschritt ohne Phrase und Umschweife will, d. h. der Demokratie... Nur das vorwärtsstrebende Volk wird der Schule und den Lehrern gerecht werden, sonst niemand!“

VII. Generalversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes.

Nachmittags Sitzung.

Stettin, 25. Mai.

Am Nachmittag erstattete zunächst die Mandatsprüfungskommission Bericht. Sie beantragte, Bremerhaven für diesen Kongreß unvertreten zu lassen, da sich dort wegen einiger Unregelmäßigkeiten bei der Wahl nicht hat genau feststellen lassen, wer die Mehrheit erhalten hat, ferner an Heidelberg und Heilbronn wegen der ungenauen Befolgung der Wahlvorschriften eine Rüge zu richten, im übrigen aber alle 180 Mandate für gültig zu erklären. Die Generalversammlung stimmte diesen Anträgen debattelos zu.

Hierauf erstattete Leipzig den Vorstandsbericht.

Der ausführlich niedergelegt ist in den beiden Jahrbüchern des Holzarbeiterverbandes 1906 und 1907. Dazu hat der Vorstand einen ergänzenden Bericht über die inneren Verwaltungsangelegenheiten den Delegierten vorgelegt. In seinen mündlich gegebenen Erläuterungen bedauert Leipzig zunächst die Verzögerung der Vorbereitungsarbeiten durch den überaus großen Umfang der Tarifverhandlungen. Im einzelnen sei zunächst des Zirkulars zu gedenken, das im Frühjahr 1907 an die Holzstellen erlassen wurde. Es hieß darin, daß die vielen nicht genehmigten, unvorbereiteten Lohnbewegungen die Verhandlungsarbeit erschweren und die große, für das Frühjahr 1908 bevorstehende Bewegung schädigten. Weiter verlangt das Zirkular strengste Disziplin von den Mitgliedern: es dürfe nicht mehr vorkommen, daß dem Vorstande immer wieder das Recht streitig gemacht werde, über jede Lohnbewegung nach den Mitteln des Verbandes zu entscheiden. Das Zirkular kam durch Vertrauensbruch in die Hände des Unternehmertums und in die bürgerliche Presse; dort erregte es großes Aufsehen, aber es wiederholt tatsächlich nur altes, längst bekanntes. Ohne Schaden dürfte es bekannt werden. Seine Wirkung ist gerade jetzt doppelt zeitgemäß: es ist unglücklich, wie leichtfertig manche Kollegen und sogar Lokalverwaltungen sich über die Schwierigkeiten der jetzigen Situation und Konjunktur hinwegsetzen. Auch auf die Kaffe wird die dringend nötige Rücksicht nicht genommen. Das vor einigen Jahren so viel besprochene

Wie zieren lange Haare Den edlen Männerkopf! Drum ist das einzig Wahre Ein langer deutscher Zopf. Und willst du ändern die Frisur, So häng' ihn etwas höher nur! In Medlenburg — so hört man — Halz's Maul, elender Tropf! (Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

Die Neue freie Volkshöhne hat in ihrem mit diesem Monat schließenden 17. Spieljahr ihren Mitgliedern insgesamt 200 Vorstellungen sowie 17 sonstige künstlerische Veranstaltungen gegeben. Der Mitgliederbestand umfaßt rund 19 000 Personen in 22 Abteilungen. Da die Bildung neuer Abteilungen aus Raumangel unmöglich war, hat der Verein dafür gesorgt, daß im nächsten Spieljahr die Mitgliederzahl bis auf 25 000 erweitert werden kann. Der Spielplan 1908/9 umfaßt rund 300 Vorstellungen; die dazu erforderliche Pachtsumme beträgt über 300 000 M. — Die Geschäftsstelle des Vereines befindet sich NW. 21, Bremerstr. 54/55.

Sexuelle Aufklärung der Jugend. Das Preis-schreiben des Dürerbundes zur Erlangung kurzer Beiträge zur Jugendaufklärung bezieht sich, wie ergänzend mitgeteilt wird, nicht auf Erörterungen, sondern auf Beispiele praktischer Aufklärungsarbeit in künstlerischer Form. Der Schlusstermin der Einsendungen ist bis zum 15. Juli verlängert, genauere Mitteilung der Bedingungen erfolgt durch den Arbeitsausschuß des Dürerbundes in Dresden-Blasewitz.

Eine Enquete über die Schundliteratur. Das württembergische Kultusministerium hat den Schuldorständen ein Schreiben zugehen lassen, in dem sie aufgefordert werden, Erfahrungen zu sammeln, inwiefern die Schundliteratur unter der Schuljugend Verbreitung findet.

Deutsche Kunst in Amerika. Die deutsche Kunst arbeitet neuerdings auf den Export los. Amerika, das einen sehr kapitalstarken Markt für Kunst bietet, wird besonders bearbeitet. Neben der geplanten deutschen Architektur- und Skulpturausstellung soll den Dollarstaaten jetzt auch eine deutsche Gemälderausstellung vorgeführt werden. Im New Yorker Metropolitan-Museum, dem vornehmsten amerikanischen Museum, wird für den Winter eine Ausstellung von etwa 150 modernen deutschen Bildern vorbereitet. Der künstlerische Erfolg hängt freilich von der Auswahl ab. Auf verschiedenen ausländischen Ausstellungen (wir erinnern nur an die letzte Pariser Weltausstellung) hat die deutsche Kunst einen sehr schlechten Eindruck gemacht, weil die Bekannten, von hoher Protektion gestützten Mittelklassen sich breit machten. Ob's diesmal anders wird? Der Fall Eschabi spricht nicht dafür. Die Ehre der deutschen Kunst hängt von den Amerikanern ab!

Kleines feuilleton.

Ein „Kongreß gegen Pornographie“ hat in der letzten Woche in Paris stattgefunden. Es waren einige Herren und Damen aus dem Ausland da, die Mehrheit aber bildeten Franzosen verschiedener Jugendgrade. Man ist nämlich jetzt in Frankreich sehr moralisch. Eine Reihe von Animerparties hatte in dieser Saison die schmale Grenzlinie, die unter dem Namen eines Kostüms die Bekleidung des weiblichen Menschen von seiner Nacktheit scheidet, ganz aufgehoben. Man bekam um ansehnliche Eintrittspreise weibliche Paraden zu sehen, in denen Pierre Louys einen der Verklärung bedürftigen Nachklang hellenischer Sinnenfreude und andere Leute trübselige Fiktionen vorstädtischer Liebeswarenhäuser wiedererkennen, und die Haupttöne jener Tempel der umherstreifenden Mäusen spannten alle Phantasiekräfte an, um aus ihren „Dichtungen“ jede Möglichkeit eines auf Geist ratenden Mißverständnisses herauszutreiben. Eine Zeitung schlug Lärm. Es war das Organ der Monarchisten, die „Autorität“, die die tugendhaften Zeiten des zweiten Kaiserreiches nicht vergessen kann. Da aber ihr Redakteur, der Deputierte Delahaye, drohte, er werde in der Kammer die lesbischen Zärtlichkeiten schildern, die man im „Little Palace“ zeige, wurde der Regierung undebaglich zumute, und das anstößige Stück wurde verboten, zugleich die Strafuntersuchung gegen den Direktor und einige seiner Kollegen eingeleitet. ... Man sieht, an gesetzlichen Mitteln fehlt es dem Staat gegenüber den bezeichneten öffentlichen Schaustellungen nicht, ebensowenig gegenüber der ihnen entsprechenden Buchliteratur. Die Frage ist nur, ob die Gerichte weitergehen sollen, als der Schuy der Jugend gegen die zur Degeneration führenden Einflüsse fordert. Auf dem erwähnten Kongreß hat man die, ja auch in Deutschland so gut bekannten Jeremiaden und Entrüstungsphrasen gehört, denen man nicht nachgeben könnte, ohne die erste künstlerische Arbeit der Porniertheit der Staatsanwälte und dem die bürgerliche Justiz dirigierenden Masseninteresse preiszugeben. Die Literaturgeschichte Frankreichs enthält das schöne Kapitel vom Strafprozeß der Madame Bovary. Heuberts zum Opfer ausersah. Die Unmöglichkeit, den Begriff der öffentlichen Unsitlichkeit festzulegen, fordert zum Widerstand gegen die Erleichterung der Strafverfolgung auf. Man darf eben auch nicht übersehen, daß ein und dasselbe Werk bloß ästhetisch anregend oder bloß erotisch aufregend wirken kann, je nach der Art und nach dem Publikum seiner Schaustellung, ganz abgesehen von der Frage, wann die — auch künstlich herbeigeführte — erotische Aufregung den Charakter der Unsitlichkeit erhält. So bleibt nur die Möglichkeit, die Personen und nicht die Werke ins Auge zu fassen: Jugendschutz, nicht Jugendschutz!

Kunstgewerbe.

In der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums sind persisch-indische Miniaturen und sonstige Erzeug-

nisse mohammedanischer Kunst ausgestellt. Man bewundert die Primitivität und das Raffinement dieser Buchkunst, die zugleich in freier Anordnung wie im Begrenzungs-Ornamentalen Vorzügliches leistet. Man bewundert auch das feine Gefühl für die Farbe, die bald matt, bald tief-kraftig ist. Wie erlesen sind solche düstigen Harmonien in Grau und Grün, in Blau und Gold; zierlich und gemessen zugleich im formalen Ausdruck. Und auch da, wo ganz auf Farbe verzichtet ist, wie auf einzelnen feinsinnigen Bildnissen, in denen alles Persönliche mit einem zarten Umriß gesagt ist, ist etwas ganz Eigenes geprägt.

Die Art, wie die Landschaft angedeutet ist, nur summarisch, aber doch ganz prägnant — eine breite grüne Fläche gibt eine Wiese, ein paar Bäume suggerieren den Wald und bläulauer Raum bedeutet Himmel, — stellt sich neben die den Raum auch nur in Illusionswerten gebende Kunst der Japaner. Die Natur ist übertragen, nicht mühsam abkontertiert.

Andererseits, wie so ganz frei, unschematisch und zwanglos sind die Blumen auf den Ornamenten der Japanesen! Etwas Kräftig-Bäuerisches ist darin und zugleich Reifes, Kulturelles. Die Miniaturen speziell fesseln durch den Reiz der erotischen Farbensammenläufe. Eine Kalenderrolle erinnert in ihrer streifen Ornamentik an Papier, die Behrens entwarf, rot auf grauem Grunde. In einer Koranhandschrift blüht die goldene Schrift ziemlich wie verschlungene Ornamente auf blauem Grunde.

Es ist eine eigene Welt. Voll Schönheit und voll Kraft. Diese Bestimmtheit der Form, diese Lebendigkeit des Ausdrucks, diese Feinheit und dieser Reichtum der Farben! Einmal erscheint Natur in aller Reinheit und Ungezwungenheit, und dann wieder begegnen wir einer rücksichtslosen Ausgestaltung des formalen, wie sie nur lange Übung wagt. In diesem Absolut-Künstlerischen erinnert diese Kunst wieder an die japanische Kunst.

Humor und Satire.

Umsurz.

Der Anfang ist's vom Ende, Bald kommt das Weltgericht. Summ fallend meine Hände, Verhüll' ich das Gesicht. Die Erde hebt, der Woden Schwank, Der liebe Gott hat abgedankt. In Medlenburg — so hört man — Doch nein! Ich glaub' es nicht. Die schönsten Weiberwaden Verschrumpten mit der Zeit, Und die von Gottes Gnaden Tun mir wahrhaftig leid. Ein Tintenfaß, ein Federfaß, Und ach! das letzte Bollwerk fiel. In Medlenburg — so hört man — Doch nein! So spricht der Reid.

Ruhebedürfnis der Gewerkschaften

hat sich niegegend gezeigt. Im Gegenteil, die Krisisverwaltungen glauben vielfach, der Verband leide Schaden, wenn nicht alljährlich „Lohnbewegt“ wird. Die Extrabeiträge haben nicht das volle Ergebnis gehabt, das sie haben sollten. Statt 4—6 M. brachten sie pro Kopf nur 3,57 M. Die Marktarbeit brachten in diesem Jahre 17 904 M., ein sehr bescheidenes Resultat. Zudem hatte in diesem Jahre der Arbeitgeberverband die Absicht, die Waiseier als Kontraktbruch anzusehen und die bestehende Aussperrung möglichst weit auszuweiten. Nachdem der Vorstand einen Aufruf zur Waiseier im Sinne der Kölner Resolution erlassen hatte, erschien der Aufruf des Parteivorstandes, der zur größten Vorsicht bei der Waiseier mahnte. Danach hielt es der Vorstand für seine Pflicht, noch einmal die Kollegen zu bitten, von der Arbeitsruhe am 1. Mai möglichst Abstand zu nehmen. Die Mahnung hatte Erfolg, und nur an einigen Orten kam es darum zum Kampf, zum Teil weil die Unternehmer durch Ausschüßeln der Pflanz mit den Aussperrungsdrohungen die Kollegen zur Arbeitsruhe angezogen hatten. Unterstützung erhielten nach der Entscheidung des Vorstandes nur die Kollegen, die am 1. Mai gefeiert haben — soweit sie Anspruch darauf haben —, nicht aber auch die, welche am 1. Mai gearbeitet haben und dann entweder mitausgesperrt wurden oder sich mit den Aussperrten solidarisch erklärten. Hierbei ist auch der

Verständigung zwischen Parteivorstand und Generalkommission

über die Unterstützung der Waiseierenden zu gedenken. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Abwälzung der Unterstützungen auf die lokalen Instanzen in gewissem Gegensatz zu dem Gedanken der Zentralisation steht. Aber nachdem Parteivorstand und Generalkommission als Ergebnis wochenlangender Beratungen und zahlloser Sitzungen gemeinsam diese Vorschläge machten, war der Zentralvorstand nicht in der Lage, andere Vorschläge zu machen, und stimmte mit allen anderen Zentralvorständen dem Übereinkommen zu. Daß es sich bei der Waiseierunterstützung um keine Kleinigkeit handelt, beweist nebenbei die Tatsache, daß dafür die Berliner Zahlstelle in der ersten Maiwoche allein 20 000 M. ausgegeben habe. Ueber die Erfolge der Waiseier werden leider oft stark übertreibende Berichte in die Parteipresse gebracht. Wegen die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses in Sachen der Waiseier und des Generalstreiks hatte sich anfangs eine heftige Opposition gezeigt. Das Kieler Gewerkschaftskartell regte die Abhaltung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zur Revision der Beschlüsse an. Aber von den 800 Zahlstellen des Verbandes schlossen sich auf das Rundschreiben des Kieler Kartells nur 6 diesem Antrage an, und zwar Eberswalde, Reustadt a. S., Gaarden bei Kiel, Eilenburg, Plauen und Friedland in Mecklenburg. (Weiterkeit.) Danach sind wir diesem Antrage nicht nachgekommen. — Mit der Agitation sind wir nicht zufrieden, auch mit unserer eigenen nicht. Wo in einem Gau zwei Vorsteher sind, soll der ältere sich überwiegend den Lohnbewegungen, der jüngere sich der Agitation widmen. Die gelben Gewerkschaften haben eine erhebliche Verbreitung im Verufe nicht gefunden. Gleichwohl haben sie der Holzarbeiterbewegung durch Vermittlung von Streikbrechern großen Schaden schon jetzt zugefügt. Für die Agitation soll jetzt, sobald etwas mehr Ruhe ist, mehr geschehen. Beim Rechtsstreit sind jetzt nicht mehr die Klagen mit der Polizei, sondern die Privatklagen auf Schadenersatz. Ein besonders interessanter Rechtsstreit schwebt in Hamburg, wo das Landgericht die Verbandskasse verantwortlich gemacht hat für einen „Vertragsbruch“ der Lokalverwaltung. Ein endgültiges Urteil steht noch aus. In Liegnitz verlangt die Steuerbehörde Angaben, wieviel Unterstützungen jedes Mitglied bezogen habe, da dies ein Teil des steuerpflichtigen Einkommens sei. (Weiterkeit.) Die Streikpostenpflichtigen sind nicht weniger geworden. 1906 wurde in Bohum der Kassierer entlassen, weil der Fabrikant auf Grund eines falschen Polizeiberichts an ihn glaubte, dieser habe ihn in der letzten Versammlung angegriffen. (Hört! hört!) Seine Versammlungen und Vorstandsmitglieder meldet der Verband nicht mehr an, weil er auf dem Standpunkte steht, daß er kein politischer Verein im Sinne des neuen Vereinsgesetzes ist. Die Unterstützungen müssen strenger kontrolliert werden; sie sind schon ohnedies in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit sehr hoch. Zum Schlusse erörtert Leipart den Streit mit dem Verband des technischen Bühnenpersonals, gegen dessen Anschlag an die Generalkommission der Vorstand des Holzarbeiterverbandes protestiert hat. Es seien das meist Holzarbeiter, die oft wieder zu anderer Zimmererarbeit zurückkehren. Leipart schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Vorstand stets das Beste des Verbandes erstrebt habe.

Den

Kassenbericht

erstattet der zum Nachfolger Aug. Wognes gewählte Hauptkassierer König. Er bedauert, daß der Verband seit längerer Zeit mit Defizit arbeite, teils wegen der umfangreichen Lohnbewegungen, teils wegen der im letzten Quartal nahezu verdoppelten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die Extrabeiträge seien anfangs eifrig, später aber ganz nachlässig gezahlt worden. Mangel an Gemeingeist hätten u. a. Hamburg, Nürnberg und der Elbsaß gezeigt. Auch die Kontrolleure müßten viel sorgfältiger arbeiten, um Unregelmäßigkeiten zu verhindern. In der Hauptkasse seien zurzeit 1 205 000 M., davon aber nur 681 M. in den Händen des Kassierers, alles übrige auf der Bank.

Den

Bericht des Ausschusses

erstattet Robert Schmidt, Berlin. Der Ausschuh hat die an ihn herangetretenen Beschwerden erledigt. Von größerer Bedeutung ist davon keine.

In der Diskussion werden zunächst die Lohnbewegungen besprochen. Ueber Zurücksetzung klagen die Geschloßzimmerarbeiter aus Hanau usw. Die Breslauer führen darüber Klage, daß kein Vertreter von ihnen zu den Unterhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zugezogen ist. Fürth beschwert sich über den großen Ton eines Vorstandsmitgliedes gegenüber den Zahlstellen und fragt, wie es sich mit dem Rechte desselben verhält, einen Betrieb zu sperren, der bisher keinen Tarifvertrag hatte. Vom Vorstandlich wird erwidert, daß in solchem Falle dann die Zahlstelle selbst die Kosten tragen müsse.

In der Diskussion über die Entwidlung des Verbandes (Gauvorstände und Agitation) wird über die geringen Fortschritte in den letzten zwei Jahren Klage geführt. Die Anstellung besonderer Beamten für die Agitation und die Heranbildung kleiner Agitatoren für die Werkstätten wird empfohlen. Vorstandsmitglied Becker erwidert, daß der Stillstand des Verbandes hauptsächlich auf die Krise und die schweren Kämpfe des Vorjahres zurückzuführen sei. Die weitere Diskussion wird auf morgen vertagt.

Aus der Partei.

Das Wachstum der Sozialdemokratie Schwedens.

Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie hat vor einigen Tagen seinen Bericht über das Jahr 1907 veröffentlicht. Wie die Partei sich entwickelt hat, zeigen folgende Zahlen:

Im Jahre . . . 1889 hatte sie	8 000 Mitglieder,
1900	45 000
am 1. Januar 1904 95 Arbeiterkommunen	54 552
1. 1905 112	64 835
1. 1906 137	69 191
1. 1907 170	101 929
1. 1908 239	133 888

Die Zahl der Arbeiterkommunen, der Ortsorganisationen der Partei, ist also im letzten Jahre um 60 gestiegen, die der Mitglieder um 31 459. Die größten Arbeiterkommunen sind: Stockholm mit 80 327, Malmö mit 14 790 und Göteborg mit 12 180 Mitgliedern. Im Vergleich zur Bevölkerungszahl ist die Organisation am stärksten

in Malmö, denn diese Stadt zählt ungefähr 72 000 Einwohner, Göteborg mit Vororten 170 000, Stockholm 320 000.

Die Parteipresse zählt sechs Tagesblätter, die in Stockholm, Malmö, Göteborg, Gäddede, Norrköping und Landskrona erscheinen, im ganzen in 90 000 Exemplaren, sieben Blättern, die teils dreis-, teils viermal wöchentlich, eins, das zweimal, und zwei, die einmal wöchentlich erscheinen. Im ganzen zählen die 16 politischen Zeitungen der schwedischen Sozialdemokratie 156 000 Abonnenten. Die Gewerkschaften geben 25 Fachblätter heraus, deren Leserschaft über 150 000 beträgt.

Im Jahre 1893 hatte die sozialdemokratische Parteipresse Schwedens erst 10 000 Abonnenten, 1900 waren es knapp 30 000 und 1904 ungefähr 70 000. Seit Neujahr 1908 sind mehrere neue Zeitungsgründungen beschlossen worden. Ein neues Tagesblatt: „Stans Socialdemokraten“, für die Landskrona, Schonen, erscheint bereits, und die Parteiblätter in Sundsvall, Gäddede und Jönköping werden demnächst in Tagesblätter umgewandelt.

Die Internatserziehung der Seminaristen und die badische Sozialdemokratie.

In der vorigen Woche wurde in der zweiten badischen Kammer über die Internatserziehung der Seminaristen verhandelt, wobei es zu einem Gegenstand unter unseren Parteigenossen der Landtagsfraktion kam. Der Abgeordnete Eichhorn führte als erster Redner der Fraktion aus, er habe sich schon früher gegen Internate ausgesprochen, die vielleicht bei Jünglingen in jugendlichem Alter, aber nicht bei Personen über 16 Jahre angeordnet seien. Wir bekämpfen das Internat der Lehrer hauptsächlich aus dem Grunde, weil die künftigen Volkserzieher mit einer praktischen Lebenserfahrung ihren Beruf antreten sollten, welche sie sich durch den Verkehr mit den breiten Volksschichten erwerben können. Unbemittelten Eltern müßte ein Staatszuschuß gewährt werden. Nach dem Verhandlungsbericht ereignete sich dabei folgender Zwischenfall: Eichhorn: Wie gesagt, gegen die Internatserziehung müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Abg. Dr. Frank und Kolb: Wir nicht! — Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wie weit meine Kollegen Dr. Frank und Kolb anderer Meinung sind; bisher war in unserer Fraktion hierin Übereinstimmung. Ich habe im vorigen Landtage noch die Meinung unserer gesamten Fraktion nach der Richtung hin vertreten. (Lärm aus dem Zentrum: Sie sind eben umgefallen. — Große Heiterkeit.) Möglich, es sind Umfälle auch bei uns einmal möglich. (Große Heiterkeit.)

Wie uns scheint, vertrat der Genosse Eichhorn die bisherige Auffassung der Fraktion, wie sie seinerzeit schon der Abg. Dreßbach in der Kammer zum Ausdruck brachte. Ob indessen die Fraktion anders zu handeln beschloß, entzieht sich unserer Kenntnis.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfants der Presse. Dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Düsseldorf, einem Herrn Jaltzer, war in unserem dortigen Vortelorgan, der „Volkzeitung“, der Vorwurf der Parteilichkeit erbracht worden. Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf erbrachte der wegen des Artikels der Beleidigung angeklagte Gen. Hoch den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung. Es wurde festgestellt, daß der Vorsitzende in öffentlicher Sitzung einen Arbeiter wegen ungebührlichen Verhaltens in ganz energischer Weise gerügt hatte. In der nämlichen Sitzung führte sich ein Unternehmer in der gleichen Weise auf, was der Vorsitzende aber nicht ansah. Die Beisitzer hatten den Vorsitzenden im Beratungszimmer wegen seines einseitigen Vorgehens zur Reibe gefügt; dieser habe sie aber im brüsten Tone auf den Beschwerdebewerf verwiesen. Die Heugen bestritten alles das, was in der betreffenden Notiz behauptet worden war.

Das Gericht kam trotz des gelungenen Wahrheitsbeweises und trotz des Anerkenntnisses, daß die Form der Notiz nicht beleidigend war, zu einer Verurteilung. Und zwar wurde der Angeklagte, dem der Satz des § 193 des Strafgesetzbuchs, Wahrung berechtigter Interessen, verweigert wurde, zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt, der Amtsanwalt hatte 150 M. beantragt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß dem Vorsitzenden wegen dieses einen Falles der Vorwurf der Parteilichkeit nicht gemacht werden dürfe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vergolder und die Waiseier.

Eine Branchenversammlung der Vergolder tagte am Montag in den „Kaminhallen“. Man besprach den Verlauf der Waiseier. — Weltmann stellte leitend fest, daß der größte Teil der Kollegen den Beschluß der Vertrauensmännerversammlung, zu feiern wie sonst, durchbrochen hätten. Ganze Betriebe seien stehen geblieben und vielfach habe nur ein Teil gefeiert, der andere nicht. Das dürfe sich nicht wiederholen. Man kann nicht zugeben, daß zweierlei Rechte und Pflichten beständen. Die Beschlüsse gelten für alle. Es möge die wirtschaftliche Krise und der Aussperrbeschuß der Unternehmer mitgewirkt haben. Indessen, die in den Werkstätten stehen blieben, hätten den Unternehmern durch ihr Tun geradezu die Hand geboten, die Feiern zur Disposition zu stellen. Eine Aussprache sei dringend notwendig. — In der Diskussion wurde mehrfach betont, daß die wirtschaftliche Frage bei der Waiseier eine große Rolle spiele. Die Kollegen (schraken vielfach vor Opfern zurück. Das sollten sie dann aber auch aussprechen, damit man wisse, woran man sei. — Ein Redner führte die Losheit der Kollegen darauf zurück, daß die Vergolder seit dem Anschluß an den Holzarbeiterverband nicht mehr ihre eigene Waiseier hatten, sondern nach der „Neuen Welt“ gehen müßten. Da gingen sie in der Waiseier unter und es fehle die gegenseitige Kontrolle. — Diesen Ausführungen wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Wer von der Idee des 1. Mai durchdrungen sei, der feiere unter allen Umständen. — Von allen Seiten wurde lebhaft verlangt, daß sich die Kollegen damit vertraut machen, in Zukunft die geltenden Beschlüsse strikt zu halten. — Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Betont wurde, daß diejenigen, die am 1. Mai nicht feierten, nun wenigstens reichlich die Extrabeiträge zu 25 Pf. leisten müßten, damit die Unterstützungen ausfallen.

Ueber den Stand der Aussperrung bei Zander berichtete Otto. Da sich eine größere Anzahl Arbeitswillige gefunden haben, sind die Aussperrten gezwungen, Konzessionen zu machen. Den Austritt aus dem Verbands fordert Zander nicht mehr. Er hat erklärt, eine Liste derjenigen aufzustellen, die er gleich wieder einstellen will. Die anderen sollen nach und nach je nachdem Plätze frei werden, eingestellt werden. Im nicht noch mehr Arbeitswillige hineingehen zu lassen, wollen die Aussperrten darauf eingehen. — Die Versammlung nahm Kenntnis davon.

Erklärung.

Die zwischen dem Verband der Gastwirtsgehilfen und dem Gastwirt Herrn Voigt (Etablissement Campenbourg) bestandenen Differenzen sind durch am gestrigen Tage stattgefundene Verhandlungen als erledigt zu betrachten.

Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung in der Portefeulles- und Reiseartikelindustrie. Wie schon kurz telegraphisch gemeldet, haben die Unternehmer den Vertragsunterlauf, den die Organisationen der Sattler und Portefeulles gemeinsam ausgehandelt hatten, nach zweitägigen Verhandlungen abgelehnt. Eine imposante Versammlung für das Lohngebiet Offenbach, an der über 3000 Personen beiderlei Geschlechts teilnahmen, nahm Stellung zur Lohnbewegung. Der Vorsitzende des Verbandes der Portefeulles, Weinschild, berichtigte. Den Unternehmern waren die Forderungen im ganzen zu hoch; wegen der schlechten Konjunktur glaubten sie, erst gar nicht darauf eingehen zu können. Als sie denn aber doch verhandelten, waren sie mit der Ausdehnung des Tarifes auf Heimarbeiter und Zwischenmeister nicht einverstanden. Trotz des Eingehändnisses, daß die Qualität der Produktion sich nach Verkürzung

der Arbeitszeit gebessert und die Quantität an geleisteter Arbeit sich vermehrt habe, wollten sie nicht im geringsten in eine (ganz unwesentliche) weitere Verkürzung der Arbeitszeit willigen. Den Mindestlohn wollen sie nur den Sattlern zubilligen, den Portefeulles nicht. Auf keinen Fall wollen die Unternehmer darauf eingehen, daß in Zeiten der Krise erst Entlassungen erfolgen dürfen, nachdem die Arbeitszeit auf 7 Stunden verkürzt ist. (Gegentwärtig liegt die Sache schon so, daß in den Werkstätten teilweise ausgespart werden muß und die Heimarbeiter und Zwischenmeister arbeiten mit Zulufnahme von Ueberstunden!)

Weiter sprachen die Unternehmer den Vertretern der Arbeiter das Recht ab, für die Waiseier Forderungen zu stellen, „denn diese seien ja gar nicht organisiert“. Die Lohnzahlung soll freitags während der Arbeitszeit erfolgen. Das ist das einzige positive Ergebnis der Verhandlungen.

Eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage wurde abgelehnt. Der Vorsitzende, Gewerberichter und Beigeordneter Joppf wollte das Gesetz über den Arbeitsvertrag so ausgelegt wissen, daß, wenn die Feiertage bezahlt werden sollten, es für die Ueberstunden nichts geben dürfe. (Heiterkeit.)

Die bisher üblichen Zuschläge von 25 und mehr Prozent für Ueberstunden und Nacharbeit sollen weiter gezahlt werden. Das Bedenkliche ist bisher vor Spezialwerkstätten gegen Bezahlung gemacht worden. Die Fabrikanten haben jetzt selbst Schärmaschinen aufgestellt, wollen den Leuten für das Schärfen aber mehr abziehen, als sonst bezahlt worden ist. Dabei hat sich noch herausgestellt, daß, entgegen den tariflichen Abmachungen, längere Zeit schon die Heimarbeiter und Zwischenmeister die Futate n nicht vergütet erhalten haben. Es liegt also Tarifbruch seitens der Unternehmer vor.

Der 1. Mai soll als Feiertag bestehen bleiben, ebenso wurde der Einrückung von Schiedsgericht und Tarifamt zugestimmt.

Indessen sind die „Christlichen“ in geschlossenem Zuge angetreten. Sie müssen sich Kopf an Kopf auf der geräumigen Bühne aufstellen und „beweisen“ so dem Meer von Menschen gegenüber ihre „Stärke“.

Nachdem der Vorsitzende des Verbandes der Sattler, Plum, Berlin, die Ausführungen Weinschild ergänzt und den Kampf der Berliner Koffermacher besprochen hat, erklärt er allgemeine Spannung Rienecker, Gauleiter der christlichorganisierten Portefeulles und Sattler, daß sie ihren den Unternehmern eingereichten Sondertarif zurückziehen würden und Schulter an Schulter mit den Freiorganisierten um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen wollten. (Wabul) „Bis auf den 1. Mai, das geht gegen unsere Ueberzeugung.“

In der Diskussion wurde bekannt, daß eine Offenbacher Firma ihren Mädchen die Freigabe von 4 Uhr ab zum Besuche der Versammlung verweigert hatte. Eine andere Firma, die nebenbei noch eine 55stündige Arbeitszeit die Woche hat, ließ den Tarifvertragsentwurf vor den Augen des Vertreters der Organisation zerreißten und ihm die Fäden vor die Füße werfen. Alles Beweise dafür, daß die Unternehmer den Kampf wollen.

Zum Schlusse wurde gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, welche die Lohnkommission beauftragt, die Verhandlungen fortzusetzen und an ein Einigungsamt das Ersuchen zu richten, einen Termin zwecks Beratung eines neu zu schaffenden Vertrages und Fällung eines Schiedspruchs anberaumen zu wollen. Dieser Schiedspruch ist dann einer öffentlichen Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen. Sollte das angesehene Einigungsamt bis Ablauf des jetzt gültigen Vertrages seine Arbeiten nicht beendet haben, so soll derselbe bis zum 15. Juli dieses Jahres weiter gelten.

Die Heimarbeiter und Zwischenmeister protestierten ganz energisch gegen die Vermutung, sie würden sich im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung als Streikbrecher gebrauchen lassen. Sie erklärten sich vielmehr mit den in den Werkstätten Beschäftigten durchaus solidarisch und halten einen Streikbruch für die ehrlöseste Handlung, die sich ein Mensch zu schulden kommen lassen kann.

Ein terroristischer Akt

aus dem Reiche der Zehn Prozent-Disvidendenskluder.

Die Leitung der Straßeneisenbahngesellschaft in Hamburg hat vor einiger Zeit dem Beirat (Arbeitervorstand) auf ein Gesuch, eine beschiedene Lohnhöhung und angemessene Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, geantwortet, das Gesuch könne höhere Lohnausgaben nicht betragen. Das „Gesuch“ hat seit einer launen Reihe von Jahren stets über 8, im letzten Jahre sogar 10 Prozent abgeworfen. Als die Direktion erklärte, es sei der Minderheit des Personals nur darum zu tun, Unzufriedenheit zu stiften und dem Transportarbeiterverbände Mitglieder zuzuführen, was sie nie dulden werde, wie sie überhaupt die Zugehörigkeit zu diesem Verbands nicht dulde, verwahrte sich der Beirat gegen die Unterstellungen. Die Direktion antwortete mit der Entlassung von Beiratsmitgliedern, von denen einige schon bis zu 16 Jahren im Dienst dieser Profitmachergesellschaft stehen. Ob dieses Terrorismus herrscht eine große Erregung unter den Straßeneisbahnern.

Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes richtet folgende Fragen an das Hamburger Publikum:

Bedeuten 10 Proz. Dividende ein Geschäft, das eine kleine Lohnausbesserung bei diesen teuren Zeiten nicht zuläßt?
Bedarf es „agitatorischer Zwecke“, um angeheult eines solchen Geschäfts eine beschiedene Lohnausbesserung zu wünschen?
Ober liegt nicht der dringende Verdacht nahe, daß die Straßeneisenbahngesellschaft die agitatorischen Zwecke nur vorgibt, um ihren Angestellten trotz des großen Geschäftes die beschiedene Lohnausbesserung vorenthalten zu können?
Die Straßeneisbahner werden von ihrem Vorlande aufgefordert, die in aller nächster Zeit ergehenden Bekanntmachungen zu beachten.

Ausland.

Die außerordentliche Staats- und Gemeindegilfe für die Arbeitslosen in Dänemark.

Die beiden Gesehentwürfe zur Linderung der Not unter den Arbeitslosen und zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit selbst, die die sozialdemokratische Folkethingfraktion Ende April einbrachte, sind vom dänischen Reichstage mit anerkannter Schnelligkeit durchberaten und, wenn auch in etwas verringelter Form, in den letzten Tagen der Session sowohl vom Folkething wie vom Landsting angenommen worden.

Das eine der beiden Gesehten gibt den Gemeinden, wo nach Meinung des Gemeinderates außerordentliche Arbeitslosigkeit herrscht, das Recht, den freien Hilfskassen im laufenden Budgetjahre höhere Zuschüsse als die im Hilfskassengesetz festgelegten zu gewähren, und das gleiche gilt für die anerkannten Arbeitslosenstellen und das Gesetz über die Staats- und Gemeindegüsse zu diesen Klassen. Auch die Arbeitslosenstellen, die noch nicht, wie jenes Gesetz erfordert, zwölf Monate bestehen, sollen im laufenden Budgetjahre die Zuschüsse erhalten. Im übrigen können die Kosten nach dem Notgeseht auch solchen Mitgliedern die Unterstützung zahlen, die ihnen noch nicht zwölf Monate angehören.

Der Gesehtentwurf über Staatsdarlehen, die den Gemeinden zwecks Umbau ungesunder und überdöckerter Stadtteile gewährt werden sollen, wurde im wesentlichen mit der Änderung angenommen, daß die Summe der Darlehen nicht, wie in dem Geseht vorgeschlagen, auf 10, sondern auf 4 Millionen Kronen bemessen wurde.

Soziales.

Verwaltung einer reichstrogen Krankenkasse.

Die letzte Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse für Wilmersdorf und Umgebung vor einigen Interim: dar. Erst seit dem 1. Januar sind als Vertreter organisierte Arbeiter gewählt. In der Generalversammlung wurde zunächst beschlossen, die Krankzeit aus dem Statut zu streichen, so daß nach

Rechtskraft dieser Statutenänderung vom Beginn der Krankheit ab Krankengeld zu zahlen ist. Bei der Nachprüfung der Rechnung für 1908 wurden die größtenteils statutenwidrigen Ausgaben festgestellt. In der Generalversammlung kam u. a. folgendes zur Sprache. Von einem Vertreter war seinerzeit der Antrag gestellt, den Vorstandsmitgliedern die Sitzungen mit 1 M. zu entschädigen. Das bekämpfte der damalige Vorsitzende, diese Kosten seien Ehrenämter. Die Prüfungskommission stellte nun fest, daß frühere Vorstandsmitglieder für diese Sitzungen je 3 M. liquidiert und bezahlt erhalten haben. Auch fühlte sich der Vorstand genötigt, ein Kaiserbild mit eigenem Rahmen aus dem Gelde der Kassennachricht zu kaufen. Der vereidete Bücherrevisor Hummel liquidierte für seine Revidierung 60 M. und pro Vorstandsitzung, zu denen er zugezogen wurde (aus welchen Gründen?), je 10 M. Dabei stimmte aber die von ihm revidierte Jahresabrechnung abfolut nicht, so daß die Kasse für die Nachprüfung über 900 M. zu zahlen hat. Da bis jetzt auch keine Hebelisten vorhanden waren, hat die Kasse 5 Beamte anstellen müssen, die diese nacharbeiten müssen! Der Revisor hat also die Kasse sehr geschädigt. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, den Vorstand zu beauftragen, alles Gesehene zu tun, um zu verhindern, daß der für den Kreis Teltow vereidete Bücherrevisor Hummel andere Krankenkassen so gründlich ver-revidiert wie die Wilmerdorfer.

Der Bericht des Vorstandes lag zum ersten Male anerkennens-würdig mit statistischen Tabellen seit 1904 gedruckt vor. Zur Sprache kam, daß Kassenbeamte ihrer Tätigkeit absolut nicht gewachsen sind, und wurde von einer Kündigung Kenntnis gegeben, die der Vorsitzende aber nicht annehmen will, da er behauptet, daß sein mit dem alten Vorstände abgeschlossener Anstellungsvertrag auf Lebenszeit laute. Der jetzige Vorstand bestritt dieses und wird wohl den Klagenweg beschreiten müssen.

Leuten, die bei jeder Gelegenheit über Vergewaltigung durch Sozialdemokraten in Krankenkassen zeteren, wäre hier Anlaß gegeben, anzuerkennen, daß einfache Arbeiter bei der schwierigen Rechnungsprüfung einem — vereideten Bücherrevisor mit ihren Kenntnissen weit überlegen waren. Sie werden aber dieses ebenso wie die Rosenow-Wugdanschen Riesengehälter für den Arbeiterverein der Diensthöfen nicht anerkennen.

Ein Fehler in der amtlichen Schulk Statistik.

In den Nachweisungen über die öffentlichen Volksschulen 1901 und 1908 (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1908, S. 315-320) fällt das Fürstentum Lippe auf durch eine geradezu sprunghafte Aufwärtsbewegung seines Volksschulwesens. Die Zahl der auf einen Lehrer entfallenden Schüler ging danach in dem letzten Jahrzehnt von 22 auf 75 zurück, und der auf einen Schüler entfallende Teil der Gesamtschulen stieg von 25 auf 42 M. Eine auch nur annähernd ebenso günstige Entwicklung hat keiner der anderen deutschen Staaten aufzuweisen. Leider ist die amtliche Statistik falsch. Wie die der Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins entnehmen, waren nach einer am 1. Juli 1907 veranstalteten Erhebung der Statistischen Landesstelle des Rippeschen Lehrervereins nur 288 Lehrstellen mit 28 219 Volksschülern vorhanden, so daß auf den Lehrer noch immer 91 Schüler entfallen. Mit dieser Zahl steht Lippe in der Reihe der deutschen Staaten an allerletzter Stelle. Die amtliche Statistik hat, statt sich auf die öffentlichen Volksschulen zu beschränken, wie es doch 1901 geschehen war, die privaten Rektorschulen und höheren Mädchenschulen in die Erhebung mit einbezogen! Eine solche Irreführung durch amtliche Statistiken bleibt hoffentlich vereinzelt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Bäckermeister als Dieb und wissenschaftlich falscher Anschuldiger.

Einer besonderen Dreifaltigkeit hatte es der Bäckermeister Franz Reinecke in Nichtenberg zu verdanken, daß er gestern unter der Anklage der wissenschaftlich falschen Anschuldigung vor der Strafkammer des Landgerichts III erscheinen mußte. In einem Hause, in welchem der Richter Kändler wohnt, trug der Angeklagte des Morgens seine Badware aus. Kändler vernahm nun schon mehrere Tage die von ihm im Abonnement bezogene Zeitung „Vorwärts“, und da die Zeitungsfrau versicherte, daß sie das Blatt täglich vor die Wohnungstür gelegt hätte, so mußte ein Unberufener sich das Blatt angeeignet haben. Kändler legte sich deshalb auf die Kauer und sah zu seinem Erschrecken durch einen Türspalt deutlich, daß der Meister Reinecke beim Anhängen des Frühstückstischens sich bückte, die Zeitung aufnahm und sich damit entfernte. Kändler eilte ihm nach, stellte ihn und machte ihm Vorwürfe, und als der Angeklagte sich diese angeblich ganz unbegründete Beschuldigung verbat, sah ihn A. etwas dorn an, holte ihm aus dem Koff der Zeitung hervor und verabschiedete ihn etwas unsanft. Er wollte damit die Sache abgetan sein lassen. Es kam aber anders. Etwa 11 Tage nach diesem Vorfall machte der Angeklagte Miene, gegen A. wegen verleumdender Beleidigung vorzugehen. Dies schlug dem Hof den Boden aus. Nunmehr erstattete A. Strafanzeige wegen Diebstahls, die von Reinecke mit Angabe wegen öffentlich falscher Anschuldigung beantwortet wurde. Er beschuldigte den A., daß er wider besseres Wissen die Strafanzeige erstattet habe. Dieser Streich blieb aber erfolglos, denn die gegen Reinecke vor dem Schöffengericht geführte Verhandlung wegen Diebstahls an dem Zeitungsbillet endete damit, daß A. zu einem Tage Gefängnis verurteilt wurde. Er betrieb dann ein Gnadengeheiß und hat in den zu diesem Zweck geführten Verhandlungen selbst zugegeben, daß er die Zeitung genommen, aber lediglich den Zweck verfolgt habe, einmal zu sehen, was der „Vorwärts“ gegen unsere staatlichen Einrichtungen schreibe. Als guter Patriot habe er sonst kein Interesse an dem „Vorwärts“. — Das Verfahren gegen Kändler wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung wurde bei dieser Sachlage natürlich eingestellt, der Spieß wurde aber umgedreht und eine Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung gegen Reinecke erhoben. Er wollte gestern das Gericht glauben machen, daß die Strafanzeige gegen A. von einem seiner Kaffee-gäste verfaßt und abgeschickt worden sei und er sie ohne Kenntnis des Inhaltes unterschrieben habe. Er fand damit keinen Glauben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn zwei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis.

„Lokal-Anzeiger“ und „A. J. am Mittag“.

Eine Klage der Firma August Schertl, Gesellschaft m. b. H. zu Berlin, als Herausgeberin des „Lokal-Anzeigers“ gegen die Offene Handelsgesellschaft Ullstein u. Co in Berlin als Verlegerin der „A. J. am Mittag“ ist jetzt vom Reichsgericht endgültig abgewiesen. Es handelte sich um einen Vertrag der beiden Parteien vom April 1900, demzufolge keine der beiden Parteien für die

Zeit des Bestehens der „Berliner Morgenpost“ eine Tageszeitung in Berlin und Umgegend sollte ins Leben rufen dürfen, deren Bezugspreis weniger oder ebensoviel als das Abonnement der „Berliner Morgenpost“ betrage, welche letztere Zeitung beide Parteien durch Gesellschaftsverhältnis gemeinsam übernommen hatten. Die beklagte Firma Ullstein u. Co. gibt seit Oktober 1904 die „A. J. am Mittag“ heraus und ließ mit dem 1. April 1905 ihre „Berliner Zeitung“ eingehen. Die Firma Schertl behauptete daraufhin, daß die „A. J. am Mittag“ eine Neugründung sei und klagte auf Unterlassung der Herausgabe dieser Zeitung. Die beklagte Firma Ullstein u. Co. vertritt die Ansicht, daß die „A. J. am Mittag“ Zubehör der früheren „Berliner Zeitung“ sei, jedoch keine Neugründung. Nach dem Aufhören der „Berliner Zeitung“ sei sie lediglich an deren Stelle getreten.

Das Landgericht und Kammergericht erkannten auf Abweisung der Klagen, da sich die „A. J. am Mittag“ nicht als eine selbständige Zeitung, sondern als eine organische Fortentwicklung der alten „Berliner Zeitung“ darstelle.

Auf die Revision der Klagen wurde die Entscheidung des Kammergerichts vom 2. Zivilsenat des Reichsgerichts unter Zurückweisung der Revision bestätigt.

Aus der Frauenbewegung.

Gefindeklaverei.

Seitdem sich die Sozialdemokratie energischer der Aufklärung und Organisierung der Diensthöfen widmet, haben auch die Ultramontanen das Bedürfnis empfunden, sich mit der Diensthöfenfrage zu beschäftigen. Wertwüchtig, daß immer erst die Sozialdemokratie mit der Fackel der Aufklärung vorangehen muß, ehe die Zentrumsleute schreitend werden, merkwürdig, daß sie erst der Armen und Elenden gedenken, wenn es in der Tiefe gärt und brodelt. Erst mußte die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung setzen, ehe die „Christliche Nächstenliebe“ unserer Ultramontanen erwachte.

Eine Reihe von Rechtsforderungen der Diensthöfen, die zur Erfüllung reif sind, muß heute möglichst bald gewährt werden, will man die nötige Disziplin und Zufriedenheit der Diensthöfen erreichen, sie andererseits auch wirksam verpflichten können zur Anerkennung der berechtigten Forderungen der Hausfrauen — so beginnt die von uns schon erwähnte Schrift des Generaldirektors Pieper vom katholischen Volksverein über die Diensthöfenfrage. (M. Gladbach 1908.) Dieser Satz könnte auch an der Spitze eines ausgeprochen im Interesse der „Herrschaften“ geschriebenen Buches stehen. „Disziplin“ und „Zufriedenheit“ der Diensthöfen, damit die Forderungen der Hausfrauen erfüllt werden können. Wir meinen, bei der Diensthöfenfrage wäre das Wesentliche die Forderungen der Diensthöfen. Um ihre Rechte und ihr Wohl handelt es sich, und wenn es etwas zu ändern gibt in dem Verhältnis von Rechten und Pflichten, von Arbeit und Ruhe, von Leistung und Lohn, dann muß dieses Verhältnis zugunsten der Diensthöfen geändert werden.

Und das keineswegs unergründliche und keineswegs unerfüllbare Geheimnis zur Lösung der Diensthöfenfrage besteht in der Aufhebung des „patriarchalischen“ Verhältnisses zwischen Herrschaften und Diensthöfen, durch Abschaffung aller geschlichen Ausnahmebestimmungen für das Gefinde und seine Stellung unter den Arbeiterschaft und alle sozialen Institutionen, die der gewerbliche Arbeiter hat oder zu fordern berechtigt ist. Das ist der Kern der Diensthöfenfrage. Wer sich an diesen Forderungen vorbeidrudt, der gibt dadurch zu erkennen, daß er das Wesen der Frage nicht erkannt hat, oder daß es ihm nur darum zu tun ist, durch Herumdrehern an Nebensächlichkeiten der gründlichen Behandlung der Frage auszuweichen. Und das beabsichtigt in der Tat das Zentrum.

Natürlich erklärt Dr. Pieper die Forderung der Sozialdemokratie, die Diensthöfen den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu unterstellen, für unübertraglich, das sei unübertraglich mit der Natur der häuslichen Dienste, die sich im Rahmen der Familie abwickeln. In der häuslichen Wirtschaft, wo Erwachsene verschiedenen Berufen nachgehen, wo größere und kleinere Kinder vorhanden seien, könne die vollständige Sonntagsruhe, das Verbot der Nacharbeit, Beschränkung der Tagesarbeit, die Genußnahme bestimmter Pausen usw. unter keinen Umständen durchgeführt werden.

Weiß denn Herr Dr. Pieper, der an der Quelle aller Weisheit: an der Zentralfstelle des katholischen Volksvereins in R. Gladbach sitzt, nicht, daß obige Forderungen und weit größere noch bereits in vielen Familien durchgeführt sind? Es gibt Millionen Familien, wo die Diensthöfen weder des Sonntags noch des Nachts, noch am Tage arbeiten — weil die Hausfrau die Arbeit allein macht; es gibt Hunderttausende von Familien, wo das Dienstmädchen nur wenige Stunden im Haushalt ist und sich mit der Hausfrau in die Arbeit teilt. Und in all diesen Familien sind größere und kleinere Kinder vorhanden, gehen die Erwachsenen verschiedenen Berufen nach und sind alle jene Umstände vorhanden, die nach ultramontaner Anschauung die Übertragung der Gewerbeordnung auf die Hauswirtschaft unmöglich machen.

Geht gibt es auch Familien, die eine Wohnung von zehn und mehr Räumen bewohnen, die sich vom Hausherrn bis aufs Dach herab von früh bis spät bedienen lassen. Leute mit solchen Gewohnheiten und Ansprüchen sind aber auch in der Lage, das nötige Geld für mehrere Diensthöfen, die sich in ihren Dienstleistungen schichtweise ablösen, aufzubringen. Und können sie das nicht, so mögen sie ihre Ansprüche mäßigen, oder die gnädige Frau und das gnädige Fräulein mögen, was für ihre Gesundheit und ihren Charakter sehr gut sein würde, selber mal mit angreifen.

Was die Sozialdemokratie für die Diensthöfen fordert, läßt sich erfüllen, wenn Staat und Gesellschaft nur wollen. Aber sie wollen nicht. Und deshalb bleibt nichts übrig, als sie dazu zu zwingen. Freilich geschieht das nicht mit Maßnahmen nach R. Gladbacher Art, die der Lösung der Diensthöfenfrage gerade entgegenwirken. Wollen die Diensthöfen endlich etwas zur Besserung ihrer Lage tun, dann mögen sie sich den Organisationen anschließen, die sich die Durchführung der Forderungen der sozialdemokratischen Frauen-Kongressen (Mannheim 1905 und Berlin 1907) zum Ziele gesetzt haben.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Berlin. Donnerstag, den 28. Mai (Himmelfahrt): Ausflug des Vereins und der Jugendabteilung nach Saathöfen. Treffpunkt bis 11 Uhr im „Waldater“ am Regeler Weg, fünf Minuten vom Bahnhof Jungfernheide entfernt. Marsch nach Saathöfen — Aufenthalt Restaurant „Blumeshof“. Ver-

bindungen: Stadtbahn: Nordring; elektrische Bahn: Linie 12 und 18.

Schöneberg. Freitag, den 29. Mai: Versammlung für Männer und Frauen in den Neuen Rathausgassen, Reiningers Straße 8. Genosse Kurt Heinig spricht über „Die Landtagswahlen und die Frauen!“ Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

Donnerstag, den 28. Mai: Ausflug nach Schmargendorf. Treffpunkt vormittags 9 Uhr bei Objt, Reiningers Straße 8. Für Nachzügler nachmittags 3 Uhr bei Bartel, Schmargendorf, Wernemünder Straße 6.

Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung der Musiker fand vor einiger Zeit in den „Musiker-Sälen“ statt. Die Mehrzahl der Versammelten bestand aus Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Musikerverbandes, was sich sofort bei der Bureauwahl zeigte. Die vorgeschlagenen Kandidaten des Zentralverbandes unterlagen. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht und mit großer Aufmerksamkeit wurde der angekündigte Vortrag des Genossen Jauth über das Verhältnis beider Verbände zueinander angehört. Seine Ausführungen gipfelten in dem Schluß: Der Allgemeine Deutsche Musikerverband könne seiner Vergangenheit nach und nach der jetzt entfalteten Tätigkeit oder auch Untätigkeit nicht als Interessensvertretung der Musiker angesehen werden.

In der Diskussion sprach zuerst der Präsident des Allgemeinen Verbandes, Vogel. Vogel wollte die Erfolge des (erst seit 6 Jahren bestehenden) Zentralverbandes kennen lernen, der den (seit 40 Jahren bestehenden) Allgemeinen Verband stets zu heftig beschuldete. In dem letzteren seien alle politischen Parteien vertreten, man mache keine Unterschiede und bewache sich den Einfluß bis „nach oben“ hin. — Dr. Pleihner, lebhaft begrüßt, nahm darauf das Wort und sprach mit Stolz von dem starken Allgemeinen Verbande, als dessen Führer er sich später selbst bezeichnete. Er polemisierte gegen die Ausführungen des Referenten über das Klassenbewußtsein, die er offenbar mißverstanden hatte, denn er erklärte sehr umständlich, daß das Klassenbewußtsein nicht sozialdemokratisch zu sein brauche und nannte den „Vund der Landwirte“ als Beweis. Er warnte die Musiker davor, zu der sozialdemokratischen Linie abzuweichen, denn sie würden ihrer Existenz damit den schwersten Schlag verfehen. Auf die Arbeiter könnten sie sich nicht verlassen, die würden ihnen nicht das Brot geben, was sie zum Leben brauchen, und vor der Zukunftsmusik sollten sie sich hüten. Die Bewegung der Musiker sei mit der der Ärzte und der Handlungsgewerbeten zu vergleichen, wo die Sozialdemokraten ebenfalls keine Fortschritte machen können.

Die Diskussion dehnte sich lange aus, heftig wurde der Zentralverband angegriffen; als aber Jauth in seinem Schlußwort alle Angriffe eingehend zu würdigen und zurückzuweisen begann, da wollte man ihn nicht mehr hören. Etwa sechs Stunden lang hatte man geduldig zugehört, wie das Lab des Allgemeinen Verbandes mit wenigen Unterbrechungen gesungen wurde und wie der Zentralverband herabgesetzt wurde, dann aber begann ein wachsender Tumult, der Vorsitzende konnte trotz vieler Mühe dem Referenten kein Gehör mehr verschaffen, und die Versammlung mußte des großen Lärms wegen geschlossen werden.

Tele- und Vorkursus „Wilhelm Hehnrecht“. Heute Abend 9 Uhr bei Duff, Danziger Straße 23. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Ueberschwemmung in Texas. Nach einer Meldung aus New York wird der Schaden, den die Ueberschwemmung in Texas angerichtet hat, auf zwei Millionen Dollar geschätzt. Eine Feuerbrunst drohte zeitweise Dallas zu zerstören; Häuser mußten mit Dynamit gesprengt werden, um das Weitergreifen des Feuers zu verhindern. Viele Straßen in Dallas standen stundenlang unter Wasser.

Ueber einen stürmischen Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmen wird aus Lemberg, 20. Mai, telegraphiert: In Czernichow im Bezirk Larnopol kam es gestern Abend aus Anlaß einer Untersuchung wegen unbefugter Ausübung des verpachteten Fischereirechtes zwischen Bauern, die sich zusammenfanden, und von diesen bedrohten Gendarmen zu einem Zusammenstoß. Die Gendarmen mußten (1) von ihren Waffen Gebrauch machen. Fünf Bauern wurden getötet und mehrere verwundet. Eine Gerichtskommission und sechs Gendarmen sind heute früh nach Czernichow abgegangen.

Witterungsüberblick vom 26. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stations	Barometer Höhe mm	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Strehle	760	bedeckt	11	11	12	Haparanda	764	D	2	12	12
Darmstadt	762	bedeckt	11	11	12	Petersburg	765	bedeckt	1	12	12
Berlin	762	bedeckt	12	12	12	St. Petersburg	767	bedeckt	1	12	12
Krankfurt	765	bedeckt	10	10	12	Warschau	761	bedeckt	1	12	12
München	767	bedeckt	10	10	12	Wien	765	bedeckt	4	12	12
Wien	767	bedeckt	15	15	12						

Wetterprognose für Mittwoch, den 27. Mai 1908.

Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25. 5.		am 26. 5.		Wasserstand	am 25. 5.		am 26. 5.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Memel, Mühl	351	+17	351	+17	Saale, Großh.	205	+4	205	+4
Regel, Ansternburg	123	-9	123	-9	Saale, Pandan	123	+10	123	+10
Wesel, Thurn	218	-20	218	-20	Saale, Rathenow	158	-3	158	-3
Ober, Rathenow	150	-11	150	-11	Spree, Spremberg	96	+2	96	+2
Krossen	192	-2	192	-2	Spree, Beeskow	138	+2	138	+2
Krankfurt	200	-9	200	-9	Spree, Hinder	210	+7	210	+7
Bärth, Schirrm	86	-6	86	-6	Spree, Hinder	210	+7	210	+7
Landshut	108	-5	108	-5	Rhein, Rortmillandau	564	+17	564	+17
Nege, Bordenau	43	-2	43	-2	Rhein, Rortmillandau	564	+17	564	+17
Elbe, Lüttenberg	21	0	21	0	Rhein, Rortmillandau	564	+17	564	+17
Dresden	-87	+1	-87	+1	Rhein, Rortmillandau	564	+17	564	+17
Borsig	240	0	240	0	Rhein, Rortmillandau	564	+17	564	+17
Magdeburg	203	+3	203	+3	Rhein, Rortmillandau	564	+17	564	+17

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel.

Um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma.



Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Bahnhof Börse. Hauptgeschäft Größte Hochseefischerei Deutschlands 50 eigene Fischdampfer. Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport.

Riesenfänge

unsorer Dampfer!

per Pfund

Seehecht (sehr fein) 28 Pf.

im Anschnitt . . . 35 Pf.

zum Kochen und Backen wie Flußhecht.

Alle übrigen Sorten Seehecht zu billigsten Tagespreisen.

Zentral-Fernsprecher Amt III, 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, oberer Saal IV:

General-Versammlung

aller zum
Zweigverein gehörenden Sektionen, Zahlstellen und Bezirke.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Link über: „Der preussische Landtag und die Bauarbeiter.“
2. Rapportbericht vom ersten Quartal. 3. Gewerkschaftliches Mitgliederbuch legitimiert.

Der Zweigvereinsvorstand.

Wir geben hiermit bekannt, daß das Zweigvereinsbureau und das Sektionsbureau der Fuher sowie der Gips- und Zementbranche am Mittwoch, den 3. Juni geschlossen bleiben.

Zur Beachtung für Maurer! Nach einem Beschluß der Vertreter-Sitzung sind mit dem 23. Mai folgende Zahlstellen aufgehoben worden und kann dort auch nicht mehr das Abstemplein bei Arbeitslosigkeit vollzogen werden:

Böhl, Rüdersdorfer Str. 26; Grunwald, Raunigstr. 56; Löwenhagen, Wilmsstr. 4; Sander, Eißholzstraße 10; Müller, Bredowstraße 11; Höhnisch, Bischerstr. 3; Hartig, Grenzlauner Allee 43; Schwantes, Franzfurter Allee 181; Göbber, Rixdorf, Hermannstr. 63; Bogen, Charlottenburg, Widmarstr. 34.

Wir ersuchen die Kollegen, hiervon Notiz nehmen zu wollen.

D. O.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsgesellschaft Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1997.

Sonntag, den 31. Mai, vormittags 10 Uhr bis nachm. 2 Uhr findet die

Erstwahl

eines Beamten und die Urabstimmung über die Einführung eines Extrabeitrags in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Sauers Restaurant, Schönhauser Allee 134a.
- Littins Festsäle, Remeler Str. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Grumbachs Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
- Hoppe, Rixdorf, Hermannstr. 49.
- Fritsch, Steglitz, Florastr. 2a.
- Huth, Spandau, Linden-Ufer 17.
- Warnecke, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstr. 18.
- Tempel, Kummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 40.
- Roskopf, Weisensee, König-Chaussee 38.
- Halfes, Uegel, Brunowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch

kann niemand wählen!

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

116/20

Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.

Den Kassennitgliedern geben hiermit bekannt, daß am Mittwoch, den 3. Juni, dem Tage der Urwahlen, die Kasse von 11 Uhr ab geschlossen ist.

Der Vorstand.

C. Liesegang, H. Rodenbusch, 1. Vorsitzender, Schriftführer, Ober-Schöneweide, den 25. Mai 1908.

Kreis
Erweiterung

Gustav Lindenhayn,

Gastwirtschaft, Telefon: Amt Grünau, Grünau, Friedrich-Str. 2, 5 Minuten vom Bahnhof. Großer Garten. Vereinszimmer. Fremdenlogis. 20612* Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Zum Einheitspreise von **95 Pf.**

gelangen in dieser Woche die aus der

Jacques Cohn'schen

Konkursmasse

Müllerstr. 182/183, Ecke Sellerstr.,

erworbenen und andere Waren

zum Verkauf.

- | | |
|--|--------------|
| 1 Waschbluse, Matrosenform | 95 Pf. |
| 1 Unterrock mit Volant | 95 Pf. |
| 1 Dtzd. Batist-Taschentücher mit Hohlraum | 95 Pf. |
| 1 Dtzd. rein leinene Kaffee-Servietten | 95 Pf. |
| 12 Paar Herren-Socken | 95 Pf. |
| 3 Paar Damen-Strümpfe, engl. lang | 95 Pf. |
| 2 Badehandtücher | 95 Pf. |
| 1 Badelaken | 95 Pf. |
| 5 Meter Hemdentuch | 95 Pf. |
| 1 Miederkorsett | 95 Pf. |
| Blusenstoffe, pr. Tüll, Spachtel | 95 Pf. Meter |
| Blusenstoffe, pr. Valenciennes u. Filet | 95 Pf. Meter |
| 2 Spachtelpassen | 95 Pf. |
| 4 ¹⁰ Meter Schweizer Stickerei, 5-10 cm breit | 95 Pf. |
| 3 elegante Gummigürtel | 95 Pf. |
| 4 Damenkragen | 95 Pf. |
| 1 Hausschürze aus pr. waschechten Stoffen | 95 Pf. |
| 1 Knaben-Waschbluse | 95 Pf. |

Eine Völkerwanderung

fand am Sonntag aus allen Teilen Berlins und Umgegend nach Moabit statt. Es galt dem Kaufhause Hermann Schlesinger einen Besuch zu machen. Herren-Anzüge und Paletots wurden flott gekauft, Knaben-Anzüge von den Jungens gestürmt und Hosen lagen am Abend nur noch wenige im Regal. Man sieht doch, daß Realität zum Siege führt. Aus kleinsten Anfängen ist dort, Turmat 58, ein Geschäft entstanden, das heut zu den ersten Berlins zählt.

Zum Himmelfahrtstage ist der schönste und beste Ausflug nach **Restaurant Waldburg, Conradshöhe.** Großer schattiger Garten, doppelte Kegelbahn, Tanzsaal, Ruderboot usw. Für gute Biere und Küche ist gesorgt. **H. Kielecki.** 23315 **Otto Boebert, Oekonom.**

Neue Mühle Gasthaus z. Schleuse

den geehrten Gewerkschaften, Fabriken, Herrenpartien besonders empfohlen. Um zahlreichen Besuch bitten **Wilhelm Thormann.** 2327b

Zur Himmelfahrt. **Restaurant „Zum Schwan“, Tegelort**

Großer schattiger Garten, für Vereine, Herrenpartien und Ausflüge besonders zu empfehlen. Neuenovierter Saal, herrliche Basseterasse, sowie große Ausspannung. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Kaffeeochen 80 Pfennig. 3. Lokal am Wasser. 2195b Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnet Achtungsvoll **Robert Jurack.**

Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die **feinste 2 Pf.-Zigarette.**

Garantiert Handarbeit!

Dampferstation: Michael-Brücke.

Morgen Donnerstag (am Himmelfahrtstage): Extrafahrt nach Schmiedewitz. Ab 2 1/2 Uhr. Preis einfache Fahrt 50 Pf. Dampfer und Motore sind billig zu vermieten. **G. Zachow.** Tel. Amt 4. 5621. 2335b

EXTRA-ANGEBOT ZU PFINGSTEN

Anzüge Paletots	Staubmäntel Blusen	Kostüme Jacketts
Anz. 5 Mark an	Anz. 3 Mark an	Anz. 5 Mark an

Möbel- u. Waren-Kredithaus **M. LANDAU** 193. Oranien-Strasse 193.

Heinrichsplatz

Zur Landtagswahlbewegung.

Eine dankenswerte Einrichtung

für die Wahl der Wahlmänner hat der Magistrat von Charlottenburg getroffen. Bisher ging den Wahlvorstehern zur Belehrung über die Rechte und Pflichten des Wahlvorstandes bei den Urwahlen nur eine umfangreiche Zusammenstellung aller für die Landtagswahl bisher ergangenen Gesetze, Verordnungen und Reglements zu. In dieser Zusammenstellung waren auch alle nicht mehr gültigen Vorschriften sowie diejenigen Bestimmungen mit enthalten, die nicht für die Wahl der Wahlmänner, sondern lediglich für die Wahl des Abgeordneten in Betracht kommen. Dadurch ist die für den Wahlvorsteher bestimmte Zusammenstellung so umfangreich und unübersichtlich geworden, daß sie ihren Zweck nicht mehr erfüllt. Dazu kommt, daß gerade sie über häufig wiederkehrende Zweifelsfragen überhaupt keinen Aufschluß gibt. Mit Rücksicht darauf hat der Magistrat von Charlottenburg die für den Wahlvorstand in Betracht kommenden Vorschriften in übersichtlicher Form zusammengestellt und mit Beispielen versehen. Die Anweisung geht den Wahlvorstehern und den Stellvertretern mehrere Tage vor der Wahl zu. Der Magistrat von Wilmersdorf will die Charlottenburger Anweisung seinen Wahlvorstehern ebenfalls zustellen.

Auch für Berlin wäre eine solche Zusammenstellung für die Wahlvorsteher sehr erwünscht. Gewiß versteht auch der Berliner Magistrat den Wahlvorstand mit dem nötigen Material, allein unserer Meinung nach nicht in der wünschenswerten, übersichtlichen Weise, wie das in Charlottenburg der Fall ist. Es ist nur zu hoffen, daß die Wahlvorsteher sich vor dem Wahlakt in die maßgeblichen Bestimmungen vertiefen und am Wahltag selbst mit dem Wahlmechanismus genügend vertraut sind. Bisher hat's in Berlin bei vielen Wahlvorstehern mit dieser Kenntnis der Wahltechnik sehr gehapert.

Das Zentrum übt Wahlenthaltung. Das Zentral-Wahlkomitee der Zentrumspartei ersucht und unter Bezugnahme auf die Notiz in der Nr. 119 unter Landtagswahlbewegung Steglitz, mitzuteilen, daß es vorgezogen in Wilmersdorf nachstehenden Beschlusses gefaßt hat: Das Zentral-Wahlkomitee proklamiert für die Landtagswahl in allen Wahlkreisen Berlins und der Provinz Brandenburg Stimmenthaltung, mit Ausnahme des Wahlkreises Teltow-Weesow-Storkow, woselbst die Zentrumswähler aufgefordert werden, für die Kandidaten der Nationalsozialisten einzutreten, und in Spandau, woselbst ein Zentrumskandidat in der Person des Herrn Reichstagsabgeordneten Damerow aufgestellt ist.

Teltow.

Wilmersdorf. Zwei Wählerversammlungen in einem Saale. Zu stürmischen Szenen kam es gestern Abend in einer Landtagswählerversammlung, die von der Freisinnigen Volkspartei und der nationalliberalen Partei nach den „Brachfeldern des Westens“, Epichernstraße, einberufen war. Die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer bestand aus Sozialliberalen der Gruppe Barth. Schon als die Kompromißkandidaten Liepmann (natl.) und Dr. Lubenthal ihr Programm entwickelten, kam es wiederholt zu stürmischen Protestumgebungen. Als Dr. Lubenthal dann abfällige Bemerkungen über die Qualität des Versammlungspublikums machte, wuchs der Lärm derart, daß der Vorsitzende die Versammlung auf löste. — Seitens der Sozialliberalen wurde hierauf sofort eine neue Versammlung eröffnet, in der Dr. Dreitscheid und Witt als Kandidaten proklamiert wurden.

Baumkulturbewegung. In einer von über 300 Personen besuchten Versammlung referierte Genosse Störmer. Die Versammlung bewies durch ihren Beifall, daß sie sich mit der Kritik über das Dreiflüssenhaus und seiner „Tätigkeit“ einverstanden erklärten. Die anwesenden Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort.

Mariensfelde. Unsere Genossen nahmen am Sonnabend in einer sozialliberalen Versammlung Veranlassung, für die Sozialdemokratie im bevorstehenden Wahlkampf Propaganda zu machen. Nach den Referaten der sozialliberalen Redner Oberlehrer Baumgarten und Kaufmann Jucker warf sich der hiesige Pastor Richter zunächst für die Sozialpolitik ins Zeug. Alsdann führte er Klage darüber, daß er vom Genossen Zubeil schon einmal schwarzer Agent genannt worden sei, obwohl er bisher nur für seine politische Anschauung Propaganda gemacht habe. Genosse Greulich setzte den Versammelten auseinander, daß sie, wenn sie es ernst mit der freibeitlichen Entwicklung Preußens meinen, am 3. Juni nur ihre Stimmen der Sozialdemokratie geben könnten. Nur bei ihr seien noch Ideale anzutreffen. Genosse Kreuzberg nahm sich den Herrn Pastor aufs Korn. Im Gegensatz zu dem Stifter der christlichen Religion, der bekanntlich nichts hatte, worauf er sein Haupt legen konnte, verlange der Herr Pastor eine Dienstwohnung von neun bis elf Zimmern. Wenn dem Herrn daran liege, durch seine politische Betätigung dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, so rate er ihm, sich einmal das in elendem Zustande befindliche Armenhaus anzusehen und für Beseitigung des Mißstandes Sorge zu tragen. Des Herrn Pastors Wert sei es mit, wenn Genosse Greulich als der einzige, der sich noch um die Armen gekümmert habe, als Gemeindevertreter nicht wiedergewählt wurde. Genosse Greulich forderte Herrn Richter noch auf, die am Sonntag bereits stattgehabene sozialdemokratische Wählerversammlung zu besuchen. Gelommen ist er jedoch nicht, er hatte schon an diesem Abend genug.

Unter freiem Himmel fand am Sonntag nachmittag 2 1/2 Uhr im Dorfe Alt-Schadow zum erstenmal eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Nach jahrelanger, schwerer Arbeit und Mühe war es endlich gelungen, allen Anstrengungen der Gegner zum Trotz, die gerade in dieser Gegend des Kreises noch mächtig sind, dem Genossen Fritz Zubeil die Möglichkeit zu geben, vor einem Teil seiner Wähler hier auf dem Lande zu sprechen. Der Besuch der Versammlung war über alles Erwartungen gut. Obwohl der Kriegerverein des Dorfes „zufällig“ am selben Sonntagnachmittag eine außerordentliche Versammlung abhielt, waren weit über hundert Personen anwesend. Darunter ein bedeutender Teil Frauen. Von allen Dörfern in der Umgegend waren die Teilnehmer zusammengekommen.

In einer gemeinverständlich gehaltenen Rede machte Genosse Zubeil die Anwesenden mit den Forderungen der Sozialdemokratie bekannt und zeigte vor allem, daß die Vorwürfe gegen uns, wie sie von Zeit zu Zeit in den konservativen Kreisblättern austauschen, besonders kurz vor den Wahlen, nichts weiter wie Lügen und schwere Verleumdungen sind. Als Genosse Zubeil über den preussischen Landtag redete und im Anschluß daran die Rechtslosmachung und Knechtung der Handarbeiter durch die preussischen Junker besprach, da konnte man es den Versammelten von den Gesichtern ablesen, daß ihnen aus dem Herzen geiprecht wurde. Die bei manchen anfänglich zu beobachtende Schau verschwand und wich einem starken Zutreten und einer freudigen Begeisterung die sich am Schluß in lautem Beifall auslöste. — Zur Diskussion meldete sich niemand.

Diese Versammlung war noch zweifellos einen großen Teil neuer Freunde

erworben. — Nach der Ernte findet eine zweite Versammlung statt und im Anschluß daran wird die Gründung eines Wahlvereins erfolgen.

In Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen referierte vor gut besuchter Versammlung Genosse Beglin über: „Die Landtagswahl“. Dem fesselnden Vortrage folgten die Versammelten mit sichtlichem Interesse. In der Diskussion forderte Genosse Klose noch die Anwesenden auf, im Sinne des Vortrages zu handeln und für die Wahl lebhaft zu agitieren.

Ober- und Nieder-Barnim.

Wahlendorf a. d. Ostbahn. Ueber die Landtagswahl referierte Genosse Franz Käning in einer öffentlichen Versammlung im Lokal Heidetrag. An der Hand reichhaltigen Materials beleuchtete der Referent das ständalöse Wahlsystem, das 87 Prozent der preussischen Bevölkerung zur politischen Rechtslosigkeit verurteilt. Es sei eine Tatsache, daß das arbeitende Volk Aufstands auf die dritte Duma mehr Einfluß habe wie das preussische Volk auf den Landtag. Der mit großem Beifall aufgenommene, oft von Entrüstungsrufen unterbrochene Vortrag war eine vernichtende Kritik der preussischen Zustände, wo nur der Wille der Junker dominiert. Von einer eingehenden Diskussion mußte wegen der Polizeistunde Abstand genommen werden. Es wurde hierauf mitgeteilt, daß zur Wahl Wahlendorf in zwei Bezirke geteilt ist und zwar in Nord und Süd. Die Berliner Straße bildet die Grenze, gehört aber noch zum nördlichen Bezirk. Welch hohes Maß sozialpolitischer Einsicht der hiesige Gemeindevorstand besitzt, geht daraus hervor, daß die Wahlen in Form von Terminwahlen für die 3. Klasse auf mittags 12 Uhr, für die 2. Klasse auf 8 Uhr festgesetzt sind. An der arbeitenden Bevölkerung Wahlendorfs liegt es, die Hoffnung des Herrn aufzuheben zu machen und trotz der ungünstigen Wahlzeit pünktlich zur Stelle zu sein, da, wer zu spät kommt, seines Wahlrechts verlustig geht. — Es wurde empfohlen, die kurze Zeit bis zum Wahltag auszunutzen, damit auch Wahlendorf sein Teil dazu beitrage, die unheilvolle Macht des Junkertums im Landtage zu brechen.

Wenig Ahnung von den bestehenden Vorschriften zur Landtagswahl scheint das Gemeindeamt in Friedersdorf zu haben. Kommt da ein Parteigenosse nach dem Amt und wünscht sie mehrere die Abteilungsliste einzusehen, dies wurde ihm abgeschlagen mit der Begründung, das Amt hätte die Liste versiegelt zugestellt bekommen und dürfe dieselbe niemand in die Hände geben. Er selbst könne aber für seine Person Einsicht nehmen. Doch hielt damit der Genosse nicht ab, wer außer ihm noch in der Liste steht und was die einzelnen Wähler für Steuerjahre zahlen, wird ein Vogen Papier herbeigeschafft, welcher die ganze Liste bedeckt, dann wird ein Stück herausgeschnitten, so groß wie das einzelne Feld, wo der Name steht und nun — bitte schön, überzeugen Sie sich, daß Sie in der Liste stehen! Das nennt man dann öffentliche Wahl, zu der vorher die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausliegen.

Reinickendorf. Daß es möglich ist, das reaktionärste, elendeste und widerwärtigste Wahlsystem zum preussischen Landtage noch elender zu machen, lehrt uns die hiesige Ortsbehörde. In einer der letzten Gemeindevertreterversammlungen stellten unsere Genossen den Antrag, daß die Gemeindebehörde an den Minister des Innern das Ersuchen richten solle, für Reinickendorf die Fristwahl zu bestimmen. Mit Widerwillen erklärte sich der Bürgermeister damit einverstanden, nachdem die Gemeindevertretung sich einstimmig dafür ausgesprochen hatte. Mit welchem Erfolg, darüber ist man noch im Unklaren, denn bis heute, also acht Tage vor den Urwahlen, hat es der Reinickendorfer Gemeindevorstand nicht für notwendig gehalten, zu veröffentlichen, ob Fristwahl oder Terminwahl angeordnet worden ist; ebenso wenig ist bisher bekannt gemacht worden, wann und in welchen Lokalen die Wahlen stattfinden. Aber unsere dortigen Genossen tumdren sich darüber weiter nicht, denn ihnen sind die Reinickendorfer Krähwinkelchen etwas Alltägliches.

Nötingental. Die Landtagswahlen und die bürgerlichen Parteien lautete das Thema, über das Genosse Gehrmann im Restaurant Waldhaus (Inhaber Marx) in einer Volksversammlung referierte. An der Hand reichen Materials kennzeichnete der Redner das Dreiflüssenwahlsystem und die gesamte preussische Politik. Auch geißelte derselbe scharf den Volksverrat der liberalen Parteien. Zum Schluß ermahnte er die Besucher, am Tage der Wahl nur einem sozialdemokratischen Wahlmann die Stimme zu geben. Unter brausendem Beifall schloß Redner seinen Vortrag. Eine Diskussion fand nicht statt.

Partei-Angelegenheiten.

Landwig. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet in Reitzers Lokal, Callandrellstr. 27, die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann: „Unsere Gegner im Wahlkampf“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Es wird in Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahl den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen. Desgleichen werden die Frauen um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Lichtenberg. Himmelfahrtstag Agitationstour nach Alt-Landsberg. Abfahrt früh 7 Uhr 20 Min. Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde resp. 7 Uhr 20 Min. Stralau-Nummelsburg über Kaulsdorf nach Reuenhagen. Radfahrer und Genossen fahren 8 Uhr 20 Min. Lichtenberg-Friedrichsfelde bis Hoppegarten, Anschluß Kleinbahn bis Alt-Landsberg. — Treffpunkt: Verkehrslokal A. Kalms, Berliner Straße 7. 11 Uhr Aufbruch nach dem Restaurant „Gungriger Wolf“, von dort nach Bruchmühle.

Um zahlreiche Beteiligung, insbesondere der Sänger, ersucht Der Vorstand.

Am heutigen Mittwoch Abend 8 Uhr finden in Eichwalde in Wittes Waldschlößchen, Teltow bei Weesow, Berliner Straße, öffentliche Volks- und Wählerversammlungen statt. Referenten: die Genossen Denyer und Schütte. Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Einberufer.

Wildau-Hohereiche. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden auf die heute Abend 7 Uhr im Lokale des Herrn Heiser stattfindende öffentliche Wählerversammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Die bevorstehenden Landtagswahlen und das arbeitende Volk. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. Zahlreiches Erscheinen erwartet Das Wahlkomitee.

Pantow. Morgen (Himmelfahrtstag) unternimmt der Wahlverein eine Herrenpartie über Schönwalde, Schönwalde nach Jepernick. Fahrgeld 30 Pf. Treffpunkt 1/8 Uhr vormittags Breitestraße, Ecke Berliner Straße, an der Haltestelle der Siemensbahn. Radfahrer fahren 9 1/2 Uhr ab Kirche bis Französisch Buchholz und gehen zum Gasthof Sperlingshaus in Schönwalde. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Reinickendorf-Str. Am Freitag, den 29. Mai, Abends 8 Uhr, findet bei K a m l o w („Kastanienwäldchen“), Schönlitz 14, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Nieder mit der Dreiflüssenmach! Auf zur Landtagswahl!“ Referent: Genosse A. Städtgen. — Hierzu findet am Donnerstag (Himmelfahrt) früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung aus statt. Zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet Der Vorstand.

Hermesdorf i. M. Am Himmelfahrtstage vormittags 8 Uhr findet vom „Forschhaus“ aus eine Zettelverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich hieran vollzählig zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Landtagswähler.

Wähler A.: D, bitte tausendmal um Verzeihung.

Ich habe Sie wohl auf den Fuß getreten . . .

Wähler B.: Bitte, bitte.

A.: Pfarrer Stahlbauch — ist mein Name.

B.: Peterjen.

A.: Es ist ein solches Gedränge . . .

B.: Kein Wunder, bei der dritten Abteilung!

A.: Ob man lange warten müssen?

B.: Ja weiß nicht. Ich habe schon gewählt.

A.: Aber die Wahlhandlung hat doch eben erst begonnen?

B.: Ja gehöre zur ersten Abteilung!

A.: Aha, so. Das ist allerdings etwas anderes. Etwas ganz anderes, ja. Ich habe Sie hoffentlich nicht verlegt vorhin, anders ich so ungeschickt auf Ihren Fuß trat?

B.: Bitte, bitte. Ist ja auch meine Schuld. Eigentlich habe ich hier ja nichts mehr zu tun.

A.: Vermutlich sind Sie interessiert, welchen Fortgang die Wahl nehmen wird?

B.: Ree, ich will mir nur den Kummel 'n bißchen ansehen. Es macht mir immer Spaß, wenn ich so sehe, wer alles in der dritten Klasse wählen muß.

A.: Ja, nicht wahr, es ist ein Mangel, daß man den Gebildeten nicht größere Rechte eingeräumt hat? Es ist ja leider nicht immer der Fall, daß sich Bildung mit Besitz vereint, wie bei Ihnen.

B.: Na, wissen Sie, offen gesagt: meine Bildung ist auch nicht viel wert. Ich hab' nicht mal 'ne höhere Schule besucht.

A.: Nun, so haben Sie offenbar später nachgeholt, die Lücken nach Kräften ausgefüllt . . .

B.: Dann wär' ich jetzt nicht Wähler in der ersten Abteilung. Ree, hör'n Sie, mit Bildung kann man nicht reich werden.

A.: Gewiß, was man so Bildung nennt! Da bin ich durchaus Ihrer Ansicht. Die einseitige Ausbildung der Verstandeskraft ist nicht das Rechte. Sie sind gewiß auch der Meinung, daß es viel mehr auf die Herzensbildung, auf die Charakterbildung ankommt . . .

B.: Hm.

A.: Freilich, wenn man die messen oder wägen könnte!

B.: Wie wollen Sie denn das machen?

A.: Heute, wo die Religiosität so im Abnehmen begriffen ist . . . Angesichts der Massenflucht aus der Landeskirche . . .

B.: Ich habe drei Kirchenfenster gestiftet.

A.: D, das ist ja sehr, sehr . . . wie soll ich sagen? Diese segensreichen Bestrebungen tragen ihren Lohn in sich selbst.

B.: Hat mich auch 'nen netten Baken Geld gekostet.

A.: Sehn Sie, solche Bestrebungen z. B., die mühten durch ein bevorzugtes Wahlrecht belohnt werden. Die Religiosität, die Kirchlichkeit würde dadurch sehr gehoben werden. Dagegen mühte man allen denen, die aus der Landeskirche austreten, das Wahlrecht beschneiden oder ganz nehmen.

B.: Bär' nicht übel.

A.: Denn ich meine, der Besitz als materielle Macht, und die Kirche als geistige Macht . . . die mühten doch, miteinander verbündet, wohl ankommen können gegen alle schlechten Elemente.

B.: Sehr viel Ehre, Herr Pfarrer, sehr viel Ehre.

A.: D, bitte, ganz meinerseits. Wenn die Kirche die rechte Unterstützung fände von den Besitzenden . . .

B.: Drei Kirchenfenster habe ich . . .

A.: Ja, ich weiß wohl. Wenn nur alle, die die Mittel haben, uns so trefflich unterstützen wollten! Ihre Hilfe ist uns so schätzbar wie unentbehrlich.

B.: Sehr schmeichelhaft für mich. Aber ich muß mich nun empfehlen. Habe die Ehre, Herr Pfarrer.

A.: Es war mir eine große Ehre. Auf Wiedersehen, Herr . . . wie darf ich Sie doch nennen?

B.: Peterjen. Bitte nur ganz einfach Peterjen. Adieu.

A.: Adieu, Herr Peterjen. —

Wähler C.: Guten Tag, Herr Pfarrer.

Wähler A.: Guten Tag, Herr Doktor.

Wähler C.: Aber was hatten Sie denn mit dem Manne zu reden, Herr Pfarrer?

Wähler A.: Wieso? Wie meinen Sie das, Herr Doktor? Ein angesehenener Mann offenbar; sehr reich; hat in der ersten Abteilung gewählt.

Wähler C.: Kennen Sie den Mann?

Wähler A.: Nein. Das heißt . . . Wer ist es denn?

Wähler C.: Das ist der Vorderbesitzer Peterjen.

Zum Auktions-Ladenschluß

veröffentlicht der Polizeipräsident folgende Bekanntmachung:

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 13. Januar 1908 (Hb.D. 1888. 07) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der dort erwähnte Antrag auf „Einführung des Auktions-Ladenschlusses an den Werktagen mit Ausschluß des Sonnabends für sämtliche offenen Verkaufsstellen in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Nizdorf“ ausweislich der nach Maßgabe der Bundesratsvorschriften vom 25. Januar 1902 (R.G.B. I. S. 38) inzwischen endgültig festgestellten Liste der beteiligten Geschäftsinhaber von mehr als einem Drittel der letzteren gestellt ist.

Ich fordere daher auf Grund des § 130f Abs. 2 der Gewerbeordnung hierdurch alle in der Liste eingetragenen beteiligten Geschäftsinhaber einschließlich der Antragsteller auf, ihre Äußerung für oder gegen den oben erwähnten Antrag entweder schriftlich oder zu Protokoll in der Zeit vom 17. bis einschließlich 30. Juni 1908 in den für ihr Geschäft zuständigen Polizei-Revierbüros während der Dienststunden einzulegen oder abzugeben.

Für die Entgegennahme dieser schriftlichen bzw. protokollierten Äußerungen, ferner für die Prüfung, ob diejenigen, welche eine Äußerung abgeben, zu den (in der Liste eingetragenen) beteiligten Geschäftsinhabern gehören, endlich zur Eintragung der Äußerungen in die Liste ist für jeden Revierbezirk der betreffende Reviervorsteher (bei Behinderung desselben sein Stellvertreter), für den übrigen Teil des Verfahrens der königliche Regierungsrat Dr. Schmölbers hier selbst zum Kommissar ernannt worden.

Ich bemerke hierbei ausdrücklich, daß gemäß § 5 Absatz 1 der oben erwähnten Bundesratsvorschriften bei der demnächstigen Bestimmung der Zweidrittelmehrheit, welche für die Einführung des Auktions-Ladenschlusses nach obigem Antrag erforderlich ist, nur

diesigen in der Liste eingetragenen Geschäftsinhaber gezählt werden, welche eine bestimmte Versicherung für oder gegen den Antrag innerhalb der oben festgesetzten Frist abgegeben haben. Später eingehende Versicherungen, ferner Versicherungen, die unbestimmt oder ausweichend lauten, oder von nicht in der Liste eingetragenen Geschäftsinhabern, oder von einer anderen Person als dem Geschäftsinhaber selbst, eingetragene oder abgegebene werden, bleiben unberücksichtigt. Kein Geschäftsinhaber, auch wenn er zahlreiche Filialen besitzt, hat mehr als eine Stimme; das Stimmrecht ist in dem für das Hauptgeschäft zuständigen Polizeirevier auszuüben; sollte es vorkommen, daß dies in der Liste nicht eingetragen ist, wohl aber eine Filiale, so kann das Stimmrecht in dem für die Filiale zuständigen Revier ausgeübt werden, jedoch jedenfalls nur einmal.

Jedem Geschäftsinhaber wird noch durch besondere Postkarte nähere Mitteilung zugehen, aus der sich das für ihn in Betracht kommende Polizeirevier, die Straße und Hausnummer sowie die Nummer, unter welcher sein Geschäft in der amtlichen Liste eingetragen ist, ersuchen lassen. Diese Postkarte ist der schriftlichen Abstimmungsbescheinigung beizufügen bezw. bei protokolllarischer Abstimmung mitzubringen, um die Auffindung des Abstimmenden in der Liste zu erleichtern.

Außerdem wird es für alle diejenigen Geschäftsinhaber, die als solche auf dem Revierbureau nicht genügend bekannt sind, sowie allgemein bei schriftlicher Versicherung über den Antrag der Versicherung bezw. Vorlegung einer Legitimation bedürfen (s. B. Beglaubigung der Unterschrift des Geschäftsinhabers durch den zuständigen Bezirksvorsteher; Verfügung des Steuer-Veranlagungsschreibens oder Steuerzettels usw.). Für die Rücksendung brieflich eingehender Legitimationspapiere ist zugleich ein Freilager beizufügen.

Hoffentlich ergibt die diesmalige Abstimmung die für Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erforderliche Mehrheit. Lange genug hat Berlin hinter vielen anderen deutschen Städten einhergehinkt.

Das Schiedsgericht in Sachen der Stadt Berlin und der Großen Berliner hat sich vertragen, um in etwa 14 Tagen seinen Spruch zu fällen.

Die Abteilung für Erholungsstätten vom roten Kreuz hielt im Kultusministerium ihre Frühjahrsversammlung ab. Für den Sommer stehen erhebliche Änderungen in Aussicht. In Eickamp ist eine neue Erholungsstätte für Kinder im Bau begriffen, die im Laufe des Sommers bezogen werden kann. Bei Johannisthal wird eine neue Erholungsstätte, die auch für den Winterbetrieb geeignet ist, gebaut. Alle Erholungsstätten sind jetzt wieder in Betrieb. Die Anmeldung von Krankenpatienten geschieht durch die Krankenlisten auf Veranlassung der Hausärzte, alle übrigen Anmeldungen, auch von Kindern, im Bureau Friedrichstr. 207, vormittags von 10—11 Uhr.

Eine Armenleiche. Auf dem Friedhof der Stadtgemeinde Berlin, der draußen bei Friedrichsfelde liegt, haben sie wieder mal eine Armenleiche eingescharrt, ohne daß den nächsten Angehörigen des Verstorbenen die Möglichkeit gegeben worden war, an dem Begräbnis teilzunehmen.

Ein Pantoffelmacher A., der seinem Jungenleiden im Virchow-Krankenhaus erliegen mußte, wurde auf Kosten der Stadt beerdigt. Die Hinterbliebenen hatten es sich zwar nicht nehmen lassen, einige bessere Kleidungsstücke zu liefern, die dem Verstorbenen mit in den Sarg gegeben wurden, sie waren aber zu arm, auch noch die Beerdigungskosten selber aufzubringen. Aus dem Krankenhaus wurde nun die Leiche zunächst, wie das bei Armenbegräbnissen üblich ist, an die Leichensammelstelle in der Diercksmeyerstraße überwiesen, von wo aus sie nach dem Gemeindefriedhof hinausgeschafft wurde. Der Verstorbene Frau sowie seine Mutter begaben sich zu dem Verwalter der Leichensammelstelle, um mit ihm zu besprechen, wann die Beerdigung stattfinden werde. Die Verwaltung wird im Nebenamt mitbesorgt von einem Herrn Wellmann, der im Hauptamt Inspektor des benachbarten Friedhofs der Parochialgemeinde ist. Dieser Herr Wellmann redete auf die beiden Frauen ein, sie könnten auch einen Pastor mitnehmen, der werde in solchen Fällen gleichfalls umsonst geliefert. Nachdem sie diese Zugabe akzeptiert hatten, versprach der Herr Verwalter er werde ihnen noch schriftliche Mitteilung über den Zeitpunkt der Beerdigung zukommen lassen. Offenbar mußte er erst mit dem Herrn Pastor verhandeln, wann der seine Grabspredigt halten wollte.

Die Frauen gingen nach Hause und warteten auf Bescheid. Sie warteten einen Tag, sie warteten zwei Tage, aber keine Nachricht kam. Die übliche Frist, die zwischen Sterbetag und Beerdigung eingehalten wird, war bereits verstrichen, darum entschlossen sie sich, noch einmal bei der Leichensammelstelle anzufahren. Der Verwalter schlug verwundert sein Buch auf, machte dann ein verlegenes Gesicht, kramte in allerlei Papieren und förderte schließlich eine beiseite gemorsene Postkarte zutage, deren Abfindung er vergessen hatte. Er telephonierte nun hinaus nach Friedrichsfelde, verhandelte mit dem Inspektor des Gemeindefriedhofs und legte dann den Frauen, die Beerdigung werde am anderen Tage vormittags um 10 Uhr stattfinden. Sie gingen beruhigt nach Hause, setzten einige Verwandten in Kenntnis und besorgten Kränze. Da erkrankte plötzlich in ihrer vierstöckigen Kellerwohnung der Herr Verwalter der Sammelstelle, Herr Wellmann in eigener Person! Was wollte er? Er brachte die Nachricht, die Leiche sei bereits bestattet worden, in Friedrichsfelde habe man sie schon am Vormittage dieses Tages der Erde übergeben.

Daß der Verstorbene so in aller Stille eingescharrt worden war, das beherrschte die Hinterbliebenen überaus schmerzhaft. Der Verwalter hatte für sie nur einige Verlegenheitsphrasen. Frau und Mutter begaben sich noch an demselben Nachmittag hinaus nach Friedrichsfelde und erhielten nunmehr von dem Inspektor des Gemeindefriedhofs die erbetene Aufklärung. Der Verwalter der Sammelstelle hatte es unterlassen, hinauszumelden, daß Leichengeld kommen würde. Daher war mit der Beerdigung nicht länger gewartet worden, zumal da die vorgeschriebene Frist bereits überschritten war. Die Leiche war schon der Erde übergeben gewesen, als der Verwalter telephonisch anfragte. Sichere Auskunft hierüber konnte ihm erst hinterher gegeben werden. Der Herr Verwalter war dann klug genug, die Angehörigen lieber noch an demselben Tage nachträglich in Kenntnis zu setzen und es nicht darauf ankommen zu lassen, daß sie erst am anderen Tage auf dem Friedhof erfragen, was geschehen war.

Nachlässigkeiten, wie die, die hier dem Verwalter Wellmann zur Last fällt, können durch nichts entschuldigt werden. Die Karte wird es ihm ja danken, daß er die Hinterbliebenen von Armen so eifrig zur Hinzuziehung eines Pastors zu animieren sucht. Aber das städtische Bestattungsdirektorium, das durch diesen Angefallenen einer Kirchgemeinde die Leichensammelstelle mitverwalten läßt, darf fordern, daß er zu allererst an die Pflichten denkt, für die er von der Stadtgemeinde bezahlt wird. Das sollte dem Herrn einmal zu Gemüte geführt werden.

Sein Beginn des kälteren Reiseverkehrs sieht sich Minister Breitenbach veranlaßt, die sorgfältigste Beachtung der für den guten Unterhaltungszustand der Personenzüge, ihre Reinigung, Kühlung, Verköstigung mit frischem Wasser usw. geltenden Bestimmungen den Eisenbahndirektionen in Erinnerung zu bringen. Ferner sollen die Schaffner und Wagenwäscher darauf achten, daß die Türen dicht schließen und nicht klappen, daß die Türanschlässe sicher und gut gangbar sind, die Fensterweiden in ihren Rahmen nicht klappern, daß die beweglichen Fenster sich leicht öffnen und schließen lassen und die Fenstervorhänge in Ordnung sind. Endlich müßten auch die Platten in den Beleuchtungskörpern ständig übermachtet und die Wassertäume usw. sauber gehalten werden. Etwaige Mängel, die von den Reisenden bemerkt und den Zugbeamten angezeigt werden sollen, soweit es nur irgend angeht, schon auf der Fahrt und nicht erst auf der Ankunftsstation beichtigt werden.

Anlässlich des bevorstehenden Pfingstfestes hat die Bahnverwaltung zahlreiche Sonderzüge nach den verschiedenen Richtungen eingelegt. Auskunft wird an den Bahnhöfen erteilt.

Zur Warnung für Arbeitslose.

Die Arbeitslosigkeit nähert sich immer noch ihren Mann, den nämlich, der Arbeitslosen Arbeit und Brot zu beschaffen verspricht und dabei sich selber einen nicht zu knappen Verdienst zu sichern weiß. Die Methoden, nach denen solche Leute ihr Geschäft betreiben, sind sehr verschieden. Zu Ruh und Frommen der Arbeitsuchenden wollen wir hier die Methode eines Mannes schildern, der sich Gustav Kessau nennt und als den Stütz seines Unternehmens Magdeburg angibt.

Ein Arbeitsloser las in der „Berliner Morgenpost“ und im „Deutschen Blatt“ Annoncen, durch die ein „Deutscher Stellen-Nachweis“ Arbeiter dieser Branchen suchte. Er schrieb hin und kriegte prompt aus Charlottenburg die Antwort, durch den „Deutschen Stellen-Nachweis“ könne er Stellung erhalten, wahrlich ein Verlangen, das der erste Nachweis ihn befriedigen. Beigefügt war ein gedruckter Prospekt, aus dem der Empfänger erahnte, daß der „Deutsche Stellen-Nachweis“ weiter nichts als eine Balanzliste ist. Der „Verlag“ nennt in dem Prospekt diese Liste ein „Spezialorgan für industrielles, landwirtschaftliches, technisches und kaufmännisches usw. Personal“ und versichert, sie bestehe aus „Stellenangeboten aller Branchen“, die „durch schriftliche Anfragen bei den Arbeitgeberern ermittelt“ worden seien. „Jeder Stellensuchende kann“, so führt der Prospekt aus, „sich selbst seine Stellung auswählen, wie ihm beliebt, und findet bedeutend schneller und günstiger Stellung durch den Deutschen Stellen-Nachweis als wie durch die sogenannte Stellenvermittlung.“ Wer eine solche Liste haben will, muß 5 Mark zahlen; unter Nachnahme dieses Betrages wird dem Stellensuchenden das „Spezialorgan“ zugesandt. Der „Verlag“ verspricht ihm, daß er schon in der ersten Liste die gewünschte Stellung finden werde. Anderenfalls werde er für die einmal gezahlten 5 Mark auch die folgenden Listen so lange zugesandt erhalten — wenn nötig, drei Monate hindurch — bis er Stellung gefunden habe.

Das mag manchem sehr verlockend erscheinen, doch unser Arbeitsloser hielt die ganze Sache für Schwindel. Er verzichtete darauf, den „Verlag“ um Ueberlieferung des „Deutschen Stellen-Nachweises“ zu ersuchen, aber der „Verlag“ ließ sich nicht erst lange nötigen. Schon am nächsten Tage kriegte der Arbeitslose ohne weiteres die Liste zugesandt. Anfangs wollte er die Sendung zurückweisen, denn sie kostete 5,30 Mark (einschließlich Nachnahmegebühr). Aber der Wunsch und die Hoffnung, eine Stellung zu erhalten, gab den Ausschlag — und er zahlte. Für seine 5,30 Mark war er nun glücklicher Besitzer eines Exemplars vom „Deutschen Stellen-Nachweis, Zeitschrift für offene Stellen“. Erwartungsvoll entfaltete er das Blatt; es war ein mit der Schreibmaschine liebreich beschrifteter Bogen Papier, „hergestellt vom Verlage des Verfassers, Gustav Kessau, Magdeburg“. Aufgezählt wurden da eine Reihe Stellen aus den verschiedensten Branchen, Stellungen für Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, Lehrlinge, Verkäuferinnen, Köchinnen, Zimmermädchen, Köchler, Diener usw. Die Arbeitgeber, die diese Stellen besetzen wollten, wohnten über ganz Deutschland gestreut. Dabei waren die Ortsangaben zum Teil so unvollständig oder von so zweifelhafter Schreibung, daß es dem Stellensuchenden mitunter recht schwer werden dürfte, erst mal herauszukriegen, wohnen er sich zu wenden hat. Hier ist — in buchstabengetreuer Wiedergabe — eine Aufzählung der Orte, aus denen Herr Gustav Kessau Stellenangebote „durch schriftliche Anfragen bei den Arbeitgebern ermittelt“ hat: Gleiwitz, Salzwedel, Schönsee Bpr., Langensalza, Wandelow b. Lübben, Lübz i. Mecklg., Aibühl, Ronitz b. Wollsdorf, Wilschelsbrunn i. P., Nilschne, Tübingen, Münden, Quassel b. Lübben, Karstadt, Czerst, Soldau, Bromberg, Bohne a. Rh., Crone a. Rauh, Spel bei Arnsberg, Versteinsden b. Bayum (Samland), Seckelheim, Stettin, Halle/Saale, Stubau, Goldberg/Rhein, Alt-Steinhort (dahinter der Jagd Grelend), Wilmersdorf Uckermark, Billa/Dubelno, Hamburg, Gemlich Westpr., Kroschen St. Suhr, Palow Redding, Elbing Westpr., Teremessen, Strasburg Westpr., Danzig.

Unser Gewährsmann meint, daß diese Balanzliste für ihn gänzlich wertlos sei. Er ist überzeugt, daß er sich nur noch weitere unnütze Geldausgaben machen würde, wenn er um eine dieser Stellen sich bewerben wollte. Und er bittet uns, seine Erfahrungen zu veröffentlichen, damit andere Arbeitslose vor gleichen Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Stellungs- und Kautionschwindler. Zahllose Opfer sind einem gefährlichen Betrüger, dessen Treiben durch die Rigorose Kriminalpolizei jetzt ein Ende bereitet worden ist, in die Hände gefallen. Der „Stellenvermittler“ Rudolf Piesch, der in der Erlanger Straße 14 ein „Stellenvermittlungsbureau“ hatte, ist gestern wegen einer außerordentlich großen Anzahl von Betrügern in Untersuchungshaft genommen worden. 8 künftige Stellen aller Art an und lamen Reflektanten, so mußten sie 5—10 M. Gebühren zahlen. Anstatt ihnen nun die versprochenen Stellen zu verschaffen, schickte der Betrüger seine Opfer nach Berliner Kautionschwindlern. Diese brachten die jungen Leute dann um ganz erhebliche Summen. Die Betroffenen mußten hohe Kautionen herbeischaffen, von denen sie niemals etwas wiedersahen. Natürlich erhielten sie auch keine Stellen. Einer dieser Kautionschwindler, ein gewisser Käsel, ist der Polizei gleichfalls in die Hände gefallen. Nach den anderen wird noch geforscht.

Von einem Schlächterwagen überfahren und getötet wurde gestern morgen gegen 4 Uhr an der Ecke der Bornsdorfer und Tilsiter Straße ein unbelasteter, etwa 40jähriger Mann. Derselbe wollte den Hofdamen an der genannten Kreuzung überschreiten, als ein Schlächterwagen in ziemlich scharfer Fahrt um die Ecke bog. Der Mann verlor die Besinnung und wurde von dem Wagen überfahren, wurde niedergedrückt und kam so unglücklich zu liegen, daß ihm die Rippen des Wagens über den Unterleib hinweggingen. In bestimmungslosem Zustand wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Warschauer Straße gebracht und von dort aus nach dem Krankenhaus überführt, wo er bald nach seiner Einlieferung an den Folgen innerer schwerer Verletzungen verstarb.

Im sein Leben gekommen ist der beim 11. Artillerieregiment in Thorn stehende Soldat Ernst Habermann. Er verunglückte am 8. Mai durch ein explodierendes Geschöß derartig, daß er seinen Geist aufgeben mußte; am 10. Mai wurde Habermann beerdigt. Bis zu seinem Weggangem zum Militär im September 1906 war Habermann im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis organisiert und hat sich auch ordnungsgemäß abgemeldet.

Ein Glanzbild. Zu der unter vorstehender Ueberschrift dieser Tage veröffentlichten Notiz; nach der einer 78 Jahre alten Frau der Eintritt in ihre Kottbuser Straße 9 gemietete Wohnung verweigert wurde, wodurch die Greisin für die Nacht ohne Unterkommen war und auf der Treppe des Hauses nächtigen mußte, geht uns von Angehörigen der Hauseigentümerin Witwe Heder ein Schreiben zu, in dem der Vorgang in anderem Lichte dargestellt wird. Es wird bestritten, daß die Frau aus dem Krankenhause gekommen sei und daß die Sachen auf dem Hofe gestanden hätten. Mit Ausnahme eines alten Soses seien dieselben im Keller untergebracht worden. Auch sei der Alten das Einziehen nicht verweigert worden; nur habe man ihr am 7. Mai vertzögert, alle Sachen mit in die Wohnung zu nehmen, und zwar in ihrem eigenen Interesse und in Interesse nebenan wohnender Mieter. Darauf sei die Frau fortgegangen und am 20. d. M., abends 9 1/2 Uhr, wiedergekommen, um einzuziehen. Darauf sei man nicht eingerichtet gewesen. Endlich wird in der Aufschrift bestritten, daß Frau Heder den Ausdruck „Dreiliese“ gebraucht habe. Dieser Ausdruck sei von anderer Seite gefallen.

Zu dieser Aufschrift möchten wir bemerken, daß Frau Heder sich anderweitig erst hat, ob sie denn verpflichtet sei, die alte Frau einzuziehen zu lassen, obwohl sie auf die Wohnung Geld gezahlt, also die Wohnung gemietet hatte. Daraus erhebt sich die Absicht der Frau H., sich die Alte in irgendeiner Weise abzuwickeln. Gewiß kann Frau H. ihre Wohnung vermieten, wenn sie will, niemand

wird sie zwingen wollen, Wohnungen an ihre nicht konvenierende Mieter zu vermieten; aber nachdem sie vermietet hatte, durfte sie dem Einzug der alten Frau keine Hindernisse in den Weg legen. Und das ist geschehen, als die Greisin am 20. Mai abends in ihre Wohnung wollte. Der Einwand, daß man um diese Zeit nicht auf den Einzug eingerichtet gewesen sei, ist durchaus unzulässig. Was gibt es denn da groß einzurichten? Hätte man die alte Frau in ihre gemietete Wohnung eingelassen, war die Sache gut. Unser Gewährsmann hält aufrecht, daß tatsächlich Fr. H. den Ausdruck „Dreiliese“ gebraucht hat. Im übrigen wollen wir auf Wunsch feststellen, daß es irrtümlich war, wenn wir Fr. H. eine reiche Frau nannten. Auch stellen wir gern fest, daß Fr. H. nach dem Vorfall die alte Frau mit Essen und Geld unterstützte.

Die beste Zeit für Einbrecher und Spitzbuben ist der Sonnabend und Sonntag. Die meisten Einbrüche in Geschäftshäuser werden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ausgeführt, während zu Einbrüchen in Privatwohnungen vielfach der Sonntag ausgewählt wird. Da wird vorher erst genau das Feld sondiert, ob die Bewohner ihre Wohnungen verlassen haben, und ist die Lust rein, geht's an die Arbeit. So mancher, der den Sonntag benutzte, um einmal auszugehen, muß nach der Rückkehr die Wadmnehmung machen, daß in seiner Abwesenheit „Besuch“ da war und mitgenommen hat, was mitnehmenswert erachtet wurde. Die Herren Spitzbuben sind da gar nicht wählerisch. Auch da, wo voranschicklich nicht viel zu holen ist, scheuen sie oft die Arbeit nicht. Am Sonntag ging ein Legeleer Straße 24 wohnender Arbeiter mit seiner Familie aus. Als er zurückkam, mußte er wahrnehmen, daß die Spitzbuben selbst in seine Hof 4 Treppen belegene Wohnung eingebrochen und alle Türen erbrochen hatten, die Beschäftigte durchsucht und alles durcheinander gewühlt hatten. Mitgenommen hatte die Bande eine goldene Domestrie, die der Mieter Zug zur Aufbenahrung angenommen hatte und wofür er fasten muß. Verwunden ist auch ein Teuring A. P. 13. 9. 00 gezeichnet, 13 M. Bargeld und Wäsche gleichfalls A. P. gezeichnet. Solche für Spitzbuben an sich kleine Beute bedeuten für den von dem Einbruch Betroffenen immer einen großen Verlust.

Die findige Polizei.

Wenn Privatleute sich an die Polizei wenden um Hilfe zur Wiedererlangung von gestohlenen Gegenständen, müssen dieselben oft die Erfahrung machen, daß die Polizei durchaus nicht so findig ist, wie man das meinen könnte. Ein Wäschereibesitzer hat das dieser Tage erfahren müssen. Ihm wurde am 10. Mai in der Andreasstraße ein Geschäftsdreirad mit Wäsche — die ihm nicht gehörte — gestohlen. Noch an demselben Tage meldete er den Diebstahl auf dem 23. Polizeirevier. Die Meldung wurde sofort aufgenommen und zwar der Vorsicht wegen einmal als Kolliediebstahl und zweitens als Radiebstahl. In der Annahme, daß dem Spitzbuben das Dreirad nicht viel nützen könne und er dasselbe nach Entwendung der Wäsche bald irgendwo stehen lassen werde, sandte das Revier auch gleich Rundbesuche aus, aber ohne jeden Erfolg. Gestern, am 26. Mai, teilten Privatleute dem Wäschereibesitzer mit, daß auf dem Hofe der „Konordia“ in der Andreasstraße ein Geschäftsdreirad stehe, das ihm anscheinend gehöre. Und richtig, bei Inaugenscheinnahme stellte es sich heraus, daß es das so lange vermisste Rad des W. ist. Dabei ergibt sich, daß dieser Radfund dem zuständigen 24. Polizeirevier bereits am 16. Mai gemeldet worden ist unter Angabe der Nummernbezeichnung, die bereits am 10. Mai dem 23. Revier gemacht worden war. W. konnte schließlich sein Rad in Empfang nehmen, mußte aber wahrnehmen, daß dasselbe durch das lange unachtsamste Umherstehen und Umherliegen auf dem verkehrsreichen Hofe sehr gelitten hatte. In diesem Falle hätte die Polizei, wenn sie eingermähen auf dem Hofen war, eine sehr nützliche Tätigkeit entfalten können. Schneidigkeit gab's allerdings nicht zu entwickeln, wie etwa gegen Straßendemonstranten.

Die Werderstraße von der Ober-Bauststraße bis zur Kurstraße wird behufs Entfernung einer Abfuhrleitung vom 27. d. M. ab bis auf weiteres in vollem Umfange für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Der nördliche Fahrdamm des genannten Straßenteiles ist Straßennararbeiten halber bereits gesperrt.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern vormittag nach 6 Uhr in der Höchststr. 21, vermutlich durch Brandstiftung, in einem Seitenflügel zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand der Dachstuhl schon an mehreren Stellen in Flammen, die Treppen waren bereits verqualmt und ein ausgebreiteter Brandherd erschwerte die Feststellung.

Ferner hatte die Feuerweh in der Gräfelstr. 72 zu tun, wo in einem Keller Preshöfen brannten. Um eine nochmalige Gefahr zu verhüten, mußten die Kacheln umgepackt werden. Durch Ueberlöchen von Teer kam in der Raupachstr. 16 und durch Ueberlöchen von Bohnermasse in den Zellen 18 Feuer aus. Immobilien brannten Landsberger Allee 128, Papier, Göliger Straße 65, Teppiche in der Pückerstr. 26, ein Schornstein u. a. in der Müllerstr. 168. Außerdem hatte die Feuerweh noch an mehreren anderen Stellen zu tun, wodurch die Zahl der Alarme in diesem Monat sich auf 370 erhöht.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst in nichtöffentlicher Sitzung mit einem Vertrage, der zwischen dem Elektrizitätswerk „Südwest“ und der Stadtgemeinde Schöneberg abgeschlossen werden soll. Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung sich bereits des öfteren mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Der vor einiger Zeit unterbreitete Vertrag, wonach die Stadtgemeinde Schöneberg die Hälfte der Aktien des Elektrizitätswerks „Südwest“ erwerben sollte, ist damals abgelehnt worden. Der jetzige Vertrag ist nach zweiseitiger Beratung einem Ausschuß überwiesen. Am kommenden Freitag soll in einer außerordentlichen Sitzung endgültig entschieden werden.

In öffentlicher Sitzung wurde sodann einem Vertrage mit der Stadtgemeinde Berlin wegen Verlegung des Berliner Druckrohrs auf Schöneberger Gebiet zugestimmt.

Der Antrag, im Hause Eisenacher Straße 63 weitere Büroräume zur Unterbringung der Kanalverwaltung zu mieten, wurde ohne Debatte angenommen.

Spandau.

Zu der letzten gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Richter Bericht von der Kreisversammlung. Redner sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Antrag des Kreisvorstandes auf Einführung von Wochenbeiträgen (pro Woche 10 Pf.), welchen Antrag auch der Wahlverein Spandau angenommen hatte, auf der Kreisversammlung mit 16 gegen 15 Stimmen abgelehnt wurde. Infolgedessen sei auch die Anstellung eines Parteibeamten für den Kreis vorläufig ins Wasser gefallen. Debatteles stimmte die Versammlung den Ausführungen des Redners zu. Hieran wurden die Wahlmänner zu den Landtagswahlen für alle 47 Stadtbezirke proklamiert. Ebenso wurden für den Landbezirk, zu welchem Birkelshof, Birkelshof, Spandau Land, Spandau Pitabell sowie Sternfeld gehören, ein Wahlmann für die dritte und zwei für die zweite Abteilung aufgestellt. Genosse Hint erstattete hierauf Bericht von der Kreisversammlung und gab die Abrechnung. Dieselbe ergab einen Ueberschuß von rund 400 M. Von verschiedenen Rednern wurde der Wunsch geäußert, daß man bei der nächsten Kreisversammlung nicht so sehr den geschäftlichen Standpunkt hervorheben solle. Unter Verschiedenes gab der Vorsitzende noch bekannt, daß am 31. d. M. eine Flugblattverteilung stattfindet. Nach einem kräftigen Schlusswort, in welchem der Vorsitzende auf die Bestimmungen im neuen Reichsgesetz hinwies, wonach nunmehr auch den Frauen das Recht geworden sei, sich politisch zu organisieren, forderte er dieselben auf, dieses Recht nicht ungenutzt zu lassen und Mitglied des Wahlvereins zu werden.

Brückkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet...

G. P., GutsMuths, Weihenstephan 109...

Wichtigste Sie die Beteiligung durch einen Kammerjäger...

Testament können Sie eigenhändig machen...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion...

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49.

Über den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN. Täglich: Gr. Militär-Konzert.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die blaue Maus.

Hebbel-Theater. Abends 8 Uhr: Cyprienne.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Im Hause der Sünde.

DERNHARD ROSE THEATER. Abends 8 Uhr: Der Cowboy.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man seh'n.

Apollon Theater. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Abends 8 Uhr: Im weißen Rössl.

Neues Operellen-Theater. Abends 8 Uhr: Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater. Abends 8 Uhr: Der Floh im Ohr.

W. Noacks Theater. Abends 8 Uhr: Die Hochzeitreise.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Abends 8 Uhr: Hans Hucklebein.

Schiller-Theater Charlottenburg. Abends 8 Uhr: Ohne Geläut.

Schwarzer Adler. Jeden Mittwoch und Sonntag: Soiree der Apollo-Sänger.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Das größte Phänomen aller Zeiten!

Walhalla-Variete-Theater. Abends 8 Uhr: Die großartigen Mai-Spezialitäten.

Waldhalla-Variete-Theater. Abends 8 Uhr: Die großartigen Mai-Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Abends 8 Uhr: Stettiner Sänger.

Sanssouci. Abends 8 Uhr: Der Garten ist geöffnet.

Hoffmanns Norddeutsch. Abends 8 Uhr: Norddeutsch. Sänger und Tanzkränzchen.

10 Mark Anzahlung. Abends 8 Uhr: 10 Mark Anzahlung.

Dr. Simmel. Abends 8 Uhr: Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Anton Boekers Festsäle. Abends 8 Uhr: Weberstraße 17.

Reinhold Zoller. Abends 8 Uhr: Grüner Weg No. 91.

40 Betten. Abends 8 Uhr: Hochfein rot, blau, dunkelblau, große Ober- und Unterbetten.

Billigste Einkaufsquelle für photographische Apparate. Abends 8 Uhr: Platten, Papier und Zubehör.

Reinhold Zoller. Abends 8 Uhr: Grüner Weg No. 91.

40 Betten. Abends 8 Uhr: Hochfein rot, blau, dunkelblau, große Ober- und Unterbetten.

Anton Boekers Festsäle. Abends 8 Uhr: Weberstraße 17.

Reinhold Zoller. Abends 8 Uhr: Grüner Weg No. 91.

40 Betten. Abends 8 Uhr: Hochfein rot, blau, dunkelblau, große Ober- und Unterbetten.

Anton Boekers Festsäle. Abends 8 Uhr: Weberstraße 17.

Reinhold Zoller. Abends 8 Uhr: Grüner Weg No. 91.

40 Betten. Abends 8 Uhr: Hochfein rot, blau, dunkelblau, große Ober- und Unterbetten.

Anton Boekers Festsäle. Abends 8 Uhr: Weberstraße 17.

Berl. Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen.

Am 25. Mai verstarb nach schwerem Leiden unser treues Mitglied Frau...

Margarete Winkelmann im Alter von 44 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag 1 1/2 Uhr auf dem Heilig-Kreuz-Friedhof.

Der Vorstand.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten...

Frau Radzinski.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige. Am 25. Mai verstarb unser Mitglied, der Schneider...

Hermann Jehnke im Alter von 89 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag den 28. Mai, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maurer...

Fritz Erpel im Alter von 73 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige. Am Montag plötzlich an Schlaganfall verstorben ist...

Karl Spillner im Alter von 67 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler...

Karl Spillner im Alter von 67 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Der Vorstand.

Nachruf. Am 20. Mai starb der Kollege, Tischler...

Louis Pfeffer im Alter von 84 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Freund und Kollege, der Werkzeugmacher...

Romann Markowsky im Alter von 64 Jahren.

Beerdigung: Donnerstag den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Servus
Bestes Leder & Schuh-Putzmittel
Überall zu haben in Dosen zu 10 und 20 Pfg.

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen.

JOSETTI VERA
CIGARETTEN
Ihr Gewicht wert in Gold,
trotzdem
10 St. nur 30 Pfg.

Jhr Hut
muss gereinigt werden
mit Hutwäsche 31459*
Feuerrad
I Pack 25 Pf. 3 Pack 65 Pf.

ZurRenovierung bereits gefärbter
Hüte in gleicher Farbe od. dunkler
1 Pack 35 Pf., 3 Pack 1 M.
Fritz Kratz, Berlin N. 39
Reinickendorferstr. 119.
In allen Drogerien, Apothek. usw.

Wir verkaufen
jezt noch billigst
 R 4 Mark am
in Petershagen, Othbahn,
 R 8 Mark am
Seefeld, am Bahnhof,
 R 10 Mark am
Kaulsdorf, am Bahnhof,
 R 10 Mark
Bahnhof Zadowa, Biesdorf,
Kaulsdorf-Züd.,
 R 30 Mark am
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Vertauschstell. a. d. Bahnhöfen.
Nieschale & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

18. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
90 144 327 440 544 677 735 890 98 1096 1170 274 626
2058 146 381 480 640 97 321 3089 921 4229 45 344 58
480 640 980 5441 378 707 839 65 90 6000 88 [5000] 145
63 65 [1000] 209 463 [3000] 834 31 903 [500] 7193 374
841 432 51 727 824 50 8029 33 119 74 308 563 74 [3000]
967 9019 [500] 125 83 99 317 600 859
10070 245 551 714 92 807 42 11055 565 720 44 840
78 1213 514 21 30 85 83 659 849 13255 342 93 662
905 94 [500] 14211 200 519 733 15075 388 331 366 438
75 550 912 17 54 92 16210 60 560 [500] 501 767 888 904
17101 31 50 64 825 697 27 97 701 868 908 18377 507 71
613 55 708 44 871 19223 341 [3000] 99 472 90 502 59
20106 564 [500] 569 85 789 814 68 926 21391 301 844
22311 230 544 705 15 [500] 72 96 809 [500] 63 960 23309
495 627 769 [3000] 967 24278 882 889 25000 209 414
66 523 [3000] 722 822 85 901 58 26096 812 13 574 618 879
911 [1000] 27237 91 443 753 926 28156 [1000] 311 31 76
509 622 97 718 47 48 890 29089 311 49 526 821 996
30050 56 331 72 78 425 885 31067 131 201 19 242
[1000] 541 68 450 839 923 [1000] 32252 64 411 588
780 948 58 87 33218 88 594 [500] 81 547 996 34141 89
227 880 [500] 941 89 35199 266 399 603 790 94 36000
99 157 53 346 680 37030 213 28 [3000] 41 54 483 739
[500] 862 32862 302 408 525 39005 40 51 105 400 35
855 [500] 929 [500]
40065 129 208 19 [5000] 557 564 [3000] 690 845 41264
65 [1000] 400 430 520 855 956 84 [500] 91 42108 67
95 745 43017 825 57 416 515 [1000] 39 812 74 44190
282 480 510 90 632 41 713 921 82 45000 [1000] 214 488
704 933 46133 95 568 83 667 804 905 91 47047 149 [5000]
71 242 51 69 37 363 511 653 48089 117 574 787 924
49288 84 246 62 621 703 34 [500] 58
50065 145 250 397 457 529 839 51113 213 543 417
843 87 52004 109 445 700 45 [1000] 846 53899 73 122
800 78 754 54044 85 119 423 670 741 845 55174 308
964 56187 458 645 824 71 57006 [500] 49 292 317 485 721
58048 174 [3000] 91 [500] 254 [1000] 82 897 998 59200
[500] 325 87 585 891 91 732 898 903 80 81
62102 428 524 627 56 81 816 36 76 95 [1000] 964 63021
351 280 59 93 85 209 11 66 64 614 72 64060 124 64 208
[500] 338 238 825 732 67064 64 180 632 717 79 308
68296 61 428 30 [500] 96 700 807 38 912 76 69065 80
882 444 77 514 81 638 [1000] 788 850 58
70080 128 439 617 51 750 71886 551 70 848 83 927
72810 207 406 562 10 28 [500] 56 [1000] 629 810 [500]
35 [500] 74 525 73063 111 73 532 54 [1000] 82 90 429 964
74185 54 66 380 402 75882 638 521 76101 7 70 371 832
817 [500] 90 927 77204 300 257 78150 217 81 308 428
50 563 714 92 813 34 [3000] 43 79091 177 308 65 87
620 48
80206 814 18 [1000] 468 604 92 758 970 81818 55 445
581 999 82011 448 [3000] 542 56 600 4 [1000] 72 77 78
621 [3000] 88 990 83982 286 369 606 988 51 84082 97
186 67 68 82 374 578 530 85384 243 529 861 [500] 850
86339 [500] 424 570 808 87084 96 [500] 826 [500] 80
428 566 88 14 868 799 88020 76 [500] 421 502 610 81
[1000] 707 14 859 443 118 371 81 824 70
97 284 927 329 45 60 97 92 92089 86 117 84 201 84 479
825 654 66 790 93001 137 399 481 99 519 53 844 94055
379 530 587 696 99 996 95060 88 117 50 303 32 [1000]
476 96142 [3000] 328 61 923 24 35 643 728 645 97244
89 328 61 787 948 98208 19 353 [3000] 34 430 51 860 920
[500] 99807 542 608 990 81
100065 [500] 578 484 629 90 826 101152 73 206
[500] 719 66 [5000] 102152 66 [500] 220 31 397 [3000]
521 894 25 103977 115 [500] 300 755 847 96 99 82
104140 269 465 75 [500] 98 534 847 73 68 842 920
[1000] 105142 76 557 654 791 849 989 106130 98 95 254
85 485 504 67 [1000] 779 107013 822 894 45 [1000]
108149 234 376 68 431 900 55 72 109508 29 243 57 409
605 7 95
110042 357 [500] 461 638 111048 175 698 723 863
947 112025 281 83 315 508 679 113154 33 [1000] 294
437 569 680 715 92 114135 583 647 898 945 [1000]
115032 32 109 260 505 4 71 429 [1000] 503 74 620 94 765
81 116098 428 32 [1000] 572 99 908 117085 321 463 90
543 48 73 719 803 118066 433 [500] 63 525 63 802 47
887 [500] 71 966 96 118064 170 73 [1000] 218 96 318 [500]
435 672 678
120118 52 202 428 [1000] 75 870 121258 94 376 440
809 931 122125 90 275 306 508 [1000] 735 64 812 371
123173 217 307 47 50 407 29 860 975 124106 73 86
878 685 737 954 125077 647 63 714 45 942 [3000] 126146
[1000] 324 410 16 806 64 960 127012 208 453 95 863 786
864 914 128378 637 42 791 129078 278 392 409
[3000] 658
130165 581 589 [3000] 768 70 819 80 131026 83
[500] 84 120 [500] 291 523 45 132487 [500] 622 58 839
924 133122 46 300 583 84 771 848 94 134174 300 587
65 664 72 855 81 135275 [500] 822 908 136142 806
875 90 831 98 [1000] 137013 196 205 79 387 475 818
835 90 967 138159 318 92 801 33 [1000] 955 63 [1000]
139116 38 67 90 308 80 96 667 73 867 911
140877 609 897 [500] 61 74 [3000] 94 932 141153
87 244 750 816 142069 110 38 411 82 95 531 850 143272

18. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
250 70 445 327 639 71 725 [1000] 61 236 729 2000 96 644
848 908 95 [3000] 202 42 427 606 71 734 859 910 90 4017
45 131 90 [500] 713 808 [3000] 12 902 5118 [500] 90 234
591 [1000] 6124 325 469 529 739 988 7999 317 54 56 653
150078 [3000] 344 [500] 586 817 91 841 971 99 11062
133 87 306 619 710 966 [500] 12132 233 206 [500] 592
73 65 78 13195 394 260 613 629 48 831 14256 59 245 435
528 648 814 [1000] 94 217 15084 [3000] 121 207 13 433
641 16096 323 82 459 667 851 17087 95 237 408 726 48 946
18011 [500] 217 450 737 833 64 74 19118 [1000] 76 -
20078 273 560 690 847 [3000] 931 76 21095 718 19
22140 57 235 679 784 819 23165 82 335 493 606 725
24018 192 471 21 783 849 [3000] 79 25090 244 54 81
[500] 642 64 [500] 712 74 26386 52 144 353 530 775 815
906 27134 64 [1000] 300 484 791 28254 347 80 437 514
34 696 63 825 29088 291 262 326 59 [500] 67 473 971 628
29 748 893
30134 94 98 414 713 31257 666 78 786 61 927 [1000]
91 32019 153 353 60 33 [1000] 409 25 512 41 640 89 606
33004 139 231 388 435 564 [1000] 637 44 34132 53 65 234
463 887 741 892 96 35147 215 40 324 712 15 [1000] 812
74 36468 596 [1000] 717 37170 430 847 978 88 38370
473 92 519 705 895 39025 274 401 [1000] 97 749 846
40129 31 [1000] 322 65 [500] 431 760 840 [500]
41241 103 99 [3000] 403 78 [500] 524 27 42250 [500]
300 15 669 849 [500] 43034 [3000] 382 350 66 [1000] 529
675 89 719 94 839 502 44875 802 45000 305 62 693 819
27 904 46184 92 311 [500] 362 487 565 610 71 794 323 81
47094 83 84 106 409 601 717 [3000] 943 48006 43 [500]
181 89 231 66 [500] 334 81 482 639 [3000] 880 203 49063
397 478 749 56 [500]
50089 [500] 41 160 [3000] 258 338 435 501 4 79 857
874 [500] 922 51030 [500] 105 [3000] 24 207 26 835 51 68
[500] 565 810 54 67 702 52110 30 207 380 451 715 84
53061 84 94 230 71 473 89 885 54042 99 121 423 844 726
976 55141 292 [500] 700 770 56011 107 89 [500] 313 84
719 485 700 858 916 76 57085 [500] 89 140 415 79 541
400 79 851 74 935 58587 742 59148 214 28 345 646 736 58
60094 31 774 967 [500] 61239 545 [3000] 964 [3000]
813 917 37 62165 [500] 294 92 390 643 744 900 818
63104 242 460 64048 [500] 338 433 510 67 743 973 12
65088 [500] 123 235 664 393 [500] 66211 49 82 97 810 14
24 33 65 [500] 913 [500] 65 67154 66 318 83 448 37 805
64 986 68153 216 47 675 708 52 [500] 631 904 [500]
6 69076 185 257 59 342 437 356 604 983
70055 148 218 62 329 462 55 670 7144 [500] 567 29
720 79 72255 434 72 828 [3000] 73120 47 748 574 74216
49 398 38 453 638 75196 112 481 612 866 79 906 2 23
63035 158 271 77 117 [1000] 882 77125 75 250 716
78624 97 794 79030 703 [500] 72 490 11 81 [3000] 537
631 768 940 42 [3000]
80023 [3000] 156 248 407 [500] 81002 [1000] 201 449
684 82025 292 645 827 79 83433 524 671 84234 83 100
86373 338 [500] 67 85 225 77 983 [500] 87045 48 290 99
[1000] 222 31 444 73 709 690 79 88290 300 316 529 869 91
89042 193 245 299 564 704 65 892 949 95
90200 391 [3000] 42 603 27 998 [500] 113 [500] 91129
219 69 497 846 92013 329 953 93157 428 94007 188 372
678 706 57 90 922 48 64 95045 141 62 324 36 545 823 33
66 948 96121 290 757 812 39 74 983 9712 250 672 719
98079 482 605 71 99917 294 500 853 72 858 990
100079 322 [1000] 793 882 [500] 101021 218 400
102033 49 428 269 [1000] 888 963 [1000] 99 [500] 103374
424 623 34 696 92 913 73 104000 301 83 627 87 807 30
57 105036 74 326 29 727 41 830 99 106160 56 [1000]
97 107110 88 377 523 95 837 90 108063 108 [3000] 227
74 708 15 22 85 842 [500] 109399 400 749 79 960
110148 379 507 750 [1000] 992 111186 215 349
444 64 650 96 708 [500] 112029 106 361 [1000] 467 81
630 783 824 38 [3000] 113029 254 93 482 [3000] 65 82
539 706 43 814 16 65 114211 879 520 764 115115 84 294
437 78 89 537 810 983 232 [3000] 829 [500] 535 643 962
71 [500] 860 117126 116 [1000] 119170 576 706 890
118118 204 65 659 [3000] 79 706 [3000] 12 948 84 88
120457 517 659 [3000] 901 122946 38 840 [1000] 934 79
121061 345 379 603 901 122946 38 840 [1000] 934 79
123001 41 683 124058 158 590 616 47 954 125105 36
409 129587 624 786 863 298 126195 855 467 380 600 42
709 127020 194 225 73 577 714 72 85 840 97 128003
234 236 623 36 84 [1000] 963 129074 317 453 306 [500]
644 832 [500] 86 910 91
130255 [500] 38 147 87 373 487 709 977 92 [500]
131070 142 318 49 69 655 844 48 417 [3000] 132083 214
498 [500] 617 707 18 [3000] 50 857 948 133018 147 258
62 [1000] 427 699 749 [500] 813 958 134132 476 84 577
684 66 779 800 15 [3000] 534 738 [1000] 990 136167
328 324 478 542 49 630 97 137121 43 450 822 [3000]
138227 36 59 75 377 999 139068 197 440 633 812 [500]
800 90
140118 53 297 497 585 769 863 902 56 94 141054
98 483 142283 302 [500] 568 93 890 143001 180 290 413
[3000] 44 987 [1000] 144084 222 307 433 541 641 721 825
987 145211 321 [500] 435 [500] 67 542 98 146122 32 75
283 268 919 147101 382 977 148056 80 205 806 709 978
149119 406 508 518 36 856 99 [500] 984 62

18. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. Mai 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
250 70 445 327 639 71 725 [1000] 61 236 729 2000 96 644
848 908 95 [3000] 202 42 427 606 71 734 859 910 90 4017
45 131 90 [500] 713 808 [3000] 12 902 5118 [500] 90 234
591 [1000] 6124 325 469 529 739 988 7999 317 54 56 653
150078 [3000] 344 [500] 586 817 91 841 971 99 11062
133 87 306 619 710 966 [500] 12132 233 206 [500] 592
73 65 78 13195 394 260 613 629 48 831 14256 59 245 435
528 648 814 [1000] 94 217 15084 [3000] 121 207 13 433
641 16096 323 82 459 667 851 17087 95 237 408 726 48 946
18011 [500] 217 450 737 833 64 74 19118 [1000] 76 -
20078 273 560 690 847 [3000] 931 76 21095 718 19
22140 57 235 679 784 819 23165 82 335 493 606 725
24018 192 471 21 783 849 [3000] 79 25090 244 54 81
[500] 642 64 [500] 712 74 26386 52 144 353 530 775 815
906 27134 64 [1000] 300 484 791 28254 347 80 437 514
34 696 63 825 29088 291 262 326 59 [500] 67 473 971 628
29 748 893
30134 94 98 414 713 31257 666 78 786 61 927 [1000]
91 32019 153 353 60 33 [1000] 409 25 512 41 640 89 606
33004 139 231 388 435 564 [1000] 637 44 34132 53 65 234
463 887 741 892 96 35147 215 40 324 712 15 [1000] 812
74 36468 596 [1000] 717 37170 430 847 978 88 38370
473 92 519 705 895 39025 274 401 [1000] 97 749 846
40129 31 [1000] 322 65 [500] 431 760 840 [500]
41241 103 99 [3000] 403 78 [500] 524 27 42250 [500]
300 15 669 849 [500] 43034 [3000] 382 350 66 [1000] 529
675 89 719 94 839 502 44875 802 45000 305 62 693 819
27 904 46184 92 311 [500] 362 487 565 610 71 794 323 81
47094 83 84 106 409 601 717 [3000] 943 48006 43 [500]
181 89 231 66 [500] 334 81 482 639 [3000] 880 203 49063
397 478 749 56 [500]
50089 [500] 41 160 [3000] 258 338 435 501 4 79 857
874 [500] 922 51030 [500] 105 [3000] 24 207 26 835 51 68
[500] 565 810 54 67 702 52110 30 207 380 451 715 84
53061 84 94 230 71 47

IV. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Köln, 25. Mai, 1908.

Es sind 133 Delegierte angemeldet, dazu die Mitglieder des Vorstandes, die beiden Redakteure des „Korrespondenten“, außerdem der internationale Sekretär der Buchdruckerorganisationen und zwei Gehilfen des Tarifamtes.

Die vom Vorstande vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt. Beim

Bericht des Vorstandes

wird die Diskussion über einen in Leipzig vorgekommenen Zwischenfall vorläufig ausgesetzt. Döbblin ergänzt den gedruckt vorliegenden Bericht, der sich auf drei Jahre erstreckt. Der Verband habe einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die wirtschaftliche Krise drücke auf alle Gewerkschaften; sie seien oft gezwungen, sich der Liebermacht der Unternehmer zu fügen.

Döbblin warnt davor, die Dezentralisation im Verbands zu weit zu treiben. Er wehrt sich gegen die vielen Vorwürfe, welche in letzter Zeit dem Vorstande gemacht wurden. Das Wachsen der Organisation sei der beste Beweis für den gesunden Standpunkt, den er eingenommen hat. Dafür hat man uns Lumpen und Verleumdungen geschickt, als der Tarif fertig war, trotzdem er den Mitgliedern viele Vorteile gebracht hat.

Die dem Vorstande folgende Diskussion

nahm den ganzen ersten Verhandlungstag in Anspruch. Die Redner erkannten den guten Willen des Vorstandes und die von ihm geleistete Arbeit voll an. Es wurde aber scharfe Kritik an einzelnen von ihm getroffenen Maßnahmen geübt.

Albrecht, Dortmund sagt, es gehe ein aristokratischer Zug durch den Verband. Der Vorstand bestimme und die Mitglieder müßten sich damit abfinden. Döbblin habe nichts auf die Verhandlungen im „Korrespondent“ gesagt, daß kein Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Partei angehöre.

Ruffian, Berlin: Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung sind nicht beachtet worden. Nicht nur dem Vorstande sei durch seine Taktik das Wachstum der Organisation zu danken, auch viele Mitglieder hätten ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes gestellt.

Fuchs-Rannheim: Der Vorstand möge dafür sorgen, daß eine bessere Verbindung zwischen ihm und den Mitgliedern hergestellt werde.

Bonitzky, Weisther des Vorstandes, verteidigt dessen Maßnahmen. Das Protokoll der Dresdener Generalversammlung beweise, daß er sich an dessen Beschlüsse gehalten habe.

gehigen Besetzung sei es kaum noch möglich, alle Geschäfte zu erledigen.

Steinhardt, Hamburg: In Dresden ist der Vorstand wohl mit der Revision des Tarifes beauftragt worden, aber nicht dazu, einen Organisationsvertrag abzuschließen. Man möge die Bestrebungen, Aufklärung über Sozialpolitik zu schaffen, nicht hintertreiben. Man befürchte immer, daß wir dadurch als Sozialdemokraten angesehen werden.

Rantecuffel, Berlin wünscht, daß der Vorstand in der Anwendung des guten Tones mit gutem Beispiel vorangehen möge. Krasser, Juidau: Die gewerkschaftlichen Interessen müssen mehr gepflegt werden. Es sei bedauerlich, daß viele Mitglieder den Verband als Unterstützungorganisation ansehen.

Anoblauch, Darmstadt fragt an, warum an die anderen Verbände des graphischen Gewerbes keine Einladungen ergangen seien. Auch die Generalkommission hätte einen Vertreter entsenden müssen.

Döbblin antwortet, daß er die Generalkommission, deren Mitglied er sei, vertrete. Die anderen Verbände seien nicht eingeladen worden, aber nicht aus Animosität, sondern weil auf der Tagesordnung nichts stünde, was ihre Interessen berührte.

Fülle, Berlin weist die Ausführungen Döbblins, die sich gegen die „linke“ Seite der Kollegen gerichtet hätten, scharf zurück. Was in einer der städtig Parteizeitungen geschrieben werde, dafür mache der Vorstand die ganze linke Richtung im Verbands verantwortlich. Es herrsche keine Animosität gegen den Verbandsvorstand, man habe stets den ergrauten Kämpfern der Organisation die volle Hochachtung bewahrt.

In der weiteren Diskussion verteidigt Ruffian die Berliner Kollegen, weil sie nicht die Gehilfenverbände des Tarifamtes, Giesecke und Haber, delegiert hätten. Das sei der Ausdruck der Mißstimmung gegen die Maßnahmen des Tarifamtes gewesen, aber kein Protest gegen die Kollegen als solche.

Döbblin geht in seinem Schlußwort auf die einzelnen Vorwürfe ein. Der Redakteur des „Korrespondent“ sei nicht dem Vorstande, sondern der Generalversammlung gegenüber verantwortlich. Er müsse es deshalb ablehnen, in dessen Tätigkeit einzugreifen. Die Vorteile der Tarifgemeinschaft werden deshalb von uns so oft hervorgehoben, weil man uns durch die Angriffe dazu zwingt.

Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen. Es folgt die Erörterung der zurückgestellten Leipziger Angelegenheit. Dort hat eine von einem Mitgliede einberufene Versammlung stattgefunden, die sich mit einer tariflichen Maßnahme, durch die sich die Handschere geschädigt glaubten, beschäftigte.

Zum Andenken an die in der letzten Zeit verstorbenen Kollegen erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen. Zum Schluß der Sitzung verliest der Vorsitzende eine Anzahl Begrüßungs-telegramme.

Aus Industrie und Handel.

Zunahme der Arbeitslosen.

Ueber die Zahl der Arbeitslosen im Tischlergewerbe macht das Fachorgan der Tischlermeister periodisch Mitteilung. Danach betrug die Zahl der Arbeitslosen am 14. Mai bereits 3387 und ist dann weiter gestiegen bis auf 3501 am 21. Mai.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, die in Anspruch nimmt, in allen möglichen und unmöglichen Fragen kompetente Urteile zu fällen, schreibt in ihrer letzten Nummer im ersten Leitartikel des Hauptblattes u. a. folgendes:

Ein maßgebendes Urteil.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, die in Anspruch nimmt, in allen möglichen und unmöglichen Fragen kompetente Urteile zu fällen, schreibt in ihrer letzten Nummer im ersten Leitartikel des Hauptblattes u. a. folgendes:

„Diese Tatsache ist in Verbindung mit anderweitigen Meldungen über die Besserung der Konjunktur durchaus geeignet, den vielfach wiedergegebenen Befürchtungen über die Fortdauer der wirtschaftlichen Depression speziell bei uns in Deutschland Abbruch zu tun.“

Im ersten Beiblatt fällt sie dagegen folgendes Urteil: „Der immer noch anhaltende allgemeine Rückgang der Konjunktur macht sich in der Eisenindustrie dadurch bemerkbar, daß in einzelnen Branchen Verkürzungen der Arbeitszeit ins Auge gefaßt werden.“

Krupp in Mexiko. Die Präsident Diaz in einer jüngsten Kabinettsitzung bekannt gegeben hat, plant das Krupp'sche Gußstahlwerk in Essen die Errichtung einer großen Gießerei in der Stadt Mexiko. Kur der Platz für den Bau des Establishments soll noch nicht bestimmt sein.

Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie. Die Verleger der Kaufmannschaft von Berlin haben soeben den zweiten Teil des Berliner Jahrbuchs für Handel und Industrie für 1907 herausgegeben (Verlag von Georg Reimer in Berlin), der sich mit dem Geschäftszweige in den wichtigsten Zweigen von Berlins Handel und Industrie beschäftigt.

Baumwollspinnelstatistik.

Nach dem fünften halbjährigen Jahresbericht der International Federation of Master Cotton Spinners' and Manufacturers' Associations betrug die Zahl der Spinneln am 1. März d. J. 78 984 106, während für den 1. März 1907 nur 71 054 503 und für den 1. März 1906 nur 54 207 537 ermittelt worden waren.

Table with 5 columns: Land, Spinneln, Ring-spinneln, Spinneln in Aufstellung begriffen, Gesamtsumme der angemeldeten Spinneln. Rows include Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien, Schweiz, Belgien, Japan, Spanien, Portugal, Russland, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Ver. Staaten, Indien, Kanada, Mexiko, Brasilien.

Danach ist die englische Baumwollindustrie beinahe ebenso stark wie die der übrigen Länder zusammengenommen!

Advertisement for Sielmann & Rosenberg. Text: Zur Reise zu enorm billigen Ausnahmepreisen. Staub-, Regen- u. Reifemäntel. Wetterfest. 4,75, 6, 8, 10, 12, 15, 18, 21, 24 M. Imprägniert. 1500 Sport- und Uebergangs-Paletots. 2000 Kostümröcke. 1000 Blusen. Jackett- und Paletot-Kleider. Garnierte französische Kleider. Elegante Leinen- u. Batistkleider. Kimonos. Taffet-Jacketts und Paletots. Frauenmäntel. Sämtliche Konfektion auch für stärkste Damen stets in größter Auswahl. Sielmann & Rosenberg. 12 Schaufenster — Kommandantenstr., Ecke Lindenstr. — 2 Häuser vom Dönhofsplatz.

Advertisement for Persil. Text: Ein wahres Wunder. scheint der Waschprozeß mit Persil — das neueste und vollkommenste Waschmittel der Gegenwart. Seine Waschkraft ist geradezu staunenerregend. Ohne Seife und Soda, ohne Waschbrett, Reiben und Bürsten, selbst ohne zweites Kochen, nur durch Hinzutun von Persil allein, also ohne jede Mühe und Arbeit wird die Wäsche dauernd blendend weiß, ohne sie im geringsten anzugreifen. Garantiert chlorfrei, unschädlich und gefahrlos! Wir vergüten jeden Schaden, der nachgewiesenermaßen selbst bei falscher Anwendung durch Persil entstanden sein sollte. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda

